

JAN STEN:  
DIE STABILISIERUNG DES KAPITALISMUS  
UND DIE NÄCHSTEN PERSPEKTIVEN DES  
KLASSENKAMPFES

Der revolutionäre Marxist muß allezeit sein politisches Verhalten auf die richtige Analyse der objektiven Lage und ihrer Entwicklungstendenz begründen. Jedes Außerachtlassen der Wirklichkeit, jede Unlust, die im gegenwärtigen Kapitalismus vor sich gehenden wirtschaftlichen Prozesse in Betracht zu ziehen, bedeutet den Uebergang zum Standpunkt der revolutionären Romantik und des revolutionären Abenteuerertums. Um die grundlegenden politischen und taktischen Aufgaben der kommunistischen Weltbewegung zu erfassen und richtig zu formulieren, muß der Begriff der kapitalistischen Stabilisierung nüchtern und marxistisch auf seinen Inhalt hin geprüft werden. Gerade hinsichtlich dieser Frage besteht in den Köpfen vieler Genossen große Unklarheit und Wirrwarr. Als die Kriegs- und Nachkriegszeit die Desorganisation des Kapitalismus und die funktionelle Zerrüttung des kapitalistischen Mechanismus und Warenverkehrs mit sich brachte, behaupteten manche ultralinke Genossen, der Kapitalismus näherte sich automatisch, auf direktem Wege, seinem Untergange, der Kapitalismus sei in eine durchaus aussichtslose Lage geraten. Lenin wies damals darauf hin, daß einerseits die bürgerliche Bewertung der Krisis, als einer leicht zu überwindenden einfachen „Beunruhigung“, falsch sei, gleichzeitig aber bekämpfte er die Auffassung dieser Krisis als eines automatischen Zerfalls des Kapitalismus.

„ . . . Manchmal sind die Revolutionäre bestrebt, zu beweisen, daß die Krisis absolut ausweglos sei. Das ist falsch. Es gibt keine absolut ausweglosen Lagen. Die Bourgeoisie gibt sich wie ein frech gewordener Räuber, der den Kopf verloren hat; sie macht Dummheiten über Dummheiten, verschärft so die Lage und beschleunigt ihren Untergang. Alles das ist richtig. Aber es geht nicht an, zu „beweisen“, daß sie gar keine Möglichkeiten hätte, eine gewisse Minderheit der Ausgebeuteten mit irgendwelchen kleinen Konzessionen einzulullen, eine gewisse Bewegung oder einen Aufstand eines gewissen Teiles der Unterdrückten und Ausgebeuteten abzuwürgen. Es wäre leere Pedanterie oder ein Spiel mit Begriffen und Schlagworten, wollte man versuchen, von vornherein die „absolute“ Ausweglosigkeit zu „beweisen“. In dieser und ähnlichen Fragen kann allein die Praxis den wahren „Beweis“ bilden. Die bürgerliche Ordnung befindet sich jetzt in der ganzen Welt in der größten revolutionären Krisis. Es gilt jetzt, durch die Praxis der revolutionären Parteien zu „beweisen“, daß sie über genügend Klassenbewußtsein, Organisiertheit, Verbindung mit den ausgebeuteten Massen, Entschlossenheit und Können verfügen, um diese Krisis für eine erfolgreiche, für eine siegreiche Revolution auszunutzen.“

Lenin sprach diese Worte auf dem 2. Kongreß der Komintern, zu einer Zeit, wo die revolutionäre Nachkriegswelle noch im Anschwellen war, wo sie noch keine Anzeichen des Abebbens offenbarte. Mit diesen Worten weist Lenin nur darauf hin, daß, wenn es den kommunistischen Parteien nicht gelingen wird, die revolutionäre Lage auszunutzen, wenn sie eine Niederlage erleiden werden und die revolutionäre Welle abebben wird, sich Zustände

herausbilden können, die es dem Kapitalismus ermöglichen werden, die desorganisierte Wirtschaft in die Hand zu bekommen und auf dem Wege seiner weiteren wirtschaftlichen Entwicklung gewisse Fortschritte zu machen. Die historische Erfahrung hat bewiesen, daß die revolutionären Kommunistischen Parteien in der ersten Nachkriegszeit nicht genügend revolutionäre Reife aufwiesen, um die Bourgeoisie zu besiegen und die Diktatur des Proletariats zu errichten. Der revolutionäre Aufschwung begann zu verebben, der Kapitalismus aber erhielt die Möglichkeit, sich wirtschaftlich zu betätigen und seinen desorganisierten Mechanismus der Produktion und Zirkulation instand zu setzen. Diese inzwischen eingetretenen Veränderungen wurden auf dem 3. Kongreß der Komintern vermerkt. Auf dem 3. Kongreß wurde auch vermerkt, daß die Auffassung von der Nachkriegskrisis als von einem automatischen Zerfall des Kapitalismus unrichtig sei. Nachdem der Kapitalismus die unmittelbare Gefahr proletarischer Erhebungen beseitigt hatte, nachdem die Bourgeoisie eine gewisse politische Selbstbewußtheit gewonnen hatte, nachdem sie versucht hatte, die normale wirtschaftliche Tätigkeit wieder herzustellen, mußten sich auch zweifellos die gewöhnlichen Schwankungen von Aufschwung und Krisis der kapitalistischen Wirtschaft erneuern, und zwar in durch die Eigenheiten der kapitalistischen Nachkriegskrisis umgestalteter Form. Der 3. Kongreß der Komintern zog diese Veränderungen in Betracht und erklärte, daß der Kapitalismus — solange er noch am Leben sei — zyklische Konjunkturschwankungen aufweisen werde. Der Kreislauf in der kapitalistischen Wirtschaft offenbart die innere Dynamik der Entwicklung. Bewegt sich der Kapitalismus in aufsteigender Linie, dann erhebt jeder neue Zyklus letzten Endes die Wirtschaft auf eine höhere Stufe. Es vollzieht sich eine erweiterte Reproduktion im vollsten Sinne dieses Wortes. Die Gleichmäßigkeit und Einheitlichkeit der Konjunkturbewegung sind im Laufe des Weltkrieges und der kapitalistischen Nachkriegskrisis unterbrochen worden. Das Zyklische in der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft bedeutet das freie Spiel, den inneren Rhythmus der ökonomischen Kräfte. Wenn aber dieses freie Spiel eine unmittelbare Einmischung der Politik in die Wirtschaft erleidet, wie das anfangs und während des Krieges der Fall war, dann verlieren Verlauf und Bewegung der Konjunkturen ihre Gleichmäßigkeit. Die als Folge des Krieges eingetretene funktionelle Desorganisation von Produktion und Zirkulation behinderte das Zutagetreten des Kreislaufförmigen, indem sie in der kapitalistischen Wirtschaft eine intensive und ausgedehnte Krisis hervorrief und die Vorstellung von der absoluten Ausweglosigkeit und dem ununterbrochenen Niedergang des Kapitalismus heraufbeschwor. Obwohl der Kapitalismus in der Wiederherstellung der elementaren Funktionen von kapitalistischer Produktion und Zirkulation gewisse Erfolge erzielt hat, kann dennoch nicht die Rede davon sein, daß die Gleichmäßigkeit der Konjunkturbewegung wiederhergestellt sei, daß die Entwicklung der wirtschaftlichen Konjunkturen des Kapitalismus die gleiche Gesetzmäßigkeit und Periodizität wie vor dem Kriege aufweise. Vor dem Kriege umfaßte der Entwicklungszyklus 7 bis 10 Jahre, in deren Verlauf Konjunkturveränderungen in Form von Belebungen, Krisen, Stillstand stattfanden. Nach dem Kriege fehlt diese gleichmäßige Bewegung der Konjunktur; es machen sich dagegen im Laufe kurzer Zeitabstände sehr starke Schwankungen bald

aufwärts, bald abwärts bemerkbar. Marx erklärte das Zyklische in der wirtschaftlichen Entwicklung des Kapitalismus, die Regelmäßigkeit in der Aufeinanderfolge der Konjunkturen mit der Erneuerung und Erweiterung des fixen Kapitals. Die Jahre der Erneuerung des fixen Kapitals sind gleichzeitig Jahre des industriellen Aufschwungs.

Die Absatzkrise bringt Herabsetzung der Preise mit sich; der Kapitalist ist gezwungen, zu ermäßigten Preisen zu verkaufen. Dieser Umstand veranlaßt den Kapitalisten, der die Krise überwinden will, die Produktionsausgaben einzuschränken, technische Verbesserungen einzuführen, die organische Zusammensetzung des Kapitals zu heben. Das vergrößert den industriellen Verbrauch, schafft Nachfrage nach Rohstoffen und Hilfsstoffen, steigert die Nachfrage nach Arbeitskräften und gleichzeitig nach Konsumtionsmitteln. Die Wirtschaft scheidet die lebensunfähigen Unternehmungen aus, die Konzentration der Industrie verstärkt sich, industrielle Belegung und Aufschwung zeigen sich an. Die steigende Nachfrage ruft das Anwachsen der Preise für Rohstoffe, Hilfsstoffe und Arbeitskraft hervor und drückt dadurch auf die Profitrate, die sie zurückschraubt. In gleicher Richtung wirkt sich die steigende organische Zusammensetzung des Kapitals aus. Wenn aber das vergrößerte Kapital nicht mehr Profit einbringt als früher, dann hört der Kapitalist auf, die Produktion auszudehnen, was die Verschlechterung der Konjunktur und den Anbruch einer neuen Krise vorbereitet.

Die größte Eigentümlichkeit der Nachkriegskrise des Kapitalismus besteht in der erweiterten Ueberproduktion des fixen Kapitals. Jede Krise in der kapitalistischen Wirtschaft ist nicht nur eine Krise der Ueberproduktion an Waren, sondern auch eine Krise der Ueberproduktion an Kapital, was das Grundlegende ist. In der Nachkriegskrise des Kapitalismus fand diese Ueberproduktion an Kapital einen unerhört ausgeprägten Ausdruck. Der Produktionsapparat ist während des Krieges, aber auch in der Nachkriegszeit in den kapitalistischen Ländern stark angewachsen. Der aufgeblähte Produktionsapparat findet keine vollkommene Ausnutzung; er kann nicht voll und ganz in Gang gebracht werden. Durch die Einschränkung des Binnenmarktes und der äußeren Absatzmärkte wird die vollkommene Ausnutzung des außerordentlich angewachsenen Produktionsapparates verhindert. Jede Verbesserung der Absatzmöglichkeiten unter den Bedingungen des europäischen Nachkriegskapitalismus rief eine nun unvollkommene Umstellung der industriellen Unternehmungen und Umgestaltung des fixen Kapitals hervor; es ergab sich einfach eine verstärkte Belastung des bereits bestehenden Produktionsapparates. Daraus erklärt sich die Tatsache, daß die Verbesserung der Konjunktur in kurzer Zeit von einem neuen Niedergang und einer neuen Krise abgelöst wurde. Die gesteigerte Nachfrage, hervorgerufen entweder von einer guten Ernte oder von erhaltenen Krediten, oder aber von einer unbedeutenden Verbesserung in der Lage des einen oder anderen europäischen Landes auf dem Weltmarkt, wurde rasch durch eine einfache ergänzende Belastung des bereits vorhandenen Produktionsapparates befriedigt. Es geschah nicht, daß — wie in der Vorkriegszeit — neue ausgedehnte Fabrikbauten ausgeführt wurden, daß neue Gruben und Hochöfen in Betrieb genommen wurden. Es erfolgte kein ausgesprochener Auf-

schwung der Produktivkräfte, sondern es ergaben sich Schwankungen in der Ausnutzung des vorhandenen Produktionsapparates. Das verlangsamte Tempo der Akkumulation des Kapitals verhindert die vollkommene Erneuerung des fixen Kapitals und hemmt die radikale Neuausstattung der Unternehmungen.

Das Grundproblem, das sich heute vor dem Kapitalismus — insbesondere vor dem europäischen — erhebt, besteht in dem Bestreben, den Produktionsprozeß zu rationalisieren und die Struktur der Industrie zu reorganisieren. Die Absatzschwierigkeiten, die sich heute vor dem Kapitalismus in noch nicht dagewesener Zuspitzung erheben, rücken die Aufgabe, den vorhandenen Produktionsprozeß umzubauen, in den Vordergrund. In manchen Ländern — wie beispielsweise in Deutschland — muß der Produktionsapparat eingeschränkt, verkleinert und auf ein technisch höheres Niveau gebracht werden. Mit dem Problem der Rationalisierung des Produktionsprozesses und der Reorganisation der inneren Struktur der Industrie stehen heute die wichtigsten Fragen der weiteren Stabilisierung des Kapitalismus in engstem Zusammenhang. Nach den ersten Errungenschaften auf dem Gebiete der Stabilisierung war der Kapitalismus genötigt, in der gleichen Richtung fortzuschreiten. Die ersten Errungenschaften der kapitalistischen Stabilisierung bestehen in der Wiederherstellung und Erneuerung der elementaren Funktionen des kapitalistischen Produktions- und Zirkulationsmechanismus. Erst mußte eine verhältnismäßige Beruhigung der Arbeiter in der Fabrik herbeigeführt, die zerrüttete Disziplin und die Hierarchie im kapitalistischen Produktionsprozeß wiederhergestellt werden. Erst nachdem die ersten Schritte zur Wiederherbeiführung der einfachsten Voraussetzungen von Produktion und kapitalistischer Zirkulation gemacht waren, konnte der Kapitalismus neue Versuche unternehmen, um die Stabilisierung zu festigen und voranzubringen. Die Wiedereinführung von Valuten innerhalb einzelner Länder, die Schaffung eines neuen internationalen Kreditsystems und die Festigung der organischen Beziehungen innerhalb der Weltwirtschaft bilden die einzelnen Meilensteine auf dem Wege zur Wiederaufrichtung des Systems der internationalen kapitalistischen Zirkulation. Gegenwärtig besteht für den Kapitalismus die Aufgabe darin, das fixe Kapital umzugestalten, die technische Grundlage des Kapitalismus auf ein höheres Niveau zu heben. Selbstverständlich werden diese Stabilisierungsstadien von den verschiedenen Ländern nicht gleichzeitig durchgemacht. In Frankreich beispielsweise, das während des Krieges und nachher eine schnelle Industrialisierung des Landes erlebte, die seine Produktionskräfte auf eine bedeutend höhere Stufe hob, als sie früher einnahmen, erheben sich heute in ihrer ganzen Zugespitztheit Fragen, wie das innere System der kapitalistischen Zirkulation in Ordnung zu bringen, wie die französische kapitalistische Wirtschaft in das System der internationalen kapitalistischen Zirkulation einzuordnen sei. Auf diese Weise wird auch für Frankreich das Problem der Rationalisierung und Reorganisation der nach dem Kriege elementar angewachsenen Industrie akut. Das bedeutet, daß sich auch Frankreich der allgemeinen Politik anschließen muß, die heute in England, Deutschland und Polen durchgeführt wird: Reinigung der Industrie von allen hemmenden Elementen, und auf dieser Grundlage verstärkter Druck, allgemeine Offensive gegen die Arbeiterklasse.



Die neue Periode des Angriffs auf die Arbeiterklasse Europas ist die Folge der Bemühungen von seiten des Kapitalismus, zu einer mehr gefestigten Stabilisierung überzugehen, den Umbau der Produktionsbasis der kapitalistischen Wirtschaft vorzunehmen. Diese Aufgabe muß der Kapitalismus lösen, um billiger zu produzieren, durch billige Ware seine Stellung am Markte zu festigen und seine Konkurrenten zu verdrängen. Es ist jedoch nur möglich, billiger zu produzieren, wenn die Technik vervollkommnet und die Produktivität der Arbeit gehoben wird. In der Umgestaltung der Grundlage der kapitalistischen Produktion ist es dem Kapitalismus auch gelungen, gewisse Fortschritte zu machen. So wurde z. B. in Deutschland eine entschiedene Reorganisation der Industrie durchgeführt. Seit dem 1. Januar 1924 bis zum 30. April 1926 sind 107 278 Unternehmungen eingegangen, unrentable Unternehmungen gehen ein, und der Produktionsprozeß konzentriert sich in größeren und technisch besser eingerichteten Betrieben. Daraus ergibt sich der Rückgang der Produktionskosten, die Hebung der Arbeitsproduktivität, die Verbilligung der Produktion. In der Kaliindustrie sind statt der früheren 240 Gruben nur noch 87 Gruben in Betrieb, die mehr erzeugen als die 240 früher in Betrieb gewesenen Gruben. Die Arbeitsproduktivität des einzelnen Arbeiters in der Kaliindustrie ist um das Zweieinhalbfache gestiegen. In der Ruhrkohlenindustrie findet man eine Verminderung der Anzahl von Arbeitskräften und eine gleichzeitige Steigerung der Produktivität der Arbeit. Auf der Grundlage der Konzentrierung der Produktion, angesichts der nach dem Kriege gegebenen Absatzmöglichkeiten, vollzieht sich in schnellem Tempo der Vertrauens- und Kartellierungsprozeß.

Dem allgemeinen Vorgang der Rationalisierung der Produktion und dem Anwachsen der Produktivität der Arbeit entspricht das verstärkte Wachstum der Arbeitslosigkeit und das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Die deutschen Kapitalisten sind gegenwärtig aus Leibeskräften bemüht, sogar die unbedeutende Arbeitslosenversicherung zu liquidieren. Die Arbeiterklasse muß die blindwütigsten Angriffe aushalten. Die hohen Schutzzölle, die Steuerpolitik der Bourgeoisie und die wachsende Macht des monopolistischen Finanzkapitals rufen in den Reihen des Kleinbürgertums und der Kleinbauernschaft Mißvergnügen hervor. Das Verhalten der kleinbürgerlichen Schichten während der Abstimmung über die Fürstenenteignung beweist, daß ein Teil der Kleinbourgeoisie allmählich beginnt, dem Block des Finanzkapitals und der Grundbesitzer mit Hindenburg an der Spitze den Rücken zu kehren. Krisen und Absplitterungen in solchen bürgerlichen Massenparteien wie Zentrum und Demokratische Partei machen diese Tatsache offensichtlich.

Die wachsende Arbeitslosigkeit und der verstärkte Druck auf die Arbeiterklasse rufen in den Reihen der Arbeiterklasse Linksschwenkungen hervor. In der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften finden unterirdische Schwankungen statt, und aus dem Prozeß innerer Umgruppierungen und Verschiebungen ergeben sich für die KPD günstige Aussichten auf die Erfassung breiter Arbeitermassen. In den Reihen der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums wächst die Empörung gegen die Folgen der kapitalistischen Stabilisierungspolitik. Diese Empörung trägt noch keinen ausgesprochen revolutionären Charakter. Noch hat sie nicht in großen Streiks,

den Verteidigungskämpfen des Proletariats, ihren Ausdruck gefunden, wie es in England der Fall ist. Das Anwachsen der Aktivität vollzieht sich solange in der eigenartigen Form linker Oppositionen innerhalb der SPD, der Gewerkschaften usw. Unter diesen Umständen eines eigenartigen Wachstums der Aktivität ergibt sich für die Kommunistische Partei als wichtigste Aufgabe die Notwendigkeit, ein Programm wirtschaftlicher Teilforderungen auszuarbeiten. Die Arbeitslosenfrage, die Steuerpolitik der Bourgeoisie, die Preisbildungs- und Zollpolitik müssen dabei eine wichtige Rolle spielen. Es muß verstanden werden, auf Grund von Teilforderungen an die Massen heranzutreten, diese Massen zu organisieren, sie in den Kampf zu führen, sie Schritt für Schritt auf eine höhere Stufe emporzuheben. Die ganze Partei muß für diesen Kampf mobilisiert werden, die ganze Partei muß in Anspruch genommen werden, um auf der Grundlage der richtig durchgeführten Einheitsfronttaktik die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen. Die Aktionen der untersten Schichten, die breiteste Massenorganisation zum Kampfe gegen die Folgen der kapitalistischen Stabilisierung müssen dem Proletariat Energie einflößen zum unerbittlichen Klassenkampf gegen die Bourgeoisie. (Damit die Durchführung der Taktik der Einheitsfront nicht unter den Bedingungen der unterirdisch anwachsenden Aktivität der Arbeiterklasse opportunistisch in Verhandlungen mit den sozialdemokratischen Führern ausarte, ist es notwendig, den breiten kommunistischen Massen eine Waffe zur Erfassung und Beeinflussung der breiten proletarischen Massen in die Hand zu geben, eine Waffe in der Form von Teilforderungen, von wirtschaftlichen Uebergangslosungen.) Um gleichzeitig aus dieser Arbeit unmittelbare Ergebnisse zu gewinnen, ist es notwendig, an die organisatorische Festigung des gewonnenen Einflusses auf die Massen zu gehen. Es ist notwendig, auf der Grundlage wirtschaftlicher Teilforderungen an die Massen heranzutreten und ihre organisierte Mobilisierung durchzuführen. Darin besteht die konkrete Eigentümlichkeit der Taktik der Einheitsfront in der gegenwärtigen Zeit. Nur auf diese Art wird es möglich sein, die sozialdemokratischen Arbeiter ihren verräterischen Führern zu entreißen und ihnen in der Praxis die Aufgabe der Errichtung der proletarischen Diktatur näherzubringen.

Die Verhältnisse, die sich in Deutschland herausgebildet haben, eröffnen eine Zeit des anwachsenden Klassenkampfes. Die Folgen der Niederlage im Jahre 1923 sind zum Teil überwunden. Es macht sich ein neuerlicher Aufschwung bemerkbar; langsam, aber sicher wächst die revolutionäre Stimmung. Das bedeutet noch nicht, daß der revolutionäre Angriff bereits unternommen werden kann. Jede Art ultralinken Begeisterung und Phraseologie kann die Partei von der schweren Aufgabe entfernen, die proletarischen Massen zu organisieren und zusammenschweißen. Die Partei muß ihre ultralinken Krankheiten überwinden können. Dieses ultralinke Abenteuerertum führt, wie aus dem Verhalten der Herren Katz, Korsch und Maslow zu ersehen ist, in den Sumpf der offenkundigen Dienstleistung für die Bourgeoisie. Die Einheit der Partei aufrecht zu erhalten und diese auf die tätige Gewinnung der breiten Proletariermassen hinzulenken, — darin besteht der grundlegende Sinn aller Aufgaben, vor denen jetzt die KPD steht.

Nicht nur Deutschland weist eine Entfaltung des kapitalistischen Angriffs auf. Der Generalstreik und der Bergarbeiterstreik in England sind die

Folge des Angriffs des englischen Kapitals auf das englische Proletariat. England, das ehemalige Haupt der ganzen kapitalistischen Welt, erlebt heute eine Krisis und Stagnation. Von allen kapitalistischen Ländern fällt es heute England am schwersten, sich wieder aufzurichten. Wenn in der Nachkriegszeit Frankreich und Italien ihre Industrie sehr stark entwickeln konnten und Deutschland auf diesem Gebiet eine gewisse Besserung erzielen konnte, so zeigt England keinerlei ernsthafte Tendenzen, auf dem Gebiete der Industrie sein Vorkriegsniveau zurückzugewinnen. Die Steinkohlenindustrie, Metallurgie und Textilindustrie befinden sich in größten Schwierigkeiten. Die Arbeitslosigkeit ist in England Dauerzustand geworden. Alle diese Schwierigkeiten sind die Folge davon, daß England die alte kapitalistische Technik und die alten industriellen Organisationsformen beibehalten hat. Bereits lange vor dem Kriege blieb England in seinem Entwicklungstempo hinter Deutschland und den Vereinigten Staaten zurück. Heute tritt dieser Stillstand im englischen Wirtschaftsleben noch deutlicher in Erscheinung. Um sich wieder entfalten zu können, muß England sich vom Konservativismus seiner industriellen Technik und Organisation lossagen und sich selbst die Basis einer zeitgemäß entwickelten kapitalistischen Technik schaffen. Diese Aufgabe ist angesichts des verlangsamten Akkumulationstempos und des verschärften Wettstreits um die Absatzmärkte, außerordentlich schwierig. Diesen Weg einzuschlagen, heißt vor allem, auf die Arbeiterklasse drücken, die Arbeitszeit verlängern, die Arbeitslöhne herabsetzen und bemüht sein, auf Kosten der Arbeiterklasse die Reorganisation der Industrie durchzuführen. Die englische Kohlenindustrie, die sowohl technisch wie organisatorisch unglaublich hinter der Industrie Amerikas, Frankreichs und Deutschlands zurückgeblieben ist, mußte ungesäumt diesen Weg einschlagen. Die Folge dieses Angriffs der Grubenbesitzer war nun der Generalstreik und der Bergarbeiterstreik. Diese grandiosen Streiks, die die allerbreiteste Masse der Arbeiter aufwühlten, bezeugen, daß die Versuche des Kapitalismus, auf dem Wege der Stabilisierung fortzuschreiten, den Klassenkampf unerhört verschärfen werden; diese Streiks eröffnen keine Aussichten auf eine friedliche Entwicklung, sondern bilden den Auftakt zu einer Periode verschärfter Klassenkämpfe, bereiten den Weg für einen neuen revolutionären Aufschwung. Für die Kommunistische Internationale besteht darin eine der wichtigsten Lehren des englischen Generalstreiks und Bergarbeiterstreiks.

Die Kommunistische Partei Englands muß jetzt den sich zuspitzenden Klassenkampf ausnutzen können, um ihre Reihen zusammenzuschließen, um sich aus einer kleinen Minderheit innerhalb der Arbeiterklasse in eine kommunistische Massenpartei zu verwandeln. Der wachsende Einfluß der kommunistischen Partei, der organisatorisch noch keinen genügenden Ausdruck gefunden hat, muß in den Rahmen der Organisation eingefügt werden können. Die immer stärker werdende Revolutionierung der Arbeitermassen und die Ueberwindung der trade-unionistischen Vorurteile müssen ausgenutzt werden, um die Gewerkschaften zu erobern; die konsequenteste und schonungsloseste Entlarvung der Verräter aus dem Generalrat muß durchgeführt werden. Der Kampf gegen die ultrarechten Gewerkschaftsführer muß nicht so geführt werden, daß die Macht innerhalb der Gewerkschaften in die Hände der zwiespältigen, feigen „linken“ Wirrköpfe gelangt. Die

Fehler und Schwankungen der „Linken“ müssen vollkommen aufgedeckt werden. Zeitweilige Kompromisse, die hinsichtlich derartiger linker Elemente durchaus zulässig sind, dürfen nicht dazu dienen, die Positionen dieser letzteren zu festigen, sondern müssen letzten Endes ihren Einfluß untergraben und die Massen zur Kommunistischen Partei bringen. Die Taktik der Einheitsfront richtig durchführen, und das zu einer Zeit, wo die Kommunistische Partei selbst sich in eine Massenpartei verwandeln und die Gewerkschaften von ihren verräterischen Führern befreien soll, — darin bestehen die wichtigsten Aufgaben der englischen Kommunistischen Partei, die gelöst werden müssen, damit künftig ein erfolgreicherer Vordringen auf dem Wege der revolutionären Entwicklung gesichert sei.

Auch die polnischen Ereignisse im Mai sind ein Anzeichen dafür, daß für die gegenwärtige Periode in Europa die zunehmende Offensive des Kapitals kennzeichnend ist. Auch in Polen gab die kapitalistische Bourgeoisie das Signal für die Ereignisse. Um bestimmte Ergebnisse auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Stabilisierung des polnischen Kapitalismus zu erzielen, unternahm die Witos-Regierung einen entschiedenen Angriff gegen die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die nationalen Minderheiten. Es ist außerordentlich schwierig, in einem kleinbürgerlichen Lande wie Polen die Stabilisierung unter offensichtlichem Druck auf das Kleinbürgertum durchzuführen. Und das um so mehr, als die polnische Bourgeoisie in der Armee ihre Achillesferse hatte. Diese Armee ist unter der Leitung des kleinbürgerlichen Romantikers Pilsudski entstanden. Sie enthielt nach wie vor fanatische Anhänger Pilsudskis. Die Witos-Regierung beschloß, als Auftakt zu ihrer beabsichtigten Aktion, sich der Armee zu versichern und die Anhänger Pilsudskis zu entfernen. Pilsudski antwortete mit einer militärischen Demonstration. Diese Demonstration wurde von den unzufriedenen Massen des Kleinbürgertums unterstützt. Die Woge dieser kleinbürgerlichen Mißvergnüghheit trug Pilsudski empor und verhalf ihm zum Siege über Witos. Das Kleinbürgertum wollte sich selbst retten, in Wirklichkeit jedoch rettete es das Großkapital und den Großgrundbesitz. Nach Eroberung der Gewalt kam Pilsudski zu der Einsicht, daß er ohne die Großkapitalisten und Grundbesitzer nicht an der Macht bleiben werde. Die Großgrundbesitzer und die industrielle Bourgeoisie erkannten, daß Pilsudski, den die Woge der kleinbürgerlichen und teilweise proletarischen Unzufriedenheit emporgetragen hatte, ein ausgezeichnetes Werkzeug für die Durchführung der Stabilisierung ist, die von der Witos-Regierung beabsichtigt war. Pilsudski wurde der polnische Mussolini. Er bedient sich faschistischer Methoden, um die Festigung des polnischen Kapitalismus zu erzielen, um im Lande eine gewisse Beruhigung zu schaffen, die Autorität des polnischen Staates zu stärken und eine Auslandsanleihe zu bekommen. Der polnische Faschismus gedieh auf dem Boden der äußersten Desorganisation und Zersetzung der polnischen Wirtschaft, — während die Grundlage des italienischen Faschismus von der erstarkten und großgewordenen Industrie gebildet wird. Dadurch wird der Unterschied im Werdegang des polnischen und italienischen Faschismus bedingt.

Die polnische Kommunistische Partei hat während des Pilsudski-Umsturzes die Taktik der Einheitsfront auf überaus opportunistische Weise

verzerrt. Die kleinbürgerliche Welle, die Pilsudski emporgetragen hat, überflutete auch die Reihen der Kommunistischen Partei. Kurz vor dem Pilsudski-Umsturz gab es in den Reihen der Kommunistischen Partei Polens einzelne Genossen, die für die Losung einer Arbeiter- und Bauernregierung mit Pilsudski an der Spitze eintraten. Gewiß, die polnische Kommunistische Partei konnte angesichts des Kampfes gegen die Witos-Regierung, gegen die kapitalistisch-agrarische Reaktion nicht neutral bleiben. In dieser Frage Gleichgültigkeit zeigen, hätte für die Partei die Diskreditierung in den Augen der proletarischen und bäuerlichen Massen bedeutet. Der Fehler bestand nicht darin, daß die Partei gleichzeitig mit Pilsudski den Kampf gegen die Witos-Regierung aufnahm, sondern darin, daß sie ihre Reihen vollständig mit der Anhängerschaft Pilsudskis verschmelzen ließ, indem sie ihn völlig vorbehaltlos unterstützte und das revolutionäre Gesicht der Partei verwischte. Statt die Taktik der Einheitsfront von unten her durchzuführen, statt mit den breiten proletarischen und bäuerlichen Massen selbständig in Verbindung zu treten und sie anzuführen, unterstützte die Kommunistische Partei bedingungslos Pilsudski, der von den Wellen der kleinbürgerlichen Illusionen emporgetragen wurde, um nachher den Interessen der polnischen Bourgeoisie und des Grundbesitzes zum Siege zu verhelfen, die proletarischen und bäuerlichen Massen zu unterdrücken und zum Schweigen zu bringen. Um künftig die günstige Situation auszunutzen, die sich aus der Verschärfung der Klassengegensätze im Lande ergibt, muß die Kommunistische Partei Polens ihre opportunistischen Fehler entschieden liquidieren. Diese Fehler müssen so liquidiert werden, daß die ultralinken Strömungen, die noch kurz vorher die Partei beherrschten, nicht aufs neue das Uebergewicht bekommen. Die opportunistischen Fehler, die das ZK der polnischen Kommunistischen Partei begangen hat, können einen günstigen Nährboden für die Auferstehung der ultralinken Parteitendenzen abgeben. Das Grundübel der Ultralinken bestand darin, daß ihre Politik die Partei von den breiten Massen entfernte und einzelne Teile der Partei den Angriffen des bürgerlichen Polizeistaates auslieferte. Bei den Verhältnissen in Polen ist es aber schwierig, an die Massen heranzukommen, organisatorische Wege zu ihnen zu finden. Die von der Kommunistischen Partei Polens begangenen opportunistischen Fehler entspringen eben dem Unvermögen, unter den ausnahmsweise schwierigen polnischen Bedingungen an die Massen heranzukommen, mit ihnen in Verbindung zu treten und sie anzuführen. Es gibt in Polen fast keine breiten Massenorganisationen. Sogar die in den Händen der PPS befindlichen Gewerkschaften führen zur Hälfte nur ein Scheindasein. Nur in dem Falle, daß die opportunistischen Fehler, die aus der gleichen Quelle wie die Fehler der polnischen Ultralinken fließen, so überwunden werden, daß die ultralinken Tendenzen nicht wieder in der Partei Oberwasser bekommen, wird es möglich sein, Vorbedingungen für den Zusammenschluß der Parteireihen zu schaffen. Mit den Massen in Verbindung treten, die schwierige, unerträgliche Lage der Arbeiterklasse ausnutzen, die täglich immer mehr der Arbeitslosigkeit anheimfällt, die bäuerlichen Massen gewinnen, die einen agrarischen Umsturz herbeisehnen, die weißrussischen und ukrainischen Bauern unterstützen, auf denen das unerträgliche Joch der polnischen Gutsbesitzer lastet, — alles dies muß die Kommunistische Partei Polens tun, um sich auf die großen

Ereignisse vorzubereiten, die bereits der nächste historische Tag mit sich bringen kann.

Bisher wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, daß sich der Angriff des Kapitals auf der Grundlage einer Reorganisierung der technischen Basis und organisatorischen Struktur des Kapitalismus entfalte. Das ist jedoch nur die eine Seite der Sache. Wird doch diese ganze Reorganisierung und Umgestaltung des fixen Kapitals von der Einschränkung der Märkte für den internationalen Kapitalismus diktiert. Angesichts eines monopolistischen Kapitalismus jedoch vollzieht sich der Kampf um die Märkte nicht nur vermittels billiger Waren. „Das Finanzkapital will nicht Freiheit, sondern Herrschaft“ — und deshalb nehmen seine Methoden zur Eroberung der Märkte die Form einer gewaltsamen Aneignung von Kolonien an. Die Kolonialpolitik, die unter den Bedingungen des imperialistischen Kapitalismus einen eigenartigen Charakter annimmt, soll dem Kapitalismus die Rohstoffquellen, die Möglichkeiten für Kapitalanlagen und Warenabsatz sichern.

Eine gewisse Besserung in der Lage der kapitalistischen Wirtschaft und das Bestreben, von der unsicheren, relativen Stabilisierung des Kapitalismus zu einer dauerhafteren und verlässigeren überzugehen, verschärfen unvermeidlich die Gegensätze zwischen den bedeutendsten imperialistischen Staaten. Aus eben diesem Grunde wird künftig nicht nur mit dem Anwachsen der sozialen und Klassengegensätze innerhalb der einzelnen kapitalistischen Länder zu rechnen sein, sondern auch mit der Ausdehnung und Vertiefung der Gegensätze innerhalb der heutigen kapitalistischen Weltwirtschaft. Wenn wir die heutige Weltwirtschaft im allgemeinen ins Auge fassen, dann müssen wir folgende grundlegenden Gegensätze feststellen:

1. Die imperialistische Welt und die USSR
2. Die imperialistische Welt und der Osten
3. Amerika und England
4. Amerika und Europa.

Zu diesen grundlegenden Gegensätzen innerhalb der gegenwärtigen Weltwirtschaft kommen folgende innereuropäischen Gegensätze hinzu:

1. Der englisch-französische Antagonismus. Dieser Gegensatz hat sich in letzter Zeit sehr stark zugespitzt. Der Kampf zwischen Frankreich und England im Völkerbund, die Zusammenstöße zwischen Frankreich und England auf der Abrüstungskonferenz, der Kampf aus Anlaß des Vorschlages, eine Wirtschaftskonferenz beim Völkerbund einzuberufen u. a. m. bestätigen diese Tatsache.

2. Der italienisch-französische Antagonismus. Dieser Gegensatz erzeugt im Umkreise des Mittelländischen Meeres eine gewitterschwangere, kriegerische Atmosphäre. Italien, ein gegenwärtig in industrieller Hinsicht starkes Land, bedarf neuer Märkte und sucht nach neuen kolonialen Erwerbungen. Es ist nicht abgeneigt, die französischen Kolonien in Nordafrika an sich zu bringen.

3. Der deutsch-französische Antagonismus. Dieser Gegensatz ist heute dem Anscheine nach in den Hintergrund gerückt. Augenblicklich wird eifrig von einer deutsch-französischen Zusammenarbeit ge-

redet. Aber diese Zusammenarbeit, die ihren Ausdruck in dem Bestreben findet, die französische und deutsche Schwerindustrie zu einer Verständigung zu bringen, ist einfach ein Versuch, durch Schaffung internationaler Trusts den Markt unter sich aufzuteilen. Diese auch in anderen Ländern und Geschäftszweigen zutage tretende Tendenz zur Schaffung internationaler Trusts kann keinesfalls als eine Abschwächung des Kampfes angesehen werden. Wohl können zeitweilige Uebereinkommen zwischen den Kapitalisten verschiedener Länder getroffen werden, doch werden dadurch die grundlegenden Gegensätze nicht aufgehoben. Die Basis der wirtschaftlichen Stärke verschiedener Industriezweige ist heute schwankender als vor dem Kriege, und deshalb werden gegenwärtig und künftig Veränderungen im Kräfteverhältnis schneller als vor dem Kriege vor sich gehen. Das bedeutet jedoch, daß in der heutigen Zeit ein zuverlässiges und dauerhaftes Uebereinkommen kaum zu erwarten ist. Die französische Industrie läßt sich heute in ein Abkommen mit der deutschen Industrie ein, um sich die Positionen zu sichern, die sie an den Märkten in Ausnutzung ihrer Inflationsprofite gewonnen hat. Ist jedoch der Frank stabilisiert, dann kann alles anders werden.

Es ist jetzt nicht notwendig, die übrigen auf dem Festlande bestehenden Gegensätze eingehend zu behandeln. Sie sind außerordentlich zahlreich. Für uns ist es wichtig, die Tatsache festzustellen, daß die Versuche des Kapitalismus, eine gesichere Stabilisierung zu erzielen, ein Anwachsen der Gegensätze in der kapitalistischen Welt und eine Zuspitzung des Kampfes um die Kolonien bedeuten. Sogar Deutschland, dem der Versailler Vertrag die Kehle zugeschnürt hatte, weist in seiner Außenpolitik aufs neue imperialistische Tendenzen auf, nachdem es jetzt eine gewisse Festigung seiner Produktionsbasis erreicht hat. Die Bemühungen, eine unabhängige Außenpolitik zu betreiben, der verstärkte Wunsch und das Fahnden nach neuen Kolonien offenbaren den Neoimperialismus der deutschen Bourgeoisie; das Streben des faschistischen Italien nach neuem kolonialen Besitz zeugt von der gleichen Tendenz.

Von allen diesen Tatsachen ist am wichtigsten der wachsende Gegensatz zwischen der imperialistischen Welt und der Sowjetunion, insbesondere jedoch zwischen England und der Sowjetunion. Die Vorbereitung einer neuen Offensive gegen die Sowjetunion ist nur die Kehrseite des Angriffs des Kapitals auf die Arbeiterklasse in Europa. England, das in Polen seinen Vertrauensmann eingesetzt hat, ist nicht abgeneigt, sich Polens und anderer Staaten zu bedienen, um einen neuen Feldzug gegen die Sowjetunion zu organisieren.

Aus diesem Grunde müssen die Arbeiterklasse und die kommunistischen Parteien, die den Kampf gegen die Offensive des Kapitals in Europa aufnehmen, gleichzeitig einen umfassenden Kampf gegen die Drohung mit einer neuen Intervention aufnehmen. Auf diese Weise sind der Kampf gegen die Folgen der kapitalistischen Stabilisierung und die Verteidigung der Sowjetunion vor neuen Ueberfällen eng miteinander verknüpft.

Die ultralinken Phrasenhelden à la Korsch, die sich in offenerzigste rechte Sozialdemokraten verwandelten, indem sie den Feldzug gegen die Sowjetunion begannen, fördern in Wirklichkeit die Stärkung der kapita-

listischen Stabilisierung. Dieselben Leute, die laut das Fehlen einer kapitalistischen Stabilisierung verkünden und zugleich aus allen Kräften bemüht sind, die Grundlagen der proletarischen Diktatur in der Sowjetunion zu zerrütten, leisten der Stabilisierungspolitik der Bourgeoisie unmittelbare Dienste und fördern die Vorbereitungen für eine neue Intervention.

Die gegenwärtige Opposition innerhalb der KP der Sowjetunion, vertreten durch die Genossen Trotzki und Sinowjew, offenbart in den Fragen der kapitalistischen Stabilisierung die größte Verwirrung, da sie den Charakter und Grundgehalt der Stabilisierung ebensowenig erfaßt wie die nächsten Perspektiven ihrer Entwicklung und die Quellen ihres möglichen Mißerfolgs. So faßt Genosse Trotzki im allgemeinen die Stabilisierung des Kapitalismus rein politisch auf. Seiner Meinung nach wird der Inhalt der Stabilisierung nicht von den wirtschaftlichen Veränderungen erzeugt, die im Kapitalismus im Vergleich zu den ersten Vorkriegsjahren vor sich gegangen sind, sondern vom politischen Stillstand und vom Mangel an Kampfbereitschaft innerhalb der Arbeiterklasse, der nach der deutschen Niederlage im Oktober 1923 in Zentraleuropa um sich gegriffen hat.

„Nicht deshalb und nicht in dem Sinne gibt es heute in Europa keine revolutionäre Situation, daß es dem Kapitalismus gelungen wäre, sich die Bedingungen einer weiteren Entwicklung der Produktivkräfte aufs neue zu schaffen; das ist nicht der Fall; es fehlt sogar an ernsthaften Anzeichen dafür. Das Fehlen der revolutionären Situation äußert sich unmittelbar in der veränderten Stimmung der Arbeiterklasse, vor allem der deutschen, und in der Abkehr der Sozialdemokratie von der Revolution. Diese Abkehr ist die Folge davon, daß der revolutionäre Zeitabschnitt nach dem Kriege und späterhin nach den Ereignissen im Ruhrgebiet keine Resultate gezeitigt hat. Und erst infolge dieser Abkehr erhielt die Bourgeoisie die Möglichkeit, die am meisten zerrütteten Teile des Staats- und Wirtschaftsapparates instand zu setzen.“ (Trotzki, Varga, Radek: „Zur Frage der Stabilisierung der Weltwirtschaft“. Verlag „Planwirtschaft“, 1925, S. 34.)

Ausgangspunkt der Stabilisierungspolitik der Bourgeoisie war gewiß die politische Ebbe. Wird aber von der Stabilisierung des Kapitalismus gesprochen, dann müssen die wirtschaftlichen Errungenschaften und Verbesserungen in der kapitalistischen Wirtschaft aufgedeckt werden, die die Bourgeoisie erreicht hat. Werden jedoch die Veränderungen wirtschaftlichen Charakters außer acht gelassen, die im Kapitalismus, verglichen mit der unmittelbaren Nachkriegszeit, stattgefunden haben, und wird die Stabilisierung nur politisch aufgefaßt, dann müßte, nachdem sich die ersten Anzeichen für das Erwachen der Aktivität in der europäischen Arbeiterklasse angekündigt hatten, sofort erklärt werden, daß die Stabilisierung des Kapitalismus zu Ende gehe, daß sie zu existieren aufhöre.

Als sich die ersten Symptome eines neuen Aufschwungs angezeigt hatten, erklärte Genosse Trotzki in Verzicht auf eine wahrhaft marxistische Analyse der Gründe dieses Aufschwungs ohne Umschweife, daß die Stabilisierung des Kapitalismus abgeschlossen sei.

„Ich denke, daß eine neue kritische Periode im Anzug ist und daß es Europa nicht beschieden ist, noch in diesem Jahre Gleichgewicht, Ordnung und Ruhe zu erleben. Wir stellten noch unlängst fest, daß eine gewisse „Stabilisierung“, d. h. ein gewisses zeitweiliges Gleichgewicht des europäischen Kapitalismus und folglich auch seine Festigung eingetreten sei. Aber sie war viel kurzlebiger, als man hätte denken können.“ („Prawda“ vom 31. Januar 1926. Referat des Genossen Trotzki.)

Nach Trotzki war also die Stabilisierung des Kapitalismus von viel kürzerer Dauer, als man hätte annehmen können; seiner Meinung nach ist sie



durch den sich anzeigenden neuerlichen politischen Aufschwung bereits unwirksam gemacht.

Diese eigenartige, ausschließlich politische Auffassung der Stabilisierung ist die Kehrseite der Trotzki'schen Ansichten von der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung des europäischen Kapitalismus. Trotzki spricht von einer allgemeinen Stagnation, von einer ununterbrochenen automatischen Verwesung des Kapitalismus. In seinem Buche „Europa und Amerika“ schreibt Trotzki aus diesem Anlaß folgendes:

„Zum Schluß will ich eine Frage stellen, die sich, wie mir scheint, aus der Wesenheit meines Berichtes ergibt. Die Frage lautet: hat der Kapitalismus sich überlebt, oder nicht? Oder anders: ist der Kapitalismus fähig, die Produktivkräfte im Weltmaßstabe weiter zu entwickeln und die Menschheit voranzubringen? Diese Frage ist eine grundlegende. Sie ist von entscheidender Bedeutung für das Proletariat in Europa, für die unterdrückten Völker des Ostens, für die ganze Welt und vor allem für das Schicksal der Sowjetunion. Wenn es sich erweisen würde, daß der Kapitalismus noch fähig ist, eine fortschrittliche historische Mission zu erfüllen, daß er fähig ist, die Völker reicher und ihre Arbeit produktiver zu machen, dann würde dies bedeuten, daß wir, die Kommunistische Partei der Sowjetunion, ihn zu früh totgesagt haben oder daß wir, mit anderen Worten, zu früh die Macht übernommen haben, um den Sozialismus aufzubauen. Denn wie Marx uns lehrte, geht keine soziale Ordnung von der Weltbühne ab, ohne alle in ihr enthaltenen Möglichkeiten zu erschöpfen. Angesichts der neuen wirtschaftlichen Verhältnisse, die sich jetzt vor unseren Augen herausbilden und die Amerika über die ganze kapitalistische Welt emporheben, nachdem sich das wirtschaftliche Kräfteverhältnis radikal verschoben hat, müssen wir uns aufs neue fragen: hat der Kapitalismus sich überlebt oder steht ihm noch wirtschaftliche Betätigung bevor?

Für Europa entscheidet sich diese Frage, wie ich zu zeigen bemüht war, mit Bestimmtheit, und zwar in negativem Sinne . . . In diese Sackgasse wurde Europa durch die allgemeine Entwicklung, vor allem durch die der Vereinigten Staaten getrieben. Die letztere ist heute die Grundkraft der kapitalistischen Welt und die Art dieser Kraft bestimmt automatisch (gesperrt von uns) im voraus die Ausweglosigkeit Europas innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Herrschaft. Der europäische Kapitalismus ist im uneingeschränkten Sinne dieses Wortes reaktionär geworden, d. h. er bringt nicht nur nicht die Völker voran, sondern er ist sogar unfähig, ihnen die Lebenshaltung zu sichern, die sie in der Vergangenheit erlangt hatten. Eben dies ist die wirtschaftliche Basis der gegenwärtigen wirtschaftlichen Epochen. Das politische Auf und Nieder entfaltet sich auf dieser Basis, ohne sie zu verändern.“ (Trotzki, „Europa und Amerika“. S. 71—72.)

Richtig ist an diesen Worten, daß eine neue Epoche anhaltender und friedlicher kapitalistischer Blüte durch die jetzige Lage und Zusammensetzung des Weltkapitalismus ausgeschlossen ist. Verhält sich jedoch die Sache so, daß sich der europäische Kapitalismus automatisch zersetzt und daß er verwest, dann ist es völlig unverständlich, wo die teilweise, zeitweilige Stabilisierung des europäischen Kapitalismus herkommt. Aus diesem Grunde ist Genosse Trotzki, der die Theorie von der automatischen Zersetzung des europäischen Kapitalismus erfand, genötigt, dem Begriff der kapitalistischen Stabilisierung einen rein politischen Inhalt zu geben und die Stabilisierung als politische Ebbe, ihre Durchbrechung jedoch als politische Flut anzusehen. Politische Ebbe und Flut gehen angeblich auf einer wirtschaftlichen Grundlage vor sich, die in dem Sinne unverändert bleibt, daß sie keinerlei Anzeichen einer Besserung aufweist, sondern automatisch verfault und verwest.

Der Grundirrtum Trotzki's besteht darin, daß ihm das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus unverständlich bleibt. Das Fehlen der Gleichmäßigkeit und der Proportionalität in der Entwicklung des Ka-

pitalismus zeigt sich, wie Lenin richtig bemerkte, besonders scharf ausgeprägt in der Epoche des imperialistischen Kapitalismus. Trotzki dagegen hat von der heutigen Weltwirtschaft keine dialektische, sondern eine rein mechanische Vorstellung. Er denkt sich die Sache mechanisch so, daß der eine Pol des Kapitalismus, Amerika, unaufhaltsam aufsteigt und Fortschritte macht, indes der andere Pol, Europa, automatisch, ununterbrochen und gleichmäßig fällt und verfault. Dieses Schema hat den Fehler, daß die wirkliche Lage und die realen Entwicklungstendenzen des heutigen Kapitalismus darin keinen Ausdruck, kein Spiegelbild finden. In Amerika haben wir zwar einen aufsteigenden Kapitalismus, doch geht dort gleichzeitig ein Zersetzungsprozeß vor sich, der mit jedem Monopol und jeder Oligarchie verbunden ist, die für den Kapitalismus in seinem letzten, imperialistischen Stadium eigentümlich sind. In Europa haben wir, was das Entwicklungstempo anbelangt, im Vergleich zu Amerika im großen und ganzen eine ökonomische Stagnation. Das bedeutet keineswegs, daß der europäische Kapitalismus bereits absolut unfähig ist, irgendwelche weiteren Fortschritte zu machen. In Europa vollzieht sich neben der Stagnation auch eine gewisse zunehmende Festigung des Kapitalismus. Wir finden hier einen zwiespältigen, dialektischen Verwesungs- und Wachstumsvorgang des Kapitalismus. In einer Reihe von Industriezweigen, wie beispielsweise in der Gußeisenproduktion oder Steinkohlengewinnung, erobern mehrere europäische Länder ihre Vorkriegspositionen zurück, während die Vereinigten Staaten gewissermaßen allmählich ihre Monopolstellung der Kriegszeit einbüßen. Seit der Krisis im Jahre 1921 wächst die Produktion in Amerika sehr unregelmäßig, und es kann die Rekordzahlen der Kriegszeit bereits nicht mehr erreichen. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika bilden gewiß die größte Macht in der heutigen kapitalistischen Welt. Im Verlauf des Krieges schuf sich Amerika die Vorbedingungen für die weitere Festigung seiner wirtschaftlichen und finanziellen Positionen innerhalb der Weltwirtschaft.

Alles dies ist richtig. Falsch aber ist es, die Sache so darzustellen, als steige Amerika ununterbrochen, während Europa wirtschaftlich ununterbrochen zurückgehe. Wir haben gar keinen Grund, Europa als ein Ganzes, Einheitliches, im Gegensatz zu Amerika Befindliches anzusehen. Wenn der ungleichmäßige Aufstieg der Wirtschaftsmacht der Vereinigten Staaten gewisse Gegensätze zwischen Amerika und Europa erzeugt, so sind diese Gegensätze nicht absolut aufzufassen. Diese Gegensätze äußern sich verschiedenartig in bezug auf die verschiedenen kapitalistischen Länder Europas und in bezug auf die einzelnen europäischen Ländergruppen. Europa in bezug auf Amerika als etwas Ganzes zu betrachten, heißt das Ungleichmäßige und Gegensätzliche in der Entwicklung des europäischen Kapitalismus außer acht lassen. Trotzki's Theorie von der allgemeinen Stagnation und automatischen Verwesung des Kapitalismus hat mit der Leninschen Theorie des Imperialismus nichts gemein. Genosse Trotzki sucht Lenins Theorie des Imperialismus durch irgendeine neue, besondere Theorie von einer Verfallszeit des Kapitalismus zu ersetzen.

Manche Genossen glauben, es sei notwendig, eine besondere Theorie von der Verfallszeit des Kapitalismus aufzustellen. Marx, meint einer dieser Genossen, schuf die Theorie des klassischen Kapitalismus, Hilferding, Lenin und Bucharin schufen die Theorie des Finanzkapitals, die Theorie

des Imperialismus. Nun besteht, nach Meinung dieser Genossen, die Aufgabe darin, eine besondere Theorie zu schaffen, die die Gesetzmäßigkeit des niedergehenden, sich zersetzenden Kapitalismus aufdeckt. Wir stoßen hier auf das fehlende Verständnis dafür, daß die imperialistische Epoche des Kapitalismus zugleich die Epoche des sich zersetzenden Kapitalismus ist. Aber diese Zersetzung vollzieht sich nicht so, wie Trotzki es darstellt. Das Anwachsen der Zersetzungsprozesse, von denen Lenin spricht, bedeutet durchaus nicht die „automatische“ Zersetzung, die den Betrachtungen Trotzki zugrunde liegt. Lenin weist dem Imperialismus seinen historischen Platz an durch den Hinweis darauf, daß der monopolistische Kapitalismus „absterbender“ Kapitalismus und zugleich „der Vorabend der sozialistischen Revolution“ sei. Der monopolistische Kapitalismus erzeugt die sozialen und wirtschaftlichen Vorbedingungen für die Einführung des Sozialismus. In der Epoche des Imperialismus vollzieht sich im schnellen Tempo die Vergesellschaftung von Produktion und Arbeit, entstehen die materiellen Bedingungen für die Möglichkeit der Verwirklichung des Sozialismus. Aber noch mehr! Es entstehen außerdem treibende Kräfte für den Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Der Imperialismus verschärft in unerhörtem Maße alle Gegensätze; er verstärkt und vertieft die Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Diese Tatsache wird von der wachsenden Teuerung und dem Druck der Kartelle gefördert. Der Imperialismus ruft nationale Bewegungen ins Leben und veranlaßt die Völker des Ostens, nationale Befreiungskriege gegen ihn selbst zu führen. Es wächst die Unzufriedenheit in den Reihen der Bauernschaft und des Kleinbürgertums, das gleichfalls den Imperialismus haßt und das Bestrebungen hat, die Oligarchie der Banken und die Diktatur der Trusts abzuschaffen. Lenin, der einerseits die wirtschaftliche Wesenheit des Imperialismus und andererseits das Anwachsen der Gegensätze in Betracht zog, die die zum Sozialismus treibenden Kräfte darstellen, nannte den Imperialismus den „Vorabend der sozialistischen Revolution“. Die Grundlage unserer Bewegung in der Richtung zur sozialistischen Revolution wird nicht von der allgemeinen, absoluten Zersetzung des Weltkapitalismus gebildet, sondern vom Anwachsen der Gegensätze infolge der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus, der noch imstande ist, sich zu erheben und zu entwickeln, trotz der fortschreitenden Zersetzungserscheinungen.

„Monopol, Oligarchie, Streben nach Herrschaft statt nach Freiheit, nach Ausbeutung einer immer größeren Anzahl kleiner oder schwacher Nationen durch ganz wenige reiche oder mächtige Nationen — all das erzeugte jene Merkmale des Imperialismus, die uns veranlassen, ihn als parasitären oder sich zersetzenden Kapitalismus zu charakterisieren. Immer plastischer tritt als eine Tendenz des Imperialismus die Bildung des „Rentnerstaates“, des Wucherstaates hervor, dessen Bourgeoisie von Kapitalexporth und „Kuponabschneiden“ lebt. Es wäre irrig, zu glauben, daß diese Zersetzungstendenz ein rasches Wachstum des Kapitalismus ausschließe; durchaus nicht, einzelne Industriezweige, einzelne Schichten der Bourgeoisie und einzelne Länder offenbaren im Zeitalter des Imperialismus mehr oder minder stark bald die eine, bald die andere dieser Tendenzen. Im großen und ganzen wächst der Kapitalismus bedeutend schneller als früher, aber dieses Wachstum wird nicht nur im allgemeinen immer ungleichmäßiger, sondern die Ungleichmäßigkeit äußert sich auch im besonderen in der Zersetzung der kapitalkräftigen Länder (England)\*.“

\* Lenin: „Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus“. Marxistische Bibliothek. Bd. I. Seite 110 f. Verlag für Literatur und Politik 1926.

Lenin spricht bei der Kennzeichnung des Imperialismus als verwesenden und parasitären Kapitalismus nicht von der gleichmäßigen Zersetzung des einen oder des anderen Teiles der kapitalistischen Weltwirtschaft, sondern betont das Anwachsen der Ungleichmäßigkeit in der Entwicklung der Weltwirtschaft. Wie Lenin unermüdlich betonte, dient das Bestreben, das Finanzkapital, den Imperialismus als etwas Einheitliches, Ganzes darzustellen, dient jegliches Spielen mit dem Ultraimperialismus zur Verbreitung der Ansicht, der Finanzkapitalismus schwäche die Unregelmäßigkeit und den Widerspruch in der Entwicklung der Weltwirtschaft ab, während er sie in Wirklichkeit verstärkt. Daß Genosse Trotzki die inneren Widersprüche des europäischen Kapitalismus außer acht läßt, beruht auf den alten Ansichten Trotzki, daß die wichtigsten kapitalistischen Länder Europas sich auf der gleichen Entwicklungsstufe befinden und sich deshalb gleichmäßig der sozialistischen Revolution näherten und daß der Sieg von Revolution und Sozialismus in einem einzigen Lande unmöglich sei. Die Ansicht von der Möglichkeit eines Sieges des Sozialismus in einem einzigen Lande bezeichnete Trotzki als „nationalen revolutionären Messianismus“ und „nationale Beschränktheit“ (Siehe Trotzki: „Krieg und Revolution“. Staatsverlag 1924, B. II., S. 478—479).

Die gewisse Verkleisterung der inneren Gegensätze des Kapitalismus, der gewisse Keim ultraimperialistischer Theorien, der in den früheren Ansichten Trotzki vorhanden war, hat sich gegenwärtig verstärkt, und heute finden wir bei Trotzki neben dem Abbild der allgemeinen Stagnation und automatischen Zersetzung des europäischen Kapitalismus das Bestreben, die Sache so hinzustellen, als ob die Vereinigten Staaten von Nordamerika Europa aufsaugen und die europäischen kapitalistischen Länder zu einem Teil der Vereinigten Staaten machen würden.

„ . . . Je weiter, desto mehr wird Amerika zur Expansion gedrängt, d. h. zur Anlage seiner überschüssigen Geldmittel im Lateinischen Amerika, in Europa, Asien, Australien, Afrika. Aber desto mehr wird die Wirtschaft Europas und anderer Erdteile zum Bestandteil der Wirtschaft der Vereinigten Staaten.“ (Gesperrt von uns.) (Trotzki „Europa und Amerika“, S. 74.)

Wenn in Wirklichkeit die Entwicklungstendenz der Weltwirtschaft darin besteht, daß Europa und die Wirtschaft der anderen Erdteile in den Bestand der Vereinigten Staaten einbezogen werden, dann werden die Ungleichmäßigkeiten der Weltwirtschaft durch die außerordentlichen Vorzüge der ökonomischen Macht der Vereinigten Staaten behoben werden. Die Unregelmäßigkeiten der imperialistischen Weltwirtschaft werden ausgeglichen, die Gegensätze eingeschränkt, die Ungleichmäßigkeit in der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Länder ausgeschlossen, da Amerika gleichmäßig aufsteigt, während Europa in wirtschaftlicher Hinsicht gleichmäßig niedergeht und sich zersetzt. Das reich werdende Amerika nimmt sich des verarmten, zersetzten Europas an, macht es zu einem Bestandteil seiner Wirtschaft, die Weltwirtschaft jedoch schreitet auf dem Wege des Ultraimperialismus fort, auf dem Wege der Schaffung einer universalen, organisierten kapitalistischen Wirtschaft ohne jedwede Gegensätze. Als Trotzki im Jahre 1924 die Bedeutung Amerikas eifrig zu betonen anfang, ohne die dialektischen Widersprüche der heutigen Weltwirtschaft zu bemerken, redete er nicht umsonst davon, daß es um die Revolution in Europa

nicht gut bestellt sei, daß eine langwierige und ernsthafte Festigung des europäischen Kapitalismus im Anzug sei. Jetzt aber, da er den Verwesungsprozeß des europäischen Kapitalismus zum Schwerpunkt seiner Analyse macht, verwandelt sich seine Behauptung von der Zuverlässigkeit der Stabilisierung mechanisch, nicht aber dialektisch in ihr eigenes Gegenteil. Die zuverlässige Stabilisierung wird zum vollständigen Fehlen einer Stabilisierung.

In die Fußtapfen des Genossen Trotzki tritt heute auch Genosse Sinowjew. Sinowjew erklärte gleichfalls, daß die Stabilisierung des Kapitalismus gescheitert sei. In seinem Referat „Der englische Generalstreik und seine universale Bedeutung“ (in der „Prawda“ vom 5. Juni 1926) erklärte Genosse Sinowjew:

„Was jetzt vor sich geht, ist alles andere als eine Stabilisierung (Gesperrtes von uns) . . . Ich glaube, daß dabei keine Stabilisierung, sondern eine neue Desorganisation des Kapitalismus herausgekommen ist. Der Sturm peitscht das kapitalistische Schiff, indem er es bald auf die rechte Seite und bald auf die linke neigt. Macht das Schiff eine Rechtsschwenkung, so übt es natürlich in diesem Augenblick einen Druck auf die Arbeiter aus. Und doch wird das Schiff hin und her gestoßen. Die Stabilisierung ist ein Zustand des Beharrens; wird jedoch der Kapitalismus heute nach rechts und morgen nach links getrieben, wo bleibt denn da die Stabilisierung? Das Schiff des Kapitalismus wird nicht nur in Deutschland, in Polen, sondern auch in England vom Sturm gepeitscht, England aber ist nicht Deutschland, oder Polen, oder Estland. England ist die Krönung des Kapitalismus auf dem Festlande. Nach Amerika ist es das reichste Land der Welt. Wer die Sache nicht nur oberflächlich ansieht, sondern mit der Klassenanalyse bis zum „Skelett“ der kapitalistischen Oekonomie vordringt, der wird sagen, daß die Ereignisse des letzten Jahres das Vorhandensein einer kapitalistischen Stabilisierung widerlegen.“ (Gesperrt von uns.)

Genosse Sinowjew versichert uns, daß von einer Stabilisierung des Kapitalismus nur dann gesprochen werden kann, wenn der Kapitalismus vollkommen stabil ist. Es muß jedoch gesagt werden, daß der Kapitalismus überhaupt niemals gänzlich stabil war. Die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche, die Erweiterung der Produktion revolutionieren die Erzeugung sowie die sozialen Verhältnisse und nehmen so dem Kapitalismus die absolute Stabilität. Um so weniger kann natürlich von einer vollkommenen Stabilität in einer Zeit der größten Schwierigkeiten im Kapitalismus die Rede sein, in einer Zeit, da sich sein Untergang deutlich anzeigt. Wir müssen jedoch gleichzeitig eine gewisse Besserung in der Lage des Kapitalismus feststellen, müssen mit der Tatsache rechnen, daß der Kapitalismus die schadhafte Teile seiner Wirtschaft ausgebessert hat. Diese relative, vom europäischen Kapitalismus erreichte Besserung nennen wir „Stabilisierung“. Diese Besserung wurde durch den Druck auf die Arbeiterklasse erreicht, durch die Vermehrung der inneren Widersprüche zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Die weiteren Stabilisierungsversuche, von denen bereits die Rede gewesen ist, verschärfen diese Gegensätze noch mehr. Deshalb hat sich Genosse Sinowjew ganz zwecklos zuerst die Stabilisierung des Kapitalismus als harmonischen, ohne Widersprüche vor sich gehenden Aufschwung ausgemalt, um nachher, als das Anwachsen der Widersprüche für ihn offensichtlich wurde, zu verkünden, daß überhaupt keine Stabilisierung da sei.

Genosse Sinowjew schlägt vor, „zum Skelett der kapitalistischen Oekonomie mit der Klassenanalyse vorzudringen“. Aber die Sache ist eben die,

daß Sinowjew die materialistische, marxistische Analyse der Entwicklungstendenzen des heutigen Kapitalismus aufgibt, daß er auf die richtige Analyse des wirtschaftlichen Inhalts der kapitalistischen Stabilisierung im allgemeinen und ihrer jetzigen Entwicklungsstufe im besonderen verzichtet und den Weg der Konstruktionen Trotzki einschlägt. Wenn wir wiederum eine solche Desorganisation des europäischen Kapitalismus haben, wie sie in den ersten Nachkriegsjahren existierte, dann stehen wir vor einer unmittelbaren revolutionären Situation. Wenn bereits „der Sturm das kapitalistische Schiff peitscht“ und es von einer Seite auf die andere schleudert, dann handelt es sich doch darum, die kommunistischen Parteien auf den revolutionären Sturm einzustellen. Aber diesen Weg unter den gegebenen Umständen einschlagen, hieße nicht die günstige Situation benützen, die sich in dem beginnenden neuerlichen Umschwung, in den neuerlichen Verschiebungen innerhalb der Arbeitermassen anzeigt, um die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen, sondern hieße den Weg des Abenteuerertums und der sektiererischen Entartung der kommunistischen Parteien einschlagen. Das hieße das Versagen der wirtschaftlichen Durchführung der Einheitsfront.

Unter den gegebenen Umständen die Taktik der Einheitsfront richtig durchzuführen, das ist die wichtigste Aufgabe der Kommunistischen Internationale. Wir müssen sowohl die rechten als auch die ultralinken Verzerrungen der Taktik der Einheitsfront auf das entschiedenste bekämpfen, um die Zusammenschweißung und Organisation des internationalen Proletariats zu verwirklichen. Der verstärkte Angriff, der konzentrierte Druck der kapitalistischen Stabilisierer auf die Arbeitermassen kann alles unwirksam machen, was die Bourgeoisie in bezug auf die Stabilisierung erreicht hat, und kann die kommunistischen Parteien vor unmittelbare revolutionäre Situationen stellen. Um für diese Perspektive gerüstet zu sein, muß man mit den Betrachtungen darüber Schluß machen, daß wir heute keinerlei Stabilisierung des Kapitalismus haben; auch muß auf das ernsthafteste die systematische, ausdauernde Arbeit der Sammlung und Organisation der proletarischen Massen in Angriff genommen werden. Die Stabilisierung des Kapitalismus ist relativ und unzuverlässig. Sie kann unwirksam gemacht werden, aber sie ist es noch nicht. Die ansteigende Welle in der Arbeiterbewegung kann diese Stabilisierung abtragen und wegschwemmen; damit sich dies jedoch schneller beuge, müssen wir das Reich der romantischen Träumereien meiden und uns mit ganzer Kraft an das große Werk der Eroberung der breiten Arbeitermassen machen. Es ist notwendig, den verschiedenen Kampf der Arbeitermassen gegen die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der kapitalistischen Stabilisierung zu organisieren. Hier ist die Achse, um die sich in der nächsten Zukunft die ganze Arbeit der Kommunistischen Internationale drehen wird.

P. LAPINSKI:  
 „AUF DEN KOPF GESTELLT“\*  
 (Zur Theorie der faschistischen Entwicklung)

Ungeachtet der außerordentlichen Eigenart des Landes entsteht und entwickelt sich der von Pilsudski herbeigeführte Umsturz in Polen auf dem Hintergrunde derselben allgemeinen Bedingungen, die mehr oder weniger für alle kapitalistischen Staaten bezeichnend sind. Auch hier ist, sogar in besonders krasser Form, die allgemeine Erscheinung einer Disharmonie zwischen dem Produktionsapparat und den Absatzmöglichkeiten zu beobachten. Die Angliederung der größten Teile Oberschlesiens mit seinem kolossalen Industrieapparat stellt sich als einer der ernstesten Faktoren dieser Disharmonie dar. Und auch in Polen müssen sich die Möglichkeiten des Innenmarktes ebenso erschöpfen, wie in den andern Ländern. Für den größten der alten polnischen Industriezweige, die Textilindustrie, spielt der innere, nationale Markt mehr als für irgend eine andere Industrie in der Welt, im buchstäblichen, historischen Sinne dieses Wortes lediglich die Rolle eines Surrogates des Außenmarktes — eines Surrogates des verlorenen ungeheuren russischen Marktes. Die überaus starke Verbreitung des Großgrundbesitzes einerseits und des bäuerlichen Zwergbesitzes andererseits, neben der systematischen Sabotage jeder kühneren Agrarreform, haben die Möglichkeiten des nationalen Marktes noch mehr eingengt, was die Lage der polnischen verarbeitenden Industrie ungünstig von der Lage der gleichen Industriezweige, selbst in solchen Ländern, wie Deutschland und Frankreich, unterschied.

Ein anderer spezifischer Zug der polnischen Volkswirtschaft war der durch eine ganze Reihe historischer Gründe zu erklärende, ganz außerordentliche Kapitalmangel, der bis zum äußersten Grade der Not an Grund- und Umlaufkapital ging. Die kümmerliche Entwicklung des selbständigen Kapitals (bei Verlust der ehemaligen Kreditverbindungen mit Rußland, Deutschland und Oesterreich-Ungarn) führte zu einem faktischen Verschwinden jeglichen Kredits, jeglichen Kreditsystems, das ganze Jahre hindurch seine Speisung lediglich aus der inflationistischen Fiktion gefunden hatte. Die auf Grund der eigenen dürftigen Mittel durchgeführte Deflation mußte in Kürze zu einem neuen Rückfall in die Inflation führen.

In dieser Situation mußte für Polen das höchste wirtschaftliche Prinzip in einem Bestreben zur Erweiterung seiner wirtschaftlichen Verbindungen, zur Annäherung an kapitalstarke Länder, sowie in der Zusammenfassung und Konzentrierung aller Kräfte „seiner“ Bourgeoisie bestehen. Auf dem Wege zum ersteren standen jedoch die feindseligen Beziehungen zu Deutschland, die im Resultate zur Vernichtung aller Handelsbeziehungen führten; auf dem Wege zum zweiten stand das Chaos der polnischen inneren

\* Ein Kapitel aus dem demnächst erscheinenden Buche: „Wege zur Stabilisierung des Kapitalismus.“

und äußeren Beziehungen und das dadurch erzeugte Mißtrauen des ausländischen Finanzkapitals; auf dem Wege zum dritten stand die nationale Zwietracht zwischen den drei hauptsächlichsten Zweigen der Bourgeoisie des gegenwärtigen Polens — der polnischen, deutschen und jüdischen Bourgeoisie — sowie die ganze Atmosphäre des nationalen Haders und der nationalen Bedrückung im Lande.

Der Kampf mit allen diesen (selbst für die gegenwärtigen kapitalistischen Staaten) außerordentlichen Schwierigkeiten erforderte als ganz unentbehrliche Voraussetzung eine starke und dauerhafte bürgerliche Regierung und halbwegs dauerhafte internationale Beziehungen. Polen gebrach es aber an dem einen wie an dem andern. Nicht ein einziger großer Staat in Europa hatte bis in die letzte Zeit hinein so ungeordnete, anarchische Beziehungen zu seinen nächsten und starken Nachbarn aufzuweisen, wie Polen. Ein Hindernis zur Bildung einer starken und dauerhaften Regierung bildeten drei Faktoren: die in höchstem Maße kleinbürgerliche Zusammensetzung der Gesellschaft und das damit zusammenhängende Bestehen politisch ebenso aktiver und labiler wie auch verworrener kleinbürgerlicher Elemente ländlicher und städtischer Abstammung, die kraft historischer Gründe sich dazu noch einen großen Einfluß in der Armee erobert hatten. Das ist der erste Faktor, der der Schaffung einer starken, streng kapitalistischen Regierung in normaler parlamentarischer Weise im Wege steht. Der zweite Faktor ist das Bestehen einer starken, politisch aktiven Arbeiterklasse mit großen revolutionären Traditionen. Die revolutionären Instinkte der Arbeiter stießen auf einen schonungslosen Terror. Doch genügte, was unter den Bedingungen des Terrors übrig blieb, um selbst die lächerliche reformistisch-sozialistische Partei (PPS) systematisch zwischen der faktischen Unterordnung unter die rein-kapitalistischen Parteien und der Unterstützung der radikal-kleinbürgerlichen Parteien schwanken zu lassen, so daß sie sich im Resultat bei aller hyper-patriotischen Anhänglichkeit für den Staat als ein Element „der Zersetzung“ erwies. Der dritte Faktor endlich ist das Bestehen großer nationaler Minderheiten.

Der sichtbare parlamentarische Ausdruck einer solchen Lage der Dinge unter den Bedingungen der formellen „Demokratie“ war die chronische Unmöglichkeit zur Schaffung einer dauerhaften Mehrheit im Sejm, die Zerklüftung und Labilität des Bestandes der Sejm-Parteien. Der Sejm erinnerte an das Krylowsche Quartett. In dieser Beziehung glich die gegenwärtige polnische Republik viel eher dem Typus, sagen wir, Frankreichs und Italiens, als dem Englands und Deutschlands mit ihrem System relativ großer und stabiler Parteibildungen, die den Ländern mit höchster kapitalistischer Entwicklung eigen sind. Die Versuche seitens des Kapitals, sich durch eine „starke Hand“ aus der sich für dasselbe in den Ländern mit einer machtvollen und politisch aktiven kleinbürgerlichen Schicht ergebenden überaus schwierigen Lage zu befreien, müssen notgedrungen auf anderen Wegen durchgeführt werden als in den klassischen großkapitalistischen und proletarischen Ländern — und zuweilen zu anderen spezifischen Resultaten führen.

Unter den geschilderten Verhältnissen mußten die kapitalistischen



Elemente der polnischen Gesellschaft in der deutlichen Empfindung, daß sie immer mehr im Moraste versinken, daß die entstandene Ausweglosigkeit der Lage in fataler Weise in dem an Zündstoffen so reichen Lande zur Revolution zu führen drohte, — notgedrungen an Mittel zur Rettung denken, indem sie sich allmählich die Ideen der Diktatur, des Faschismus, „der Amerikanisierung“ der Verfassung usw. zu eigen machten.

Auch die polnische Industrie betrat nach dem Beispiel der europäischen den Weg der „Rationalisierung“; sie war sich der Notwendigkeit einer tiefgehenden Reorganisation des ganzen Apparates und der Arbeitsmethoden bewußt und hatte es sogar vermocht, etliche Anfangsschritte in dieser Richtung zu tun. In keinem andern Lande jedoch mußten diese Stabilisierungsversuche auf so ungeheure Schwierigkeiten stoßen, wie gerade in Polen: schon dank dem außerordentlichen Mangel an dem hierfür erforderlichen Kapital und dem Fehlen „entsprechender“ Unterstützung seitens des Staates, — ganz abgesehen von den rein mechanischen Mitteln des Terrors gegen die Arbeiterklasse (selbst zu der allerbürgerlichsten Regierung Grabskis standen die Industriellen in faktischer Opposition). Und dabei bedeutet die „Reorganisation“, die „Rationalisierung“ in der Anwendung auf die polnische Industrie mehr als für irgendeine andere eine Einschränkung ihrer Produktionsbasis mit der Perspektive einer gewissen „Agrarisierung“ des Landes, — eine Verbindung progressiver und regressiver Entwicklung. Wenn aber die polnischen Arbeiter auf dem Gebiet rein sozialer Errungenschaften sich noch irgend etwas aus der ersten revolutionären Periode der Nachkriegszeit bewahrt haben, so ist anderseits der polnische Staat mit seinen schwachen finanziellen Hilfsquellen und seinem forcierten parasitären Militärbudget am allerwenigsten imstande (wie es in England und teilweise in Deutschland geschieht), Hunderttausende von Arbeitslosen, die bei der „Rationalisierung“ dieses Typus zu einer Art dauernder Reservarmee geworden sind, durchzufüttern. Es ist ganz klar, daß unter solchen Bedingungen die Reorganisation der Industrie vor allem gegen die Arbeiter ausschlagen muß; ebenso klar, daß sie hier mit besonders großen sozialen „Gefahren“ verknüpft ist.

Die Offensive des Kapitals in Polen ist somit vollkommen unvermeidlich geworden, ist, wie auch in den anderen Ländern, vollkommen herangereift. Und wie wir wissen, wurde der Anstoß zum Umsturz Pilsudskis in Wirklichkeit gegeben durch den Versuch eines formellen Angriffes seitens der kapitalistischen Reaktion, in Form eines Versuches zur Schaffung einer „reinen“ bürgerlich-großbäuerlichen Regierung mit gleichzeitiger Entfernung der Pilsudski, dem Helden der Kleinbourgeoisie, „treuen“ Heeresteile aus der Hauptstadt. Die Initiative der Ereignisse gehörte auch in Polen den kapitalistischen Elementen.

Wir sehen also, daß bei aller unbestreitbaren, offensichtlichen Verschiedenartigkeit der Ereignisse in Polen und in England, die scheinbar durch einen Abgrund voneinander getrennt sind, ihr maßgebender, tiefer Untergrund mehr oder weniger der gleiche ist; hier wie dort sehen wir den erzwungenen Versuch des Kapitals, sich durch eine „starke Hand“ aus der historisch ausweglosen Lage zu befreien.

Ein spezifischer Zug der Lage in Polen bestand jedoch darin, daß, wenn

die Offensive auch hier ihre faktische Arena auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Fragen fand und als Hauptfeind (wie in anderen Ländern) die Arbeiterklasse in Betracht kam, die Offensive jedoch nicht die Form einer unmittelbaren Attacke auf die Arbeitsbedingungen annahm, sondern in ihrem ersten Stadium einen politischen Charakter zeigen, in den Versuch der Schaffung einer gleichartigen „starken“ Gewalt zum Ausdruck kommen und ihren ersten Schlag gegen die kleinbürgerlichen Elemente richten mußte, die die Schaffung dieser starken Klassengewalt erschwerten.

Und eben deshalb war der Versuch, eine feste Gewalt im Interesse der „Stabilisierung“ des Kapitalismus in dieser Form zu schaffen, nicht von Erfolg gekrönt, konnte infolge der oben schon erwähnten Besonderheiten der sozialen Zusammensetzung der polnischen Gesellschaft auch nicht von Erfolg gekrönt sein. Um das Proletariat abzuwürgen, benötigen die kapitalistischen Klassen der gegenwärtigen Gesellschaft das Bündnis mit der Kleinbourgeoisie. Dieses Bündnis in der nötigen Form (d. i. in der Form eines Bündnisses allein mit der großbäuerlichen Spitze der Bauernschaft und bei gewaltsamer Unterwerfung aller aktiven Elemente des städtischen Kleinbürgertums und der unzufriedenen Teile der Bauernschaft) zu verwirklichen, ist nicht gelungen. Dieses Bündnis wird nun in anderer Form verwirklicht — durch Pilsudski.

Die moderne, vollentfaltete parlamentarische Demokratie (in der Form, wie sie sich schon vor dem Kriege in England, Frankreich und teilweise in Deutschland gebildet hatte) stellte nichts anderes dar als den politischen Ausdruck des Klassenbündnisses, des Klassenfriedens zwischen der kapitalistischen Großbourgeoisie und der Kleinbourgeoisie (in diesen Begriff ist auch die mittlere Bourgeoisie mit eingeschlossen), das eine langandauernde historische Epoche des Kampfes zwischen diesen Klassen abschloß. Das beispiellose Anwachsen der Kräfte und des Selbstbewußtseins des Proletariats nach dem Kriege, unter den spezifischen Bedingungen der Nachkriegswirtschaft mit ihrer für die kleinbürgerlichen Schichten zerstörenden Wirkung, hat die Grundlagen dieses Bündnisses erschüttert: dies bildet auch die letzte Quelle der sogenannten Krise des Parlamentarismus. Die Erfahrung des polnischen Sejm in einer Reihe von Jahren hat die ganze Schwierigkeit (wenn nicht Unmöglichkeit) dieses Bündnisses in Polen — in den „normalen“, traditionellen Formen der parlamentarischen Demokratie erwiesen. Das historische Klassenwesen des „Faschismus“ läuft darauf hinaus, daß in einer kurzen historischen Uebergangsepoche (wenn das Proletariat noch nicht genügend Kräfte besitzt, um die Kleinbourgeoisie an sich zu ketten) dieses Bündnis des aktiven Kleinbürgertums mit der kapitalistischen Großbourgeoisie in den vorwiegend kleinbürgerlichen Ländern sich in neuen historischen Formen — auf den Trümmern der traditionellen „Demokratie“ realisiert.

Die Voraussetzung für diese historische Entwicklung (die ihrem Wesen nach in einer anderen Epoche als in einer revolutionären, in der Epoche der Zersetzung der gesamten kapitalistischen Maschine undenkbar ist) bildet die Hilflosigkeit der Bourgeoisie, die sowohl in der wirtschaftlichen wie sozialen und politischen (innerpolitischen und außenpolitischen) Sphäre hervortreten kann: in einer jeden gesondert und in allen zugleich. Dement-

sprechend gewinnt der „Faschismus“ in den verschiedenen Fällen eine verschiedene Physiognomie. In allen Fällen jedoch retten die kleinbürgerlichen Elemente den Kapitalismus und die Bourgeoisie für einige Zeit vor sich selber (vor ihrer eigenen Hilflosigkeit) und selbst unter ihrem zeitweiligen Entgegenwirken (das sich wiederholen könnte, wenn sie bald wieder zu sich käme, wenn ihr das kleinbürgerliche Manöver nicht mehr notwendig erschiene, und wenn dies nicht von einer andern, der proletarischen Hand, beseitigt würde).

Die kleinbürgerlichen Gruppen retten den Kapitalismus und die Großbourgeoisie nicht umsonst: sie bekommen dafür den Staatsapparat in ihre Hände, die Zivil- und Militärverwaltung, Tausende und Zehntausende von Posten und allerlei andere Möglichkeiten, sich durchzufüttern und zu bereichern und in die „leibhaftige“ Bourgeoisie einzudringen. Dieser Staatsapparat schafft für die deklassierten, elementar ruinierten und zu Grunde gehenden Gruppen eine wirtschaftliche Basis, während er für die andern wichtigsten Klassen der modernen Gesellschaft ein Werkzeug für unvergleichlich weitere Klassenziele bildet. (Mussolini füttert an der Staatskrippe eine ganze Armee seiner „Anhänger“. Der unmittelbare Stimulus der militärischen Anhänger und Gefährten Pilsudskis war das Bestreben, sich von der hereinbrechenden „Reinigung“ in der Armee — im Zusammenhang mit dem zu erwartenden Abbau des Budgets — zu schützen; jetzt wird diese Reinigung in entgegengesetzter Richtung durchgeführt.)

Die Fälle einer Uebertragung der Gewalt auf Schichten, die in der Deklassierung begriffen sind, sind in der Geschichte nicht neu. Ganze Jahrzehnte hindurch dauerten in solchen Ländern, wie England oder Deutschland, die Erscheinungen einer eigenartigen klassenmäßigen Arbeitsteilung an: die halbdeklasierten Junker (oder Aristokratie) und die mit ihnen durch Bande der Verwandtschaft und Tradition verknüpfte Bürokratie verwalteten den Staat „beruflich“, indem sie es der Bourgeoisie überließen, sich zu bereichern. Die Voraussetzung für eine solche „Arbeitsteilung“ bildet einmal eine gewisse traditionelle Uebung der alten deklassierten Schicht im Staatshandwerk, und zweitens — die Furcht vor der Revolution und vor dem Proletariat, die die Bourgeoisie veranlaßt, mit den alten Gesellschaftsklassen auf Kompromisse einzugehen.

Analogen Voraussetzungen begegnen wir aber in der gegenwärtigen revolutionären Epoche auch bei der Kleinbourgeoisie. Auch sie hat in unserer stürmischen Epoche gewisse spezifische Qualifikationen für das Staatshandwerk. Sie steht den „Massen“ nahe, sie versteht, mit ihnen zu manövrieren, sie verfügt über Massenorganisationen, zuweilen über ernsthafte bewaffnete Kaders. Das in bezug auf die erste Voraussetzung. Bezüglich der zweiten muß gesagt werden, daß auch diese Schicht den Zutritt zur Macht dank der Furcht der Bourgeoisie vor dem Proletariat und vor der Revolution erlangt. Sie spielt die Rolle eines Puffers, indem sie in bestimmten kritischen Momenten das Vertrauen der beiden maßgebenden kämpfenden Parteien genießt. Die Bourgeoisie rechnet mit noch einer Qualifikation dieses mittleren Faktors: mit der Feigheit und Verworfenheit seiner politischen Weltanschauung, die sie in den übelsten Momenten retten sollen. Die Rolle dieses Puffers spielte in den Nachkriegsjahren durchweg

die Sozialdemokratie im Verein mit den andern, nicht nur dem Geiste, sondern auch der Zusammensetzung nach, rein kleinbürgerlichen Elementen. Dieses ist, sozusagen eine linke Variante, die linke Vielgestaltigkeit der Entwicklung. Die kleinbürgerlichen Gruppen (oder die deren Rolle spielenden Arbeiter — ihrer hauptsächlichsten Parteizusammensetzung nach) treten an den leeren Platz, der von der panikartig flüchtenden Bourgeoisie aufgegeben wurde, oder aber diese Bourgeoisie geht in verständiger Weise auf eine „Teilung der Macht“ ein — in der Form aller möglichen „Koalitionen“, die sie vor dem Angriff der Arbeiterklasse schützen. Eine rechte „faschistische“ Variante entsteht, wenn die aktiven und organisierten kleinbürgerlichen Gruppen angesichts der von der Bourgeoisie gezeigten Ohnmacht (auf sozialem, wirtschaftlichem oder politischem Gebiet), sie selbst zurückdrängen und sich des Staatsapparates bemächtigen. Die ganze Logik der Lage zwingt sie aber sehr bald, sich in den Dienst einer Wiederherstellung des Gleichgewichts des Kapitalismus zu stellen.

In Italien zeigten die kapitalistische Bourgeoisie und ihr Staatsapparat ihre Ohnmacht vor allem und am unmittelbarsten auf sozialem Gebiet: in dem Unvermögen, den angreifenden Arbeitern einen schnellen und entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen, in dem Unvermögen, die ganze staatliche und Produktionsmaschine „straffer anzuziehen“. Der Mussolinismus zeigte deshalb vom ersten Augenblicke an einen deutlich ausgeprägten antiproletarischen Charakter, der sich in der Folge mit jedem Tage verdichtete. Erst nach dem Kriege und unter der Wirkung des ihm durch den Krieg gegebenen Anstoßes betrat Italien den Weg einer beschleunigten, modernen kapitalistischen Entwicklung, die insofern verspätet war, als sie zum Unterschiede von den älteren kapitalistischen Ländern mit der Epoche einer überaus intensiven, revolutionären Gärung des Proletariats zusammenfiel. Der alte traditionelle parteipolitische Ueberbau erwies sich als zu schwach und ungeeignet für diesen verspäteten, deshalb aber um so stürmischeren wirtschaftlichen Prozeß. Der italienische Faschismus bildete denn auch den spezifischen Ausweg aus diesem Widerspruche. Er zerbrach die alten traditionellen Parteischranken, befreite die Bourgeoisie von ihren eigenen Ueberbleibseln und mischte alle Karten auf bonapartistische Art durcheinander. Die unruhigsten, deklassierten kleinbürgerlichen Elemente erhielten als Domäne den Machtapparat und hindern, nachdem sie sich beruhigt haben, die Bourgeoisie nicht nur nicht daran, sich zu bereichern, sondern sind, umgekehrt, zu einem unersetzlichen Mittel geworden, um die Arbeiterklasse am Zügel zu halten, — in den Formen eines eigenartigen, grausamen, ungeheuerlichen „Patriarchentums“, das die frühere „Anarchie“ ablöste. Der von der Bourgeoisie dafür bezahlte Preis besteht in dem Verlust der politischen Selbständigkeit, in einer moralischen Pauperisierung und in der traurigen Gewißheit, daß diese Lage ohne Revolution nicht zu ändern sei.

Der in Polen vollzogene Umsturz, der seinem Klassenmechanismus nach einen identischen Prozeß darstellt — einen gewaltsamen Uebergang des Machtapparates auf die kleinbürgerlichen Elemente, ist in etwas anderen Verhältnissen entstanden und hat einen etwas anderen Verlauf genommen, weshalb auch seine einzelnen Züge und Entwicklungsperspektiven einen etwas anderen Charakter tragen müssen.

Die polnische Bourgeoisie zeigte ihre ganze Ohnmacht in einem viel höheren Grade auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet als auf sozialem, d. i. im unmittelbaren Kampfe mit der Arbeiterklasse. An Gewaltakten in Gefängnissen, brutale Gerichtsurteile und Erschießung von Arbeitern, hat es in Polen wahrlich nie einen Mangel gegeben. Weder Grabski noch Witos oder Skrzynski waren ein Giolitti, der nicht den Mut hatte, die Kanonen gegen die Arbeiter auffahren zu lassen, als diese die Fabriken besetzten. Zudem hat es in Polen eine proletarische Revolution, selbst in der zwitterhaften, unvollendeten italienischen Form, nicht gegeben. Es hat deshalb auch keine Panik vor der unmittelbaren Gefahr einer Revolution gegeben. Pilsudski brauchte den Terror gegen die Kommunisten nicht aufs neue in Anwendung zu bringen. Er blühte da schon in seiner vollen Schönheit.

Andererseits ist Pilsudski gezwungen, einen ganzen Berg historischer Ueberbleibsel, die die bürgerliche Entwicklung in Polen verstopften, — vor allem auf politischem, inner- wie außenpolitischem Gebiete — wegzuräumen. In diesem Sinne wird der nach seiner ganzen Vergangenheit kleinbürgerliche Don-Quichotte durch eine Ironie des Schicksals den Spuren des größten, durch und durch realistischen Führers der polnischen Großbourgeoisie, eines Menschen von Bismarckischem Typus — Roman Dmowski, folgen müssen. Zu Beginn des laufenden Jahrhunderts befreite dieser unzweifelhafte Schöpfer der modernen polnischen Bourgeoisie mit kühner, zynischer Hand diese von allen, ihre politische Psyche belastenden, anachronistischen Ueberbleibseln, von den Ueberbleibseln der Aufstandsmantik, von dem Ekel vor einem stupiden Nationalismus und Antisemitismus, von der Furcht, ihr Schicksal mit dem zaristischen Rußland und dessen imperialistischen Verbündeten zu verknüpfen, von der Skepsis gegenüber dem Panslawismus, von der Furcht, Arbeiterblut zu vergießen. Erst unter der eisernen Hand Dmowskis verwandelte sich die polnische Bourgeoisie in eine vollkommen moderne, europäische, kapitalistische, vollkommen klassenbewußte und zynische Bourgeoisie. Im gegenwärtigen Augenblick schreitet Pilsudski zur analogen Operation: er versucht die polnische Bourgeoisie von einigen, dem Messer Dmowskis entgangenen Traditionen und von einigen neuen Anschwemmungen zu befreien: von den demokratischen Vorurteilen und vom „Versailliestum“, von der unproduktiven, größtenwahnsinnigen Metaphysik der ersten „Versailles“-Epoche der Nachkriegszeit.

Pilsudski wird bestrebt sein, einen „gradlinigeren“ Weg zur Bourgeoisie, zum nationalen und internationalen Kapital zu finden, indem er den alten parteipolitischen Ueberbau meidet, der seine Ungeeignetheit bewiesen und sich in einen Damm verwandelt hat, der den Zutritt des belebenden Stromes des Auslandskapitals verwehrt.

Gewiß, das ganze Gebäude des modernen Polen hält sich durch Versailles, und dieses Fundament muß unversehrt bleiben. Die von Versailles inaugurierte Politik hat jedoch Europa zerstückelt, die normalen internationalen Verbindungen zerrissen, eine wirtschaftliche Katastrophe geschaffen und eine Unmasse von lebloser wirtschaftlicher und politischer Utopie und Metaphysik aufgetürmt. In der auf die Epoche des reinen Versailles folgenden Periode des „Pazifismus“ hat sich die Mehrzahl der europäischen

Länder zum Teile von diesen direkten Ueberbleibseln des Krieges befreit und einige Schritte vorwärts zu den gebieterischen Realitäten des modernen wirtschaftlichen und politischen Lebens hin gemacht. Polen war länger als die anderen Länder abseits von diesem Prozesse geblieben. Aus Versailles geboren, war es fatalerweise mehr als die andern mit dem unnatürlichen wirtschaftlichen Widerspruch belastet, den das Versailler Dokument in sich barg, und trug diese Last als eine Art historischer Erbsünde.

Wir weisen nur auf folgende Elemente hin: am unproduktivsten in wirtschaftlicher Beziehung stellt sich jene internationale Verbindung Polens dar, die in politischer Beziehung die innigste und unvermeidlichste war: die Verbindung mit Frankreich. Und, umgekehrt, die schlechtesten politischen Beziehungen bildeten sich für Polen zu jenen Ländern heraus, mit denen es die natürlichste wirtschaftliche Verbindung verknüpft, d. i. mit der Sowjetunion, dem ehemals wichtigsten Absatzmarkt für seine Industrie, und besonders — mit Deutschland, dessen Handel mit Polen noch vor kurzer Zeit gegen 50 Prozent der normalen Handelsbilanz Polens ausmachte. Die militärische Intervention der Verbündeten hatte Polen die Möglichkeit gegeben, von der Sowjetunion relativ große Territorien mit einer fremdstämmigen, hierbei noch von der Revolution „angesteckten“ Bauernbevölkerung, die für immer das staatliche Gleichgewicht des Landes störte, abzutrennen und zu verschlingen. Gleichzeitig schwächte der von den politischen Parteien entfachte nationale Kampf zwischen den drei Gruppen der kapitalistischen Bourgeoisie (der polnischen, jüdischen und deutschen) die innere Geschlossenheit und die Entfaltung des Kapitalismus. Die Verbindung mit dem Kontinentalsystem Frankreichs und die unüberwindbare Klassenfeindschaft gegenüber der sozialistischen (und territorial beraubten) Sowjetunion drängte Polen in die unproduktivsten Bündnisse mit den baltischen und den Balkanstaaten, indem es so gleichzeitig die Hilfsquellen des Landes beeinträchtigte. Dieses alles zusammen genommen schuf das chronische Mißtrauen der Länder des Finanzkapitals — Englands und der Vereinigten Staaten — zu der Beharrlichkeit der Verhältnisse in der polnischen bürgerlichen Republik und hinderte den Zustrom des notwendigen Auslandskapitals. Ein weiteres Hindernis auf diesem Wege war die gesamte großenwahnsinnige Politik Polens, die keinerlei Formen einer „Kontrolle“ seitens der allmächtigen Kreditgeber (sei es einer direkten Kontrolle oder einer solchen durch Vermittlung des Völkerbundes) zuließ. Der selbstmörderische Zollkrieg mit Deutschland — just in dem Augenblicke, wo die ganze Locarno-Politik Frankreichs eine Schwächung ihres kontinentalen Systems mit der Perspektive einer weitgehenden wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland und der Abfindung mit der Tatsache der englisch-amerikanischen Diktatur bedeutete — enthüllte schonungslos die ganze Unnatur und den ganzen Widersinn der Lage.

Für den alten parteipolitischen Ueberbau waren diese zahllosen Widersprüche vollkommen unlösbar und drängten das bürgerliche Land in den Abgrund. Die Diktatur Pilsudskis bildet den Versuch eines, wenn auch nur teilweisen Ausgleichs und einer Ueberwindung dieser Widersprüche. Die Etappen auf diesem Wege sind: die Schwächung der Verbindung mit Frankreich, die Unterordnung unter die englisch-amerikanische Führung (wenn

auch mit dem Versuch, im Wege des Lavierens zwischen beiden Partnern, England und den Vereinigten Staaten, sich eine gewisse „Selbständigkeit“ und Bewegungsfreiheit zu sichern), der Versuch einer Versöhnung mit Deutschland (zumal auf dem weiten wirtschaftlichen Gebiet, wenn auch mit einer gewissen Tendenz zu einer Verwandlung Polens in ein agrarisches „Hinterland“ dieses hochentwickelten Industrielandes), die Zusammenfassung aller nationalen Elemente der Bourgeoisie der Republik, die Annahme einer ausländischen Finanzkontrolle über den Staat, der durch diese Maßnahmen gesicherte erhebliche Zustrom des Auslandskapitals.

Mit anderen Worten: wenn der traditionelle Demokrat Pilsudski sich mit der Demokratie auseinandersetzen muß, so muß der Don-Quichotte und kleinbürgerliche Utopist Pilsudski, der von moderner wirtschaftlicher Denkweise am allerweitesten entfernt ist, durch die gleiche Ironie des Schicksals einen Strom von Realismus in die dumpfe Atmosphäre des Versailles-Polens hineinströmen lassen, muß mit Verspätung dieses Polen in das sich erneuernde System des international-kapitalistischen Kreislaufs hineinziehen.

Darin besteht die Aehnlichkeit der historischen „Mission“ Pilsudskis und Mussolinis: beide werden zum Instrument der historisch verspäteten kapitalistischen Entwicklung. Polen wie Italien beginnen mit einer überaus großen historischen Verspätung ihre Annäherung an den Kapitalismus, — wo das revolutionäre Erwachen der Arbeiterklasse und die von der ganzen kapitalistischen Entwicklung der Welt aufgetürmten Widersprüche, oder das eine und andere zusammen, diese „Annäherung an den Kapitalismus“ in den traditionellen Formen der Demokratie unmöglich machen.

Wir mußten hier ein wenig eingehender bei einer spezifischen nationalen Besonderheit in der Entwicklung Polens verweilen, — einer Besonderheit, die mit dem deutlich ausgeprägten kleinbürgerlichen Charakter dieses Landes und seiner ganzen internationalen Lage im Zusammenhang steht. Die Besonderheit besteht hier aber nur in den spezifischen Wegen und dem Zickzack der Entwicklung, jedoch nicht in ihrer allgemeinen Linie und Richtung. Die Diktatur Pilsudskis stellt denn auch letzten Endes nur das Werkzeug und das Signal einer Offensive des Kapitals dar, einen Versuch desselben, sich aus der Sackgasse zu befreien, eine Konvulsion der „Stabilisierung“. Allein kraft der spezifischen polnischen Verhältnisse mußte dieser Versuch eine Wendung nach dem „Faschistischen“ nehmen (wenn auch mit vielen unterschiedlichen Zügen gegenüber der italienischen Variante).

Auch Pilsudski stellt das Bündnis der deklassierten Kleinbourgeoisie mit der nationalen und internationalen kapitalistischen Bourgeoisie wieder her; aber — „auf eigene Weise“, — durch eine ihrem Wesen nach diktatorische faschistische Methode — über den Kopf der traditionellen parteipolitischen Vertretung der nationalen Bourgeoisie hinweg, indem er diese sich „bereichern“ ließ, jedoch um den Preis der Uebergabe des allergrößten Teiles der Staatspastete an die deklassierten kleinbürgerlichen Elemente.

Aus allem Vorangegangenen erhellt, daß man diese eigenartigen, unter nächster Beteiligung der Kleinbourgeoisie vollzogenen Umstürze keinesfalls und in keiner Richtung mit den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Revolutionen der vorangegangenen historischen Epochen vergleichen kann, wo

die kleinbürgerliche Demokratie den aktiven Träger des revolutionären Kampfes nicht nur gegen die feudalen Schichten, sondern auch gegen die mit diesen ein Kompromiß anstrebende Bourgeoisie bildete. Die Kleinbourgeoisie erfüllte da eine revolutionäre Mission in großem historischem Maßstabe und ihre Rolle wurde nur in der Endetappe des revolutionären Prozesses konterrevolutionär (bis zu der dieser Prozeß nicht immer auszuweichen vermochte, indem er schon in früheren Stadien zunichte wurde), als sie sich gegen die jüngste Klasse der modernen Gesellschaft, das Proletariat, wandte, das eine außerordentlich radikale Umbildung aller Grundlagen dieser Gesellschaft anstrebte. Aber nach Maßgabe der fortschreitenden Entwicklung der modernen kapitalistischen Gesellschaft, nach Maßgabe dessen, wie die moderne Arbeiterklasse als selbständige und große historische Macht in den Vordergrund tritt und sich der grundlegende historische Antagonismus unserer Epoche, der Antagonismus zwischen der kapitalistischen Bourgeoisie und dem Proletariat, enthüllt, ändert sich auch in tiefgehender Weise die ganze Rolle der kleinbürgerlichen demokratischen Elemente. Die kleinbürgerlichen Parteien hören auf, den äußersten Flügel der revolutionären Demokratie zu bilden; die Kleinbourgeoisie bildet in immer geringerem Maße den Träger eines eigenen klassenmäßigen Kampfprogramms und verwandelt sich immer mehr in einen Weggefährten der anderen Klassen, entweder — in gewissen Momenten — des Proletariats, oder — öfter und gründlicher — in einen Weggefährten der Bourgeoisie.

Schon um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts, nach den Versuchen der Revolution von 1848/49, führt Marx eine strenge Scheidung zweier Etappen der Revolution durch: einer ersten, wo die kleinbürgerliche Demokratie erst den Kampf um die Eroberung der Macht (unter Beistand der revolutionären Arbeiter) führt, und einer zweiten, wo sie ihre Macht schon befestigen konnte. In dieser zweiten Etappe verwandeln sich die kleinbürgerlichen Parteien in bestimmter Weise aus einem Faktor der Revolution in einen Faktor der Konterrevolution, in ein Organ des unmittelbaren Kampfes gegen das Proletariat, das sich den sozialistischen Umsturz zum Ziele macht. In der bekannten „Ansprache“ im März 1850 steht Marx schon nicht mehr an, kategorisch zu erklären, daß „die Rolle, die die deutschen liberalen Bourgeois 1848 gegenüber dem Volke gespielt haben, diese so verräterische Rolle in der bevorstehenden Revolution von den demokratischen Kleinbürgern übernommen wird“. Und je weiter die Entwicklung fortschreitet, je größer das spezifische Gewicht des Proletariats wird, um so mehr nähert sich die Kleinbourgeoisie dieser „verräterischen Rolle“, — in allen jenen Fällen, wo sie nicht in zweiten Rollen auftritt, in der Gestalt eines einfachen Weggefährten des revolutionären Proletariats, in dem sie noch eine selbständige Rolle zu spielen bestrebt ist. In den achtziger Jahren hält Engels in seiner Einleitung zum „Kölner Kommunistenprozeß“ es schon für möglich, vorbehaltlos zu konstatieren, daß die kleinbürgerliche Demokratie nicht anders ans Ruder kommen wird, als in der Rolle „einer Retterin der Gesellschaft vor den kommunistischen Arbeitern“.

Verfolgen wir auch, daß in allen erwähnten Fällen Marx und Engels unablässig eine wirkliche Volksrevolution im Auge hatten, eine Revolution, die sich in aufsteigender Linie entwickelt, mit einer klassischen, relativ



schnellen Ablösung der Klassen und Parteien in der Herrschaft — nach dem Typus und dem Beispiel der großen französischen Revolution oder der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts.

Und was wäre da erst von unserer Epoche zu sagen, von der Epoche des Niederganges des Kapitalismus, zumal in Anwendung auf Fälle, wo wir — wie in Italien und Polen — es am allerwenigsten mit einer wirklichen „Volksrevolution“ zu tun haben, die sich in aufsteigender Linie entwickelt, — wo der schnell verrauschende Paroxysmus des initiatorischen „revolutionären“ Wirkens der kleinbürgerlichen Schichten als spezifisches Produkt der Labilität der in ihrer Entwicklung historisch verspäteten kapitalistischen Gesellschaften auftritt, — wo diese kleinbürgerliche Demokratie in Wirklichkeit keinerlei anderes Programm neben dem kapitalistischen und bürgerlichen (wenn auch spezifisch gefärbten) besitzt, und wenn sie im buchstäblichen Sinne dieses Wortes in der Rolle einer „Retterin der Gesellschaft“ — der kapitalistischen Gesellschaft — nicht nur vor den revolutionären Arbeitern auftritt, sondern auch vor der Ohnmacht und der Kopflosigkeit der Bourgeoisie selbst in ihrem historisch gewordenen parteipolitischen Ueberbau! Da bleiben vom Revolutionismus nur die Knöchelchen, nur die Fähigkeit zur Durchführung eines gewaltsamen Umsturzes, ein, man kann sagen, handwerksmäßiger Konkurrenzhaß gegenüber den überlebten Teilen des traditionellen Ueberbaues der kapitalistischen Basis. Das beste Anzeichen der vollzogenen historischen Metamorphose bildet der Umstand, daß die höchste Errungenschaft der kleinbürgerlichen Revolution die Entfaltung der Demokratie war, während jetzt das nächste Ziel des revolutionären faschistischen Umsturzes, gerade umgekehrt, die Beschimpfung der Demokratie und der Aufbau einer eigenartigen bonapartistischen Diktatur auf den Trümmern derselben bildet.

Die Konstatierung der entscheidenden Rolle der kleinbürgerlichen Schichten im Mechanismus des Umschwunges selbst besagt an sich noch nichts, beweist auch nichts, läßt auch keinerlei politische Schlußfolgerungen zu. Gerade infolge der durch solche summarischen Behauptungen hervorgerufenen Gedankengänge können sie zu den größten politischen Meinungsverschiedenheiten führen.

Und dies um so mehr, als die eigenartige kleinbürgerliche Natur des Umsturzmechanismus absolut nirgends, weder in Italien noch in Polen — in reiner Form auftritt. Wenn bedeutende kapitalistische Schichten die neue Ordnung der Dinge nur „ex post“ assimilieren, nur nach vollzogener Tatsache (einer der charakteristischen Züge des bonapartistischen Entwicklungstypus), so unterstützen einzelne, und lange nicht die letzten Schichten dieser kapitalistischen Klassen den Umsturz vom ersten Augenblicke an direkt oder indirekt; so daß selbst in diesem Sinne die summarische Qualifikation des Umsturzes als eines kleinbürgerlichen unrichtig wäre und eine Vereinfachung der Wirklichkeit bedeuten würde. In Italien findet Mussolini bekanntlich vom ersten Augenblicke an die aktive Unterstützung der italienischen Großgrundbesitzer und der Schwerindustrie; erst später und nicht ohne Mühe findet er den Weg zu einer Versöhnung mit dem Finanzkapital, in dessen treuesten Diener er sich in der Folge verwandelt. In Polen nehmen die führenden wirtschaftlichen Organisationen der Bourgeoisie Pilsudski

gegenüber vom ersten Augenblicke an zumindest eine weniger feindselige Stellung ein als die parteipolitische Organisation derselben Bourgeoisie. Darum handelt es sich ja gerade, daß der Umsturz des Typus, den wir in Italien und in Polen beobachten, sich als Produkt eines zeitweiligen Abweichens des politischen Ueberbaues von der wirtschaftlichen Basis des gleichen kapitalistischen Regimes darstellt! Auch die Symptome dieses zeitweiligen Auseinandergehens des Ueberbaues und der Basis — in den Grenzen des gleichen wirtschaftlichen und sozialen Regimes — beobachten wir buchstäblich auf der ganzen Linie. Was das Finanzkapital anbelangt, so erscheint Pilsudski im ersten Augenblick gerade als der Faktor, dem es beschiedenen ist, die bisher fehlende Basis für das Finanzkapital im Wege einer Oeffnung der Tore für den Zufluß des Auslandskredites zu schaffen. Von allen kapitalistischen Klassen erwiesen sich zu allererst auf der Seite Pilsudskis (wie auch auf der Seite Mussolinis) ganze kompakte Schichten der Großgrundbesitzer — aller polnischen Grenzgebiete und zum Teile des eigentlichen Polen. In krasser Opposition zu ihm verbleiben zunächst nur die Großgrundbesitzer des ehemaligen preußischen Polen, was in nicht geringem Grade seine Erklärung in den spezifischen Gruppentraktionen und Interessen dieser Schichten findet, die bis jetzt eine wirkliche wirtschaftliche und staatliche Unifikation Polens erschwerten, als deren Vorkämpfer und Wegebahner im Kampfe mit den regionalen Ueberbleibseln Pilsudski erscheint, ebenso wie Mussolini in Italien. Nicht umsonst stellte sich auch die ganze Wirtschaftspolitik der von Pilsudski geschaffenen Regierung von Anbeginn unter die Fahne eines verstärkten Schutzes der landwirtschaftlichen Interessen, erforderlichenfalls selbst auf Kosten der Industrie. Diese Politik erscheint als eine gewisse Befriedigung der Interessen der wohlhabenderen Schichten der polnischen Bauernschaft.

Andererseits darf man kaum einen Zweifel darüber hegen, daß die Entwicklung der Diktatur in Polen nicht diesen spezifisch vollständigen und auf seine Art stilgerechten, gradlinigen und gleichartigen Charakter haben wird, den sie in Italien erhalten hat. Schon dank den erwähnten nationalen Besonderheiten des derzeitigen Polen, dank seiner geographischen Lage, seiner internationalen politischen Gebundenheit, der vielgestaltigen nationalen Zusammensetzung und dank allen spezifischen Traditionen des politischen Lagers Pilsudskis muß sich hier eine verwickeltere, zickzackartige, halbe Entwicklung ergeben, die aber gleichzeitig die Möglichkeit „unerwarteter“ Sprünge und Ueberraschungen, beispielsweise in Form militärischer Abenteuer in sich birgt. Die Taktik der kommunistischen Arbeitervorhut wird deshalb zweifelsohne mehr Elastizität und Beweglichkeit erforderlich machen als in dem bedeutend gleichartigeren und fundamentalen mussolinierten Italien. Auch in Polen muß wie in den anderen Ländern, aber aller Wahrscheinlichkeit nach sichtbareren und unmittelbarer als in Italien, diese Entwicklung, die von der ganzen Lage der kapitalistischen Wirtschaft in ihrer verzweifelten Jagd nach Absatzmärkten unabwendbar diktiert wird, zu einer weiteren Verschärfung der Klassengegensätze und zu einem beschleunigten Prozeß in der Differenzierung des Reformismus führen.

Das Unternehmen des polnischen bürgerlichen Diktators hat insofern Chancen für einen Erfolg, als er überhaupt als Träger des einzigen, irgend-

wie realen Planes einer „Sanierung“ des polnischen Kapitalismus erscheint. In diesem Sinne und in diesen Grenzen kann er davon überzeugt sein, daß er eine respektable Zahl von Anhängern und Weggefährten aus allen Gesellschaftsgruppen und aus den in Auflösung befindlichen Parteien finden wird. Selbst ein gut Teil seiner demokratischen Anhänger aus der Mitte der „Streletz“-Organisation, die die maßgebende treibende Kraft des Umsturzes darstellt, — wird sich beruhigen, wenn er einen breiteren Zutritt zur Staatskrippe findet, und wird in das „Pathos“ einer Wiederherstellung der wirtschaftlichen und staatlichen Kräfte des Landes einstimmen. Das wird für ihn etwas in der Art einer Wiederholung der Periode der „organischen Arbeit“ sein, die nach den Enttäuschungen der letzten Aufstandsbewegungen zu Ausgang der sechziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts eintrat. So wird der rebellierende Geist Pilsudskis unter dem Einfluß der historischen Dialektik sich selbst überwinden! Und mehr als das, selbst ein gewisser Spitzenteil der Arbeiter wird einen vorübergehenden Trost in den Segnungen desselben „Restaurierungsprozesses“ finden können, der hierbei mit allerlei hyper-patriotischer Ideologie verbrämt werden wird. Der Patriotismus wird die offizielle Ideologie und der Beruf Pilsudskis in einem Lande werden, in dem nationale Gefühle unvermeidlich außerordentlich stark sein müssen. Die patriotische Romantik der letzten Mohikaner des Rebellentums macht jetzt ihre letzte Metamorphose durch: nachdem sie durch den Schmelzofen des österreichischen Generalstabs in der Epoche des Weltbrandes, dann durch das Fegefeuer des Krieges mit einem sozialistischen Lande, durch die Hinterhöfe der politischen Polizei und Spionage hindurchgegangen ist, wandelt sie sich unbemerkt für sich selbst in das allerprosaischste, allerrealistischste Werkzeug um für den Aufbau des Kapitalismus, einen Aufbau, der „heroische“ Mittel und Maßnahmen erfordert.

Aus allem Vorhergesagten geht aber schon deutlich hervor, daß dieser Aufbau des Kapitalismus in Polen auf noch unüberwindbarere Schwierigkeiten und innere Widersprüche stößt als in den anderen Ländern des kapitalistischen Europa. Das Einzige, was Polen vorteilhaft von der Mehrzahl dieser Länder unterscheidet, ist der Besitz einer mehr oder weniger gleichstarken industriellen und landwirtschaftlichen Basis, was dem Lande eine gewisse Selbstgenügsamkeit sichert und den Rahmen des nationalen Marktes erweitert. Aber auch dieser unbestreitbare (wenn auch durch die ärmliche Lage eines bedeutenden Teiles der Bauernschaft zum Teile beeinträchtigte) Vorteil kompensiert nicht die Wirkung jener allgemeinen Krankheiten des europäischen Kapitalismus, unter denen Polen in besonders starkem Maße leidet. Die Krise und die Arbeitslosigkeit in Polen werden in der nächsten Periode vielleicht nicht den ungeformten, ungleichmäßigen, versteckten und „kriechenden“ Charakter zeigen, den sie bisher gehabt haben. Die Arbeitslosigkeit wird sich vermutlich mehr dem jetzt in den wichtigsten kapitalistischen Ländern sich einbürgernden „normalen“ Typus nähern, wenn ein bestimmter, mehr oder weniger stabiler Teil der Arbeiterklasse sich in eine beständige Arbeitslosenarmee verwandelt. Die „Rationalisierung“ und „Reorganisation“ in Polen ist nicht geringer, eher größer als in Deutschland und bedeutet eine Einengung der Produktionsbasis. Der eingengegte Absatzmarkt wird zu einem Prokrustesbett.

Die Enttäuschungen auf wirtschaftlichem Gebiet werden nicht allein bleiben. Sie werden von tiefen politischen Enttäuschungen begleitet sein. Den breiten Arbeiter-, Bauern- und selbst kleinbürgerlichen städtischen Massen (darunter auch dem besten Teile der Mitläufer Pilsudskis) wird es schwerer sein als den nächsten Mitkämpfern des Diktators, sich mit der Umwandlung des Sejm in eine lakaienhafte, seiner Demokratie skrupellos beraubte Institution auszusöhnen, selbst wenn diese Kastration, was wahrscheinlich, ist, nicht so weit gehen sollte, wie es in Italien der Fall war. Diese Enttäuschung auf politischem Gebiet begann sozusagen schon am Tage nach dem von Pilsudski davongetragenen leichten Siege. Sie steigerte sich, nachdem es klar geworden war, daß der Sejm nicht aufgelöst wird, und daß dieses alte, allseitig kompromittierte und vom Sieger selbst öffentlich beschimpfte Parlament mit den Stimmen der rechten Parteien in Verletzung der Verfassung die diktatorischen Vollmachten des Urhebers des Staatsstreichs legalisieren wird. Pilsudski ist bestrebt, mehr als Mussolini, den äußeren Anschein der Demokratie zu wahren, deshalb wird aber die Demokratie um so widerlicher, abstoßender und lächerlicher. Alles hat sich in eine Maskerade und eine Farce verwandelt: der Präsident der Republik, der Sejm-Marschall und der Sejm selbst. Von der Diktatur entthront, am Rande des Abgrunds aber großmütig gerettet, hat sich die Demokratie in das Schauspiel einer erzwungenen, öffentlich-politischen Prostituirung verwandelt. Und wie einst Mussolini, der mit Hilfe der bewaffneten Macht in Rom einzog, den erschrockenen und aus der Fassung geratenen König umarmte und küßte, so beeilt sich Pilsudski noch früher, noch während des tobenden Kampfes, zur großen Verwunderung seiner demokratischen Weggefährten, sich mit seinen rechten Feinden zu versöhnen. Nunmehr stößt er seinen gestrigen Verbündeten, die Polnische Sozialistische Partei, von sich, so wie man einen Floh beseitigt, und empfängt die diktatorischen Vollmachten aus den Händen der rechten Parteien. Diese Erfahrung übersteigt selbst die Kräfte der PPS, die doch wahrlich mit allen Hunden gehetzt ist. Auch sie war ja ein klassisches parasitäres Produkt und ein organischer Bestandteil der faulen Sejm-„Demokratie“, die mit dem Terror gegen die Kommunisten Hand in Hand ging. Und sie muß nun als eines der ersten Opfer des Unterganges und der Beschimpfung dieser „Demokratie“ fallen! Sie fühlt sich schon veranlaßt, in die Pose der Opposition gegenüber ihrem geliebten Helden zu treten, von dem sie sich nie endgültig losgesagt hatte, selbst dann nicht, als er sie zwang, sich auf den Kopf zu stellen. Was hat aber diese Opposition für einen Wert, wenn selbst ihre Arena, der früher — bei der chronisch schwachen Regierung — faktisch allmächtige Sejm, ihr unter den Füßen entschwindet und wenn diese Opposition in der augenfälligsten Weise bereit ist, Pilsudski auf Knien zu bitten, ihr irgendeine goldene Brücke für ihren Rückzug zu bauen und ihr die Möglichkeit zu geben, selbst ein Minimum von äußerem Anschein zu wahren? Diese Opposition ist ebenfalls nur eine Maskerade. Die Zersetzung der PPS, die Abwanderung der Arbeiter von derselben muß jetzt in beschleunigtem Tempo vor sich gehen.

Das Organ der Posener Nationaldemokraten, des auserlesensten Teiles der polnischen Reaktion, der „Kurier Poznansky“, charakterisiert die Entwicklung der Ereignisse in Polen, als eine „auf den Kopf gestellte“, d. i. als

Hervortreten einer Art von Wahnsinn. Faktisch wird dieses Element des scheinbaren Wahnsinns in das Bild der Geschehnisse nur durch die spezifische soziale Eigenschaft der polnischen Oeffentlichkeit hineingetragen, durch die Kraft und Aktivität des kleinbürgerlichen Faktors. Und dieser Faktor verändert trotz all seiner „heroischen Gesten“ letzten Endes die Entwicklungslinie nicht. Er färbt sie nur in spezifischer Weise. Und das, was wir in Polen beobachten, — das sind die Wehen und Krämpfe „der Stabilisierung“. Diese Konvulsionen des Kapitalismus zeigen die ganze unvergleichliche Stärke seiner Erkrankung, seiner „historischen Senilität“. Es ist bezeichnend, daß dieser Stempel, diese Grimasse des Altersverfalls, in so krasser Form im Gesichte des in staatlicher Beziehung jüngsten Mitgliedes der kapitalistischen Familie hervortritt. Der Umsturz Pilsudskis stellt den Eintritt Polens in die Aera eines verschärften Klassenkampfes, eine Radikalisierung der Massen, die Fäulnis und Differenzierung jener reformistischen Partei dar, die bisher nichts so sehr fürchtete, wie eben die Verschärfung der Klassengegensätze. Wir sehen, daß zwischen den englischen und polnischen Ereignissen mehr gemeinsame Züge bestehen, als sich bei oberflächlicher Betrachtung wahrnehmen läßt.

BENNET:  
BERICHT DES GENERALRATS ÜBER DEN  
GENERALSTREIK

Sie brauchen meinen Worten keinen Glauben zu schenken,  
können Sie aber die Worte eines englischen Gentleman, der  
Gouverneur von Palästina war, in Zweifel ziehen?

(Aus einer Erklärung Thomas' Cook gegenüber.)

Der Generalrat des Kongresses der Trade-Unions Großbritanniens hatte für den 25. Juni d. J. eine Konferenz der Vollzugsausschüsse einberufen, um über seine Tätigkeit seit der Proklamierung des Generalstreiks bis zu seiner Beendigung Bericht zu erstatten. Der Bericht wurde abgefaßt und als vertrauliches Dokument allen Mitgliedern des Generalrats zugestellt. In der Folge wurde er vom höchsten Organ der englischen Gewerkschaften in seiner Gesamtheit gebilligt.

Dieser Bericht wurde von allen mit Ungeduld erwartet. Am Vorabend des 25. Juni erfolgte jedoch zwischen dem Generalrat und dem Vollzugsausschuß der Bergarbeiterföderation die Vereinbarung, die Konferenz bis nach Beendigung des Bergarbeiterstreiks zu verlegen.

Weshalb wurde die Konferenz aufgeschoben? Auf diese Frage liegt eine offizielle Antwort vor, die vom Generalrat und dem Vollzugsausschuß der Bergarbeiterföderation unterschrieben ist: Die Konferenz wurde verschoben, um die ganze Aufmerksamkeit und Energie der Arbeiterbewegung auf die Hilfeleistung für die Bergarbeiter zu konzentrieren. Diese Antwort ist jedoch nur eine offizielle Version, die dazu ausersehen ist, den breiten Massen der Arbeiterklasse sowohl Englands wie der ganzen Welt die Wahrheit vorzu-enthalten.

In Wirklichkeit hatte der Generalrat in den allerletzten Tagen vor dem Augenblicke der Einberufung der Konferenz das Gefühl, daß sein Bericht schwerlich auf die Sympathie der englischen Arbeiterbewegung stoßen würde. Er zog es deshalb vor, zu versuchen, sich entweder gänzlich der Antwort zu entziehen oder zumindest den Bericht auf einen Zeitpunkt zu verschieben, wo die Leidenschaften sich beruhigt haben und die von ihm begangenen Sünden und Verbrechen in Vergessenheit zu geraten beginnen.

Die Taktik des Generalrats ist leicht zu verstehen. Sich zu rechtfertigen, das dürfte für ihn mehr als schwer sein. Er ist im höchsten Maße daran interessiert, Zeit zu gewinnen. Weniger verständlich ist, wieso die Bergarbeiter sich nicht nur mit einer Verlegung der Konferenz einverstanden erklärten, sondern sich auch verpflichteten, sich der Kritik an dem Generalrat zu enthalten; Cook hatte hierbei seine kleine Schrift „Neun Tage“ zurückgezogen, die viel interessantes Material darüber enthielt, wie der dunkle Verrat zustande gekommen ist. Aus Hinweisen, die in der englischen Presse erschienen sind, geht hervor, daß die Bergarbeiter sich ihres heiligen Rechtes der Kritik am Wirken des Generalrats begeben haben gegen

dessen Versprechen, alle Kräfte und Mittel für die Sicherung des Sieges der Streikenden zu mobilisieren.

Nummehr ist es allen bekannt, daß der Generalrat sein Versprechen nicht gehalten hat. Nicht nur, daß er den Bergarbeitern keine aktive Hilfe leistet, er sabotiert auch diese Hilfe bewußt und planmäßig. Und was noch schlimmer ist, er lancierte durch seine aktiven Mitglieder — Bromley, Bevin und andere — jene giftigen Anschuldigungen in die Presse, auf denen er auch seinen Bericht aufbaut.

Wir sind der Meinung, daß wir unter diesen Umständen nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht haben, dieses Dokument, dessen einzelne Teile faktisch schon veröffentlicht sind, einer Analyse zu unterziehen.

Der Geheimbericht des Generalrats besteht aus zwei Teilen. Er enthält einmal den Bericht der Industriekommission, in dem wir eine eingehende Schilderung aller mit dem Konflikt in der Bergindustrie zusammenhängenden Verhandlungen bis zu jenem verhängnisvollen Zeitpunkte finden, wo der Streik durch einen Beschluß des Generalrats abgebrochen wurde; zweitens — den Bericht der Streikorganisierungskommission (strike organisation committee).

Wenden wir uns nun dem ersten Teil des Berichtes, dem Hauptteil, zu. Er beginnt mit der Schilderung der Ereignisse im Juli 1925, die mit dem Siege der Bergarbeiter am 31. Juli endigten, einem Tage, der den Annalen der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung unter der Bezeichnung des Roten Freitag einverleibt ist. Der Bericht beschränkt sich auf die einfache Konstatierung der Tatsache, daß die Regierung Baldwin im allerletzten Augenblicke — am 31. Juni 1925 — sich zu Zugeständnissen verstanden habe, und die vom Generalrat vorgemerkten Maßnahmen — die Organisation der Hafensperre — sich als überflüssig erwiesen haben. Der Generalrat verschweigt bei dieser Gelegenheit, daß die Regierung den Zweck und die Aufgaben ihres Zugeständnisses genau erklärt hatte. Sie bereitete die Arbeiterklasse Englands darauf vor, daß ihr zeitweiliges Zugeständnis als Atempause anzusehen sei, die notwendig und unumgänglich sei, um sich für die bevorstehenden Kämpfe vorzubereiten.

Indem er dieses wichtige Moment verschweigt, sucht der Generalrat in seinem Berichte den Eindruck hervorzurufen, daß er von dem Augenblicke des Abschlusses dieses Waffenstillstandes, das ist vom 31. Juli 1925 ab, sich ernsthaft auf den Zeitpunkt vorbereitet habe, wo die Frist für den Waffenstillstand ablaufen sollte.

Als Beweis für diese These führt der Bericht folgende Tatsachen an:

1. In Gemeinschaft mit der Föderation der Bergarbeiter und mit dem Exekutivkomitee der Labour-Party habe er der Königlichen Kommission „konstruktive Vorschläge für eine vollkommene Reorganisation und einen Umbau der gesamten Industrie“ unterbreitet. Hier fügt der Bericht noch hinzu:

„Wenn diese Vorschläge angenommen worden wären, so wäre es nicht nur gelungen, die später eingetretenen Konflikte hintanzuhalten, sondern die Industrie wäre auch schon auf dem Wege zu einer vollkommenen Wiederherstellung.“

Der Generalrat wagt hierbei nicht einmal zu sagen, daß es sich um die Rationalisierung der Kohlenindustrie handle, für die die Bergarbeiter sich in der Hauptsache eingesetzt haben.

2. Die seit dem Juli 1925 bestehende Industriekommission habe auch weiterhin ihren Kontakt mit den Bergarbeitern unterhalten und am 30. Januar habe eine gemeinschaftliche Sitzung der Industriekommission und des Vollzugsausschusses der Bergarbeiter-Föderation stattgefunden, wo eine gemeinsame Verhaltenslinie aufgezeichnet worden sei.

Wir fügen von uns aus hinzu, daß die Zusammensetzung der Industriekommission ein wenig verändert wurde. Der Vorsitz wurde vom Pugh eingenommen (der Vorsitzende der Juli-Kommission war Swales); auch wurde der Dunkelmann Jimmy Thomas in den Bestand der Kommission eingeschlossen.

3. Die Industriekommission habe Verhandlungen mit den Genossenschaften über die Organisierung eines Kredites für die Streikenden geführt, für den Fall, daß sich ein Streik als unvermeidlich erweisen sollte. Die Genossenschaftler hätten jedoch erklärt, daß sie die Organisierung eines Kredites nur dann übernehmen könnten, wenn der Kredit auch genügend garantiert würde. Mit anderen Worten: schon lange vor Beginn des Streiks zeigten die englischen Genossenschaftler eine solche Auffassung der Prinzipien der proletarischen Solidarität, wie wir es auch in der Folge sahen, als der Generalrat mit den Sektionen der Amsterdamer Internationale über eine Anleihe zur Unterstützung der streikenden Bergarbeiter verhandelte.

Mit diesen kurzen Mitteilungen sind alle „Vorbereitungen“ erschöpft, die der Generalrat in Voraussicht des grandiosen Konfliktes zwischen Arbeit und Kapital getroffen hatte. Das hindert aber den Bürger Bromley keineswegs, die gegen den Generalrat erhobene Anschuldigung der mangelnden Vorbereitung mit Verachtung abzuweisen (siehe den Aufsatz von Bromley „Der große Streik“ in der „Lokomotive“, Juli 1926, S. 303).

Die Frage der Vorbereitung ist von allergrößter Bedeutung. Es ist uns bekannt, daß nicht nur der Unternehmerverband der Bergbauindustrie, sondern auch die Regierung sich offen für den Ausstand des 1. Mai vorbereitet haben. Das Programm der Vorbereitungen der Regierung wurde nicht nur in einzelnen Erklärungen der Regierungsmitglieder dargestellt, sondern auch in der von Churchill am 10. Dezember 1925 gehaltenen programmatischen Rede, als er das Unterhaus darum ersuchte, die ergänzende Assignierung zur Auszahlung der Subsidien an die Unternehmer der Bergindustrie zu bestätigen.

Wir erlauben uns, folgenden Auszug aus dieser Programmrede anzuführen:

„Von dem Augenblicke an, wo der künstliche Vorteil, den die Ruhrbesetzung durch die Franzosen uns gab, aufhörte sich fühlbar zu machen, d. i. seit Beginn des laufenden Jahres, ist im Kohlenhandel eine sich unablässig verschärfende Depression eingetreten. Sämtliche Preise sind in diesem Sommer auf ein Niveau gesunken, das den festgestellten\* Arbeitslohn so tief unter tariflichen Mindestlohn hinabdrückte, daß die Grubenbesitzer während der ganzen Zeit überaus schwere Verluste erlitten. Die Unternehmer forderten eine Ueberprüfung des Minimums und auch eine weitere Herabsetzung

\* Unter „festgestelltem Lohn“ ist jener Arbeitslohn zu verstehen, den die Unternehmer als Gegengewicht gegenüber dem Minimum, das sie in Wirklichkeit zahlten, für zahlbar hielten. Der Verfasser.



des Arbeitslohnes entsprechend der zunehmenden Depression. Die Bergarbeiter antworteten mit der Weigerung, die Frage der Herabsetzung des Arbeitslohnes oder der Verlängerung der Arbeitszeit auch nur zu diskutieren, und gaben zu verstehen — aus dem von ihnen eingenommenen Standpunkt war das klar zu ersehen, wenn sie es auch nicht aussprachen — daß, wenn die Gruben keine genügenden Ueberschüsse zur Erhaltung des bestehenden Arbeitslohnes und der Arbeitsbedingungen in der Industrie und ebenso für die Erhaltung des infolge des großen Zuflusses der letzten Jahre erhöhten ziffermäßigen Bestandes der Arbeiter abwürfen, die Differenz, wie groß sie auch ausfallen möge — von den Steuerzahlern getragen werden müsse. Dieser Standpunkt der Bergarbeiter wurde von den anderen Gewerkschaften unterstützt, und deshalb mußte die Bevölkerung entweder die Differenz zwischen dem festgelegten Lohn und dem Minimum zahlen, oder mit der Möglichkeit eines Generalstreiks oder mit etwas anderem rechnen, was einem Generalstreik der organisierten Arbeiterklasse überaus ähnlich war.

Ueber einen Generalstreik der organisierten Arbeiterklasse muß folgendes gesagt werden: Wer auch gewinnen mag, jede Klasse, besonders aber die ärmere, wird dabei unvermeidlich verlieren; der ganze Handel und die Finanzen des Landes werden zerrüttet, der Regierung werden überaus schwere Lasten auferlegt; wir werden neue hohe Steuern einführen müssen, unsere Konkurrenten werden die Märkte unseres Ausfuhrhandels an sich reißen, die Chancen für eine Wiederherstellung unserer Wohlfahrt gehen verloren, möglicherweise auf Jahre hinaus, die Arbeitslosigkeit pflanzt sich in erheblich gesteigertem Maßstabe fort. Angesichts all dieser Uebel müssen alle denkenden Menschen sich darüber einig sein, daß man in einen solchen Kampf nur eintreten darf, wenn mit absoluter Gewißheit feststeht, daß alle anderen Mittel und Wege erschöpft sind und daß es keine Möglichkeit gibt, die Gesellschaft vor der Katastrophe zu bewahren.

Daneben hatte die Regierung um diese Zeit, Ende Juli, Möglichkeiten einer wirklichen Belebung des Handels wahrgenommen. Wir hatten uns nicht berechtigt gefühlt, solche Möglichkeiten vorauszusagen, doch, gestützt auf die von uns aus verschiedenen Quellen erhaltenen Beweise, rechneten wir mit der Möglichkeit einer Besserung der Lage, mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit, mit einer Besserung der Preise auf dem Weltmarkt zu unseren Gunsten und folglich mit der Möglichkeit, die zwischen dem festgestellten Lohne und seinem Minimum bestehende Bresche auszufüllen. Wir handelten außerdem unter dem Einfluß der Tatsache, daß das Land in seiner Gesamtheit nicht genügend informiert war in bezug auf den Charakter und die kolossalen Folgen eines solchen Kampfes, wie er vor ihm stand. (Gesperrt von mir. B.) Es ist ganz klar, daß ein Konflikt, der eine Herausforderung von solcher Art bedeutete, sehr leicht über die Grenzen eines einfachen Wirtschaftskonfliktes wegen des Arbeitslohnes und der Arbeitsbedingungen hinauswachsen und einen Charakter annehmen konnte, der ihn vom Charakter ähnlicher wirtschaftlicher Zusammenstöße vollkommen unterschied. Wenn dies die Folge sein konnte, so ist es vollkommen klar, daß ein solcher Konflikt zwischen der Gesellschaft, mit der Regierung an der Spitze, einerseits, und vielen großen Gewerkschaften andererseits nur auf eine Weise beendet werden konnte, und zwar durch einen um jeden Preis erzielten Sieg der Gesellschaft über die organisierte Gruppe von Bürgern, wie wertvoll, wichtig und zahlreich auch diese Gruppe sein mochte. Wir waren deshalb der Meinung, daß, falls ein solcher Kampf im allerletzten Augenblick als unvermeidlich angesehen werden müßte, es im höchsten Maße wichtig sei, daß er nur in solchen Formen ausbrechen dürfe, daß die Nation nicht unnötigerweise Gefahren ausgesetzt werde, die wahrlich nicht übertrieben werden können. Wir beschloßen daher, die Krise hinauszuschieben, in der Hoffnung, sie abwenden oder, wenn das nicht, mit ihr erfolgreich fertig werden zu können. (Gesperrt von mir. B.) In Hinblick darauf trafen wir mit den Unternehmern das Abkommen, ihnen 9 Monate lang den Unterschied zwischen dem festgestellten Lohne und seinem Minimum, unabhängig von seinem Ausmaße, zu zahlen, wenn ein solcher Unterschied zum Schaden des Unternehmers sich herausstellen sollte.“ (Siehe den offiziellen Bericht über die Sitzung des Unterhauses vom 10. Dezember 1925, Seite 730/31.)

Mit Vehemenz greift Churchill nach der Königlichen Kommission, die ganz offensichtlich einen günstigen Boden für den Sieg der Regierung vorbereiten mußte.

„Wir haben“, so erklärt Churchill, „die Königliche Kommission ernannt, zum Zwecke des Studiums der allgemeinen Lage dieses einst so blühenden und wohlhabenden Industriezweiges, der jetzt so weit heruntergewirtschaftet ist, daß er die Nation um Gaben angehen und unter dem drohenden Hinweis auf eine Stilllegung des gesamten Handels des Landes, bei der Masse der Bürger aller Klassen um eine Entsetzung nachsuchen muß.“

Es ist ganz klar, daß die Kommission mit diesen milden Gaben und Auslösungen aufräumen und den Unterschied zwischen dem von den Bergarbeitern bezogenen Lohn und dem Lohne, den die Herren auf Kosten der Bergarbeiter zahlen wollten, beseitigen mußte.

Das Programm der Regierung wurde ganz offen durchgeführt. Die gesamte Tätigkeit der Regierung spielte sich im Zeichen der Mobilisierung der Streikbrecherkräfte ab.

Kann man ernsthaft behaupten, daß der Generalrat sein Gegenprogramm gehabt habe? Wir sind der Ansicht, daß die beiden ersten Seiten des Berichtes, dessen Grundgedanken wir oben angeführt haben, uns voll Recht geben, auf die gestellte Frage mit einem glatten „Nein“ zu antworten.

Wir wollen uns jedoch bemühen, diese Schlußfolgerung auf Grund anderer Daten offiziellen und offiziösen Charakters zu überprüfen.

In der Antwort der Streikorganisationskommission lesen wir auf der ersten Seite:

„Am 29. April legte die Industriekommission (jetzt nennt sie sich Verhandlungskommission) ihren Bericht der Konferenz der Vollzugsausschüsse vor; dieses Memorandum wurde jedoch nicht veröffentlicht und nicht versandt, bis zu dem Augenblicke, wo die Verhandlungen endgültig abgebrochen wurden, gegen den Abend des 30. April dieses Jahres, weil die Ansicht bestand, daß man nichts tun dürfe, was in irgend einer Weise den Gedanken nahelegen konnte, daß der Streik wirklich zustande kommen würde, bis zu dem Augenblicke, wo alle Mittel und Wege zu seiner Abwendung erschöpft sind.“ (Gespart von mir. B.)

In dem gleichen Bericht lesen wir auf Seite 4:

„Die Streikorganisationskommission wünscht zu betonen, daß die Organisation notgedrungen eine improvisierte war. Der 27. April war der erste Tag (gespart von mir. B.), an dem man uns, als die Kommission „der Mittel und Wege“, ersuchte, die Frage einer möglichen Generalstreikserklärung zu erwägen; bis zu diesem Tage hat niemand die Möglichkeit eines solchen Ereignisses in Betracht gezogen.“ (Gespart von mir. B.)

Diese beiden Zitate genügen, um den Versuch des Generalrats zu widerlegen, hinterher auf die gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen zu erwidern, daß er die Dinge, die sich am 1. Mai entwickelten, nicht vorausgesehen habe, daß er keinerlei Maßnahmen getroffen habe, um sich in erforderlicher Weise auf sie vorzubereiten. Wir wollen dem Gesagten noch hinzufügen, daß der Generalrat in eiliger Bestätigung der Berichte der Industriekommission und der Streikkomitees keine Sorge trug, die Daten und Angaben dieser beiden Organe in Einklang zu bringen, die die ganze Arbeit in der Leitung des Streiks wahrnahmen. Um beim Leser keinerlei Zweifel aufkommen zu lassen, wenden wir uns noch dem im Journal „Record“ erschienenen Aufsätze Bevins zu, der in beiden Kommissionen eine aktive Rolle spielte. Bevin schreibt über den Generalstreik:

„Sie (die Bewegung) war die erste in ihrer Art in diesem Lande; es waren keinerlei Vorbereitungen für sie gemacht worden; die Organisation war improvisiert.“ („Record“, Mai-Juni, S. 243.)

Wenden wir uns nun wieder dem Berichte zu. Der Bericht teilt mit, daß am 26. Februar eine gemeinsame Sitzung der Industriekommission und des Vollzugausschusses der Bergarbeiterföderation beschlossen habe, sich an alle Verbände mit einem Rundschreiben über die Lage in der Bergindustrie zu wenden. Der Bericht führt einen kleinen Auszug aus dem Rundschreiben an, der mit folgenden Worten endet:

„Weder darf eine Lohnkürzung noch eine Verlängerung der Arbeitszeit noch ein Vorstoß gegen das Prinzip des nationalen Lohntarifs erfolgen.“

Eine klare und unzweideutige Erklärung. Diese Erklärung muß festgehalten werden, denn der ganze Bericht hat den Zweck, zu beweisen, daß es für die Bergarbeiter am vernünftigsten und richtigsten gewesen wäre, auf eine Kürzung des Arbeitslohnes einzugehen.

Wir vermerken also: am 26. Februar formulierte der Generalrat in dem oben erwähnten Schreiben das Programm, das alle drei Losungen der Bergarbeiter enthält. Der Bericht nennt dieses Zirkular den Ausdruck der Politik des Generalrats. (Siehe S. 3 des Berichtes der Industriekommission.)

Am 10. März — so erzählt der Bericht weiter — veröffentlichte die Königliche Kommission ihre Schlußfolgerung, und „sogleich wurde anerkannt, daß dieses auf die ganze Lage von großem Einfluß sein müsse“. Von wem und weshalb dieses *G e s t ä n d n i s* gemacht wurde, wissen wir nicht. Der Bericht teilt nur mit, daß die Industriekommission zusammen mit dem Vollzugausschuß der Bergarbeiter am 11. März einen Aufruf erlassen habe, in dem es heißt, daß „im Interesse aller Teile den interessierten Parteien die notwendige Zeit eingeräumt werden müsse, zu irgendeinem Entschluß zu kommen“. Mit anderen Worten, der Generalrat erzählt uns in seinem Berichte davon, wie es ihm seit dem ersten Tage nach der Veröffentlichung des Berichtes der Kohlenkommission (der gleichen Königlichen Kommission, die, wie wir aus der Rede Churchills wissen, einen Bestandteil des allgemeinen strategischen Planes der Regierung Baldwins bildete) gelungen ist, dem Vollzugausschuß der Bergarbeiter den Gedanken aufzuzwingen, daß dieser Bericht — der Königlichen Kommission — eine Aenderung in die eingetretene Lage bringe.

Die Bergarbeiter erwogen den Bericht der Königlichen Kommission und erschienen bei der Industriekommission mit dem Vorschlage, die drei Losungen zu wiederholen, die in dem Rundschreiben vom 26. Februar formuliert waren. Als Antwort auf diesen Vorschlag nahm die Industriekommission die Resolution an, deren wichtigsten Teil wir uns erlauben werden, hier wortgetreu wiederzugeben, denn gemäß dem Bericht bedeutet diese Resolution den Anfang einer neuen Politik seitens des Generalrates. Die Resolution lautet:

„Nachdem sie gemeinschaftlich mit den Vertretern der Bergarbeiterföderation die gegenwärtige Lage in der Bergindustrie in Verbindung mit den Ansichten der Bergarbeiter über die Erklärung der Unternehmer der Bergbauindustrie und dem von ihnen gegenüber dem Berichte der Königlichen Kommission eingenommenen Standpunkt erörtert hat, bestätigt diese Kommission (d. h. die Industriekommission) ihre vorangegangenen Erklärungen über die Unterstützung der Bestrebungen der Bergarbeiter zur Erreichung einer gerechten Lösung der bestehenden Schwierigkeiten.“

Die vorangegangenen Deklarationen der Industriekommission sind uns bekannt; sie enthielten die Hauptlosungen der Bergarbeiter. Wenn die Industriekommission deutlich erklärt, daß sie diese Deklarationen bestätige, so sind wir berechtigt, dies so zu verstehen und auszulegen, daß die Kommission auch am 8. April ihren vorangegangenen Verpflichtungen treugeblieben ist. Der Bericht legt freilich seine Resolution in dem Sinne aus, daß diese eine Preisgabe des den Arbeitslohn betreffenden Punktes bedeute. Mit anderen Worten, die Verfasser des Berichtes bemühen sich, uns zu versichern, daß sie schon am 8. April ihren Verrat vorzubereiten begonnen hätten, wobei sie es in solcher Weise taten, daß die Arbeiterbewegung keinerlei Vorstellung davon haben sollte, daß der Verrat in Vorbereitung sei. Man kann nicht umhin, sich mit Seymour Koks einverstanden zu erklären, daß man, solange man nicht die Fähigkeit besitze, in den Herzen zu lesen, solange man nicht die Gedanken kenne, die sich um diese Zeit in den Hirnen Bromleys und Thomas' regten, in die einfachen Worte der Resolution nicht den gerade entgegengesetzten Sinn habe hineinlegen können. (Siehe „Sunday Worker“, 25. Juli, S. 2.) Wir wollen uns zunächst darauf beschränken, folgende zwei Momente festzuhalten. 1. Die Resolution bestätigt die vorangegangene Deklaration, der Generalrat aber deutet sie so, daß die Resolution ein Aufgeben des angenommenen Programmes sei. 2. Die Arbeiterbewegung wußte von dieser Aufgabe nichts bis zu dem Augenblick, da Bromley in dem oben zitierten Aufsätze einzelne Teile des Geheimberichts des Generalrates veröffentlichte. Der Generalrat besitzt aber die Stirn, der Konferenz der Bergarbeiter einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie nach der Veröffentlichung der Resolution vom 8. April es gewagt habe, den Hauptlosungen ihres Kampfes treu zu bleiben. Und die Verfasser des Berichtes fügen großmütig hinzu:

„Dessenungeachtet führen die Industriekommission und die Vertreter der Bergarbeiter fort, zusammenzukommen und zusammenzuarbeiten, um durch die gemeinschaftliche Arbeit eine ehrenvolle Lösung des Konfliktes herbeizuführen.“

Die Arbeiterbewegung hatte den Sinn der Resolution vom 8. April nicht begriffen. Baldwin war besser informiert. Es ist Tatsache, daß er (Baldwin) am 26. April den Vorschlag machte, die „Vertreter der Kommission (der Industriekommission) sollten an den weiteren Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und den Zechenbesitzern teilnehmen.“ (Siehe S. 5.) Die Verfasser dieses Berichtes merken nicht einmal, daß sie sich faktisch ganz und gar verraten, indem sie zeigen, daß Baldwin ihre Beteiligung an den Verhandlungen wünschte, — offenbar aber nicht als Verteidiger der Bergarbeiter, sondern zu seiner Unterstützung.

Diese beiden „kleinen“ Tatsachen — die Auslegung der Resolution vom 8. April und der gnädige Vorschlag des „ehrlichen“ Baldwin — werfen helles Licht auf jene verhängnisvollen Ereignisse, deren Analyse uns hier obliegt.

Am 29. April tagte die Konferenz der Vollzugsausschüsse der Gewerkschaften, die vom Generalrat zur Erörterung der Krise in der Kohlenindustrie einberufen wurde. Der von uns kritisierte Bericht erwähnt diese Konferenz auf der ersten und auf der fünften Seite; er verschweigt aber eine wesentliche „Kleinigkeit“. Im Namen des Generalrats trat in dieser Tagung der

Vorsitzende des Generalrats, der Bürger Pugh, mit einer allgemeinen Erklärung hervor. Er sagte:

„Unserer Meinung nach sind der Arbeitslohn wie auch die Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter so tief gesunken, daß unbedingt andere Mittel gefunden werden müssen als eine weitere Verschlechterung ihres Lebensstandards oder die Veränderung des jetzigen Arbeitstages. Eine Herabsetzung des Arbeitslohnes bietet keine Lösung des Problems, sondern würde im Gegenteil eine Intensivierung der jetzigen Schwierigkeiten nach sich ziehen. Die im Bericht der Kohlenkommission enthaltenen statistischen Angaben zeigen mit genügender Klarheit, daß es unmöglich ist, sich mit einer weiteren Herabsetzung dieses Niveaus einverstanden zu erklären.“

Diese Rede Pughs verschweigt der Bericht. Er tut es offenbar bewußt. Der Zweck des Berichtes ist, — die Arbeitermassen glauben zu machen, daß der Generalrat sich schon seit dem 8. April offen auf den Standpunkt einer Lohnherabsetzung gestellt habe. Er will die Gewerkschaftsbewegung auch davon überzeugen, daß der Streik in genauer Kenntnis des Einverständnisses des Generalrates mit einer Lohnkürzung organisiert worden sei. Wenn nun der Bericht auch die Rede Pughs angeführt hätte, so hätte es jedem klar werden müssen, daß entweder Pugh die Konferenz der Vollzugsausschüsse irreführt habe, oder aber, daß der von Pugh geleitete Generalrat jetzt die Gewerkschaftsbewegung bewußt betrüge. Da aber diese Rede außer acht gelassen wird, können die Verfasser des Berichtes die Darstellung des Ganges der Ereignisse ruhig in der Form fortsetzen, daß der Kampf geführt worden sei nicht um das Programm der Bergarbeiter, sondern für den Bericht der Königlichen Kohlenkommission.

Die Verschweigung der Rede Pughs allein erwies sich jedoch als nicht ausreichend. Es war notwendig, zu größeren Machinationen zu greifen. Die Verfasser des Berichtes schreiben:

„Die Vertreter der Bergarbeiter hatten recht, als sie sich weigerten, die Kürzung des Arbeitslohnes als **Vorbedingung** zu betrachten. (Sperrung von mir. B.) Auch die Industriekommission hat sich in Verteidigung der Arbeitersache auf den gleichen Standpunkt gestellt und darauf bestanden, daß das Prinzip, das als Grundlage der Verhandlungen angenommen werden müsse, von der Königlichen Kommission in folgenden Worten formuliert würde: Bevor man denen Opfer abverlangt, die in der Industrie beschäftigt sind, ist ein endgültiges Uebereinkommen mit ihnen dahin notwendig, daß alle für die Verbesserung in der Organisation der Industrie und für die Steigerung ihrer Produktivität erforderlichen Maßnahmen mit der Schnelligkeit getroffen werden, die die Umstände erlauben.

Auf Grund dieses Prinzips fand sich die Kommission bereit, die Arbeiter in ihrer Weigerung, eine Lohnkürzung als Vorbedingung anzunehmen, zu unterstützen, solange bis die notwendigen Maßnahmen für eine Durchführung der allgemeinen Ratschläge des Berichtes der Kohlenkommission getroffen würden.“ (Siehe S. 6.)

Das angeführte Zitat verdient die höchste Aufmerksamkeit. Die Verfasser des Berichtes unterschieben den Bergarbeitern Gedanken, die sie nirgends und niemals ausgesprochen haben, da sie sich ja einer Herabsetzung des Arbeitslohnes stets widersetzt haben und noch widersetzen, unabhängig davon, ob diese Lohnherabsetzung eine Woche früher oder eine Woche später eintreten werde. Endlich verkündet der Generalrat hinterher der Arbeiterbewegung, daß der Generalstreik und der ganze Kampf nur zu dem Zwecke unternommen wurden, um die Vorschläge der von der Regierung Baldwin ernannten Kommission durchzuführen.

Den Verfassern des Berichtes ist es klar, daß diese ihre Erklärung auf ernste Zweifel und Bedenken stoßen wird. Sie wissen, daß die Bergarbeiter ihnen

mit einer ganzen Reihe von Beschlüssen ihres Vollzugsausschusses und ihrer Delegiertenkonferenzen erwidern können. Den Spuren Macdonalds folgend, greifen die Verfasser des Berichts nach einer Phrase Herbert Smiths, daß er bereit sei, sich mit einer Untersuchung des gesamten Berichtes der Königlichen Kommission von der ersten bis zur letzten Seite zu beschäftigen. Es ist richtig, daß Herbert Smith eine solche Bemerkung gemacht hat. Die Verfasser des Berichtes des Generalrates kennen und wiederholen (siehe S. 8) auch die ergänzende Erläuterung, die Smith auf die direkte Frage Cooks, was die Phrase zu bedeuten habe, gegeben hat. Smith hatte in Erläuterung seiner Phrase hinzugefügt:

„Ich möchte es klarstellen, daß ich in meiner Rede nicht habe sagen wollen, daß ich mit der Annahme des Berichtes einverstanden sei (es handelt sich um den Bericht der Königlichen Kommission). Ich hatte nur die Absicht, zu sagen, daß ich bereit bin, diesen Bericht von der ersten Seite bis zur letzten einer Analyse zu unterziehen und die Ergebnisse der Untersuchung anzunehmen.“

Aber selbst zugegeben, Herbert Smith hätte sein Einverständnis zu einer Lohnkürzung erklärt, so könnte eine solche Erklärung, die allen Resolutionen und Beschlüssen der verantwortlichen Organe des Bergarbeiterverbandes zuwiderläuft, kaum als Willensausdruck der Bergarbeiter angesehen werden. Wir werden uns deshalb erlauben, den Verstandesschluß zu ziehen, daß der Versuch, eine Politik, die auf die Kürzung des Arbeitslohnes berechnet ist, als Politik der Bergarbeiter auszugeben, sich als einfache und unverhüllte Scharlatanerie darstellt.

Die Verfasser des Berichtes bleiben sich auch in der Darstellung des Ganges der Unterhandlungen der Industriekommission mit der Regierung Baldwin treu. Der Bericht macht davon Mitteilung, daß Baldwin am Sonntag, den 2. Mai, um 1 Uhr morgens, der Kommission des Generalrates folgende Formel vorgeschlagen habe:

„Der Premierminister ist im Ergebnis der mit den Vertretern des Gewerkschaftskongresses geführten Verhandlungen zu dem Schluß gelangt, daß die Vertreter des Gewerkschaftskongresses bei einer Fortsetzung der Verhandlungen (hierbei ist Voraussetzung, daß die Androhung der Aussperrung hinfällig würde) damit rechnen, daß ein Einvernehmen im Geiste des Berichtes (es ist vom Bericht der Königlichen Kommission die Rede) im Laufe zweier Wochen erreicht werden könnte.“

Die Verfasser des Berichtes fügen hinzu:

„Die Vertreter des Generalrates begriffen, daß, falls die Formel angenommen würde, der Premierminister dies als eine die Rückkehr zu den Bedingungen vor dem 30. April rechtfertigende Fortsetzung der Verhandlungen — zum Zwecke eines Uebereinkommens betrachten werde.“ (Siehe S. 9.)

Dieser Zusatz der Verfasser des Berichtes stellt sich als bewußte Lüge dar. Der Generalrat verschweigt vollkommen das Versprechen, das seine Industriekommission Baldwin gegeben hatte, bevor Baldwin ihnen die oben angeführte Form vorschlug. Dieses Versprechen lautet:

„Wir werden den Bergarbeitern zureden, uns zu Verhandlungen zu bevollmächtigen, in der Voraussicht, daß sie wie wir den Bericht (der Königlichen Kommission) als Vertragsbasis akzeptieren und daß wir mit dem Bewußtsein an die Arbeit gehen, daß sie eine gewisse Herabsetzung des Arbeitslohnes nach sich ziehen könne.“ (Cook, „Neun Tage“, S. 11.)

Aber auch Baldwin selbst hat einen Tag darauf seine Formel in dem gleichen Sinne ausgelegt. In seinem Schreiben an den Generalrat vom 3. Mai sagt Baldwin:

„Die Regierung Seiner Majestät glaubt daran, daß eine praktische und für alle interessierten Parteien ehrenvolle Lösung des Konfliktes in der Kohlenindustrie nur durch eine aufrichtige Annahme des Kommissionsberichtes erreicht werden kann.“

In dem Ausdruck „Annahme des Berichtes“ ist sowohl die Reorganisation der Industrie, die ungesäumt vorgenommen werden müsse, wie auch die Anpassung des Arbeitslohnes oder der Arbeitszeit enthalten, die es wirtschaftlich möglich machen müßte, die Industrie bis zu dem Zeitpunkt fortzuführen, wo die Resultate der Organisation erreicht sein werden. (Siehe Bericht S. 10.) )

Die Regierung Baldwins und die Vertreter des Generalrats hatten es also vorzüglich begriffen, daß sie bei der Annahme der Formel Baldwins sich schon vorher entweder mit einer Herabsetzung des Arbeitslohnes oder mit einer Verlängerung des Arbeitstages einverstanden erklären. Das Gesagte ergibt sich aus jenen Dokumenten, die bereits veröffentlicht sind und von niemandem dementiert wurden. Wir werden keineswegs überrascht sein, wenn es sich in der Folge erweist, daß das Uebereinkommen nicht nur nach dem Prinzip „entweder-oder“ (entweder Herabsetzung des Arbeitslohnes oder Verlängerung des Arbeitstages), sondern auch nach dem „sowohl-als-auch“ erfolgt ist. Wir beschäftigen uns aber im vorliegenden Falle nur mit der Analyse des Berichtes. Seite 10, auf der die Erläuterung Baldwins für seine Formel angeführt ist, entlarvt die Lüge der Auslegung, die der Generalrat auf der neunten Seite seines Berichtes vornimmt.

Wir gehen nun zum Beginne des Generalstreiks über. Der Bericht beschränkt sich auf die einfache Wiedergabe von Tatsachen, die allen bekannt sind. Er führt den letzten Brief Baldwins an, in dem der Premier, derselbe, der mit solchem Eifer die Teilnahme des Generalrats an allen Verhandlungen betrieb, und sich mit den Vertretern des Generalrats auf die gemeinsame Formel für die Lösung des Konfliktes einigte, ihnen mitteilt, daß die Verhandlungen abgebrochen seien. Der Generalrat versucht nicht einmal zu erklären, welches die ergänzenden Gründe dieses Abbruches waren. Aus der Antwort des Generalrates an Baldwin auf seine Mitteilung von dem Abbruch der Verhandlungen geht hervor, daß der Generalrat Baldwin nicht beipflichten könnte, daß der Streik der Drucker in der Setzerei der Zeitung „Daily Mail“, ein genügender Grund sei, um dem Lande einen solch gigantischen Kampf aufzuzwingen. Die Verfasser des Berichtes haben sich aber offenbar darüber keine weiteren Gedanken gemacht. Ihre Darstellung des Ganges der Ereignisse läßt annehmen, daß Baldwin den Streik mit Zuversicht provozieren konnte, weil er wußte, daß dieser von denselben Leuten geleitet werden würde, die ihm versprochen hatten, die Arbeiter zu einem Einverständnis mit einer Lohnkürzung zu bewegen.

Der Generalrat blieb sich auch nach dem Ultimatum Baldwins treu. Der Bericht erzählt uns, daß der Generalrat noch nach dem Ultimatum die Industriekommission beauftragt habe, die Verhandlungen mit den Vertretern der Bergleute fortzusetzen und zu versuchen, Bedingungen auszuarbeiten, die als weitere Verhandlungsbasis mit den Unternehmern und der Regierung dienen könnten. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Generalrats und der Bergleute wurden wieder aufgenommen. Die Vertreter des Generalrates versuchten aufs neue, den Bergleuten die Zustimmung zu einer Lohnkürzung abzuwingen. Sie hatten ein überaus kompliziertes

Schema entworfen, das 14 Punkte umfaßte: in diesem großen Programm, das erst nach der Herausforderung der ganzen Arbeiterbewegung Englands durch die Regierung entworfen wurde, gibt es einen ganz bescheidenen Punkt (Punkt 5), der von der Notwendigkeit der Erhaltung des siebenstündigen Arbeitstages und eines nationalen Minimums für den Arbeitslohn spricht. Die Bergarbeiter nahmen eine kleine Korrektur vor; sie wünschten, daß im Entwurf deutlich darauf hingewiesen werde, daß es sich nicht um das Minimum des Arbeitslohnes überhaupt; sondern um das jetzt bestehende Minimum des Arbeitslohnes handle. Die Bergarbeiter wußten um diese Zeit schon ganz genau, mit wem sie es zu tun haben. Und in der Tat, der Generalrat hat diese Korrektur nicht vorgenommen (siehe S. 13). Mit anderen Worten, in der Zeitspanne zwischen dem Ultimatum und dem Beginne des Generalstreiks hat der Generalrat teilweise die Aufgaben Baldwins erfüllt, um die Richtigkeit seines Entschlusses zu rechtfertigen, als er schon am 26. April den Wunsch aussprach, nicht mit der Bergarbeiterföderation, sondern mit dem Generalrat zu verhandeln.

Wir übergangen vollkommen die Erwägungen des Generalrates über die Rolle der Regierung, die auf Seite 14 dargestellt sind. Diese Erwägungen einfach als Unsinn zu bezeichnen, wäre allzu delikater. Es ist richtiger, zu sagen, daß der Generalrat selbst in seinem Berichte vor den Gewerkschaftsvorständen viele Wochen nach dem Verrat des Generalstreiks, eher bemüht ist, die Regierung in Schutz zu nehmen, als gegen sie offen hervorzutreten.

Der Schilderung des Beginnes der Verhandlungen mit Sir Herbert Samuel widmet der Bericht nur einige Zeilen, deren Sinn darauf hinausläuft, daß der Streik nur durch ein allmähliches Ersterben enden konnte, was auf das weitere Schicksal der Arbeiterbewegung in schädigender Weise zurückgewirkt hätte. Der Generalrat zog es deshalb vor, den Weg der Verhandlungen zu betreten, um den Streik in organisierter Weise zu beenden. Am bezeichnendsten ist in dieser kleinen Erläuterung die kategorische Erklärung, daß der Streik keinesfalls zu einem siegreichen Ende geführt werden konnte.

„Es war klar, so schreiben sie, daß die Regierung sich ihrer Mehrheit im Parlament und aller ihr zur Verfügung stehenden Hilfsquellen bedienen werde, um die von ihr eingenommene Position zu verteidigen.“ (Siehe S. 14.)

Von einem Sieg hätte also keine Rede sein können; und der Generalrat gab sich mit einer leichteren und ihm zugänglicheren Arbeit ab: der Organisation der Niederlage.

Den Verhandlungen mit dem guten Genius, Sir Herbert, widmen die Verfasser des Berichtes ganze 5 Seiten. Es werden auch die erste Erklärung Samuels wie die folgenden bis zum letzten Memorandum angeführt. Man sieht, daß nicht nur Thomas von diesem englischen Gentleman, der Gouverneur von Palästina gewesen ist, entzückt war, sondern daß auch die Verfasser des Berichtes in buchstäblichem Sinne des Wortes von diesem wohlthätigen Lord hypnotisiert waren. Die Erklärungen im vorliegenden Aufsätze wiederzugeben, dürfte überflüssig sein, — sie sind ja bekannt. Ebenso bekannt ist auch der Sinn des Memorandums. Herbert Samuel verstand es zweimal, die gleiche Rolle als Vertreter der Königlichen Kommission zu spielen: Zunächst deckte er die Vorbereitungen der Regierung Baldwins für den Angriff auf die englischen Proletarier; diese seine Tätigkeit hatte er 40 Tage vor Beginn des Konflikts beendet. Nach Beginn des Konfliktes



fuhr er fort, seine Rolle in Anpassung an die neue Situation zu spielen. Die Regierung Baldwins zu decken, war nicht mehr erforderlich, — sie handelte offen und dreist. Einer Deckung bedurften nur die Helfershelfer derselben, die ihr Gewicht und ihren Einfluß verloren hätten, wenn sie vollkommen entlarvt worden wären. Und derselbe Herbert Samuel, der zuerst die Organisation des Angriffes auf die Arbeiter gedeckt hatte, deckte in der Folge mit seiner Autorität eines englischen Gentlemens die verräterische Organisation der Niederlage der Arbeiter.

Bevor wir zu den Hauptursachen des Streikabbruches in der Beleuchtung des Berichtes übergehen, wollen wir hier gleich bemerken, daß der Generalrat vergessen hat zu erklären, weshalb er den Generalstreik verkündet hatte. Dieser Gedanke muß jedem nicht voreingenommenen und unparteiischen Leser des Berichtes unwillkürlich kommen. Der Bericht spricht ganz klar davon, daß keinerlei Hoffnung, keinerlei Chancen für einen Sieg bestanden hätten und auch nicht hätten bestehen können. Der gleiche Bericht beweist, daß die Bergleute auf eine Lohnkürzung eingehen und die reale Situation berücksichtigen mußten. Die Verfasser des Berichtes beschuldigen in hartnäckiger Weise die Bergleute, daß sie zu halsstarrig in der Verteidigung ihres Programmes aus drei Punkten gewesen seien. Unter diesen Umständen versteht man nicht, warum der Generalrat den Streik erklärt hat. Der Generalrat hüllt sich aber in Schweigen. Die Frage gewinnt aber ein ganz besonderes Interesse, wenn man sich dessen erinnert, daß Baldwin es bewußt darauf anlegte, den Generalrat zur Ausführung seiner Drohung zu veranlassen. Wir wissen, daß auf der Konferenz vom 29. April einige Stimmen zugunsten des Generalstreiks laut wurden. Diese Antragsteller wurden sowohl von den Führern des Generalrats wie von der Presse, die treu und loyal die öffentliche Meinung im Sinne der Ideen von Thomas und Bromley bearbeiteten, als Wirrköpfe hingestellt. Und dennoch wurde am 4. Mai der Generalstreik zur Tatsache!

Wir betonen noch einmal, daß der Generalrat in seinen offiziellen Berichten darüber krampfhaftes Schweigen wahrte. Nur ein Mitglied des Generalrats, Bevin, versucht zu erklären, weshalb der Generalrat gezwungen war, zur Waffe des Generalstreiks zu greifen. In dem oben schon zitierten Aufsatz in der Zeitschrift „Record“ (siehe S. 234) schreibt er:

„Wenn man von den guten und schlechten Seiten der Verkündung des Generalstreiks absieht, so darf nicht vergessen werden, daß angesichts aller Begleitumstände, der bestehenden Aussperrung der Bergleute, der inoffizielle Kampf im ganzen Lande ausgebrochen wäre, was zu einer Anarchie in der ganzen Bewegung geführt hätte.“

Das Problem ist also nicht ganz so schwierig! Der Generalrat gab sich genaue Rechenschaft darüber ab, daß eine Kampf Stimmung in den Massen bestand und daß er nicht imstande war, die Bergarbeiter zu veranlassen, sich ohne Kampf dem Willen Baldwins zu fügen. Es war ihm klar, daß unter diesen Umständen der Bergarbeiterstreik unvermeidlich war, und daß er sich naturgemäß auch auswachsen mußte; er war deshalb in höchstem Maße daran interessiert, die Leitung des Streikes aus dem gleichen Grunde in Händen zu behalten, der auch Baldwin zu dem Wunsche veranlaßte, daß der Generalrat die Verhandlungen über die Lage der Bergbauindustrie führte. Wenn der Generalrat irgendwelche anderen Gründe gehabt hätte.

außer den obengenannten, so hätte er sie wohl schwerlich in seinem Berichte verschwiegen.

Wir gehen nunmehr zur Erklärung der Gründe des Streikabbruches über. Wir geben das Wort den Verfassern des Berichts. Auf Seite 20 schreiben sie:

„Indem er in Betracht zog, daß eine Erörterung der Frage über den Arbeitslohn bei der Erwägung des Berichtes der Kommission nicht zu vermeiden sein würde, und auch die mit einer Fortsetzung des Streikes verknüpfte außerordentliche Gefahr berücksichtigte, gelangte der Generalrat zu der Schlußfolgerung, daß die Lage zu gefährlich sei, als daß er sich nur durch eine Losung binden lassen konnte. Von allen ihm bekannten Tatsachen ausgehend, beschloß der Generalrat, daß für den Zweck eines Abbruchs des Generalstreiks entsprechend den von der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände erteilten Instruktionen, d. i. mit einem Maximum von Vorteilen für die Bergarbeiter wie für die anderen Gewerkschaften, der Beschluß zum Streikabbruch gefaßt werden müsse, solange die Gewerkschaften noch stark und diszipliniert seien. (Der Bericht verschweigt, daß die Kraft der Streikenden mit der weiteren Entwicklung des Streikes ständig im Wachsen begriffen war.)

Der Generalrat war der Meinung, daß die Aufgaben des Streikes erreicht und daß eine praktische Basis für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen auf der Grundlage des Berichtes der Königlichen Kommission gesichert würde, wenn die Bergarbeiter in Gemeinschaft mit dem Generalrat vernünftige und zweckmäßige Vorschläge machen würden. Die Bergarbeiter waren aber offensichtlich weder geneigt, selbständig konstruktive Vorschläge zu machen, noch sich den vom Generalrat formulierten Vorschlägen anzuschließen. Der Generalrat mußte so die Verantwortung gegenüber der gesamten Gewerkschaftsbewegung, die für die Erreichung eines gerechten Uebereinkommens soviel Opfer gebracht hatte, auf sich nehmen. Die Industriekommission wurde deshalb beauftragt, den vollständigen Entwurf der Vorschläge Sir Herbert Samuels zu beschaffen, die denn auch einer gemeinschaftlichen Erörterung unterzogen wurden, in deren Ergebnis die Kommission noch eine Konferenz abhielt und einige Punkte des vom Generalrat und vom Unterhaus angenommenen Memorandums vorschlug, um die Position der Bergleute bei den Verhandlungen zu stärken.“ (Siehe S. 20 und 21.)

Dies bezieht sich auf die Schilderung der Ereignisse am 10. Mai.

Indem sie nun weiter berichten, wie sie von Sir Herbert Samuel mit Erfolg Zugeständnisse erreichten und wie, umgekehrt, die Bergarbeiter eine staunenswerte Hartnäckigkeit an den Tag legten und auf keinerlei Zugeständnisse eingehen wollten, fahren die Verfasser des Berichtes des Generalrats fort:

„Der Generalrat konnte nicht umhin, die ihm von der Konferenz am 1. Mai auferlegte Verantwortlichkeit zu berücksichtigen, und durfte deshalb dem Vollzugausschuß der Bergarbeiterföderation auf den Weg der Politik einer summarischen Verneinung nicht folgen. Eine derartige Politik hätte die in dem Sympathiestreik zum Ausdruck gekommenen Freundschaftsbeweise der Arbeiter illusorisch gemacht, was den Bankrott der Gewerkschaft zur Folge gehabt, den Geist der Gewerkschaftsmitglieder ins Schwanken gebracht und ihnen so die Fähigkeit geraubt hätte, sich den Versuchen seitens der Unternehmer zu widersetzen, ihnen drückende Arbeitsbedingungen aufzuzwingen und zu allgemeinen Einschränkungen gegenüber den aktiven Gewerkschaftsmitgliedern zu greifen, sobald die in den Streik verwickelten Industriezweige die Arbeit wieder aufnehmen. Solche Opfer darf keine dem Kongreß der Trade-Unions angeschlossene Organisation in Anspruch nehmen, wie groß auch ihre Frequenz und ihre wirtschaftliche Macht wäre. Wenn sie aber darauf Anspruch erhebt, so muß sie als Vorbedingung folgendes annehmen: sie muß ihre Kräfte und ihre Sonderinteressen den Interessen der Gewerkschaftsbewegung, von der sie Opfer verlangt, unterordnen.

Der Generalrat hatte sich davon überzeugt, daß der Standpunkt des Vollzugausschusses der Bergarbeiter, wie lange der Streik auch andauern sollte, sich nicht verändern werde, und deshalb war der Generalrat nicht im Rechte, den Gewerkschaften zu gestatten, die Opfer auch nur einen Tag länger zu bringen.“ (S. 23 und 24.)

Zum Schluß werfen sich die Verfasser des Berichtes des Generalrats in eine sehr stolze Pose und protestieren „entschieden“ gegen die gegen sie verbreitete Verleumdung, sie hätten aus Furcht vor den seitens der Regierung Baldwins ausgesprochenen Drohungen den Streik liquidiert. Sie fügen noch hinzu:

„Der Streik wurde aus einem Grunde abgebrochen, und zwar hatte der von den Bergarbeitern eingenommene Standpunkt die Fortsetzung des Streikes nutzlos gemacht.“ (S. 24.)

Es folgt daraus, daß der Streik in dem Falle, daß die Bergarbeiter alles das angenommen hätten, was ihnen Sir Herbert vorschlug, nützlich und praktisch gewesen wäre.

Man muß damit zugleich annehmen, daß die Gerüchte, daß die Führer des Generalrats durch die Drohungen der Regierung Baldwins eingeschüchtert worden seien, in Wirklichkeit nicht unbegründet sind. Die wahren Führer des Generalrats unterhielten einen engen Kontakt mit Baldwin, und unter ihnen bestand eine vollkommen organisierte Arbeitsteilung. Es ist möglich, daß Thomas und seine Helfershelfer zwecks Herstellung einer vollkommenen Einstimmigkeit im Generalrat gezwungen waren, etliche der feigen Schönredner durch Repressalien einzuschüchtern.

Eine ergänzende Erklärung des Beginns und des Endes des Generalstreiks bleibt nach wie vor ein offenes Bedürfnis. Der Generalrat hat die Leitung des Generalstreiks übernommen, um ein allmähliches Auswachsen des Bergarbeiterstreikes und ein Hineinwachsen desselben in eine allgemeine Revolte der englischen Proletarier zu verhindern. Er brach den Streik in dem Augenblicke ab, als die grandiose Bewegung, die sich elementar entwickelte, zu einer ernsthaften Herausforderung des gesamten kapitalistischen Systems und aller ihrer Helfershelfer geworden war. In beiden Fällen — im Beginne wie zum Schlusse — hat der Generalrat das Vertrauen der Regierung Baldwins vollkommen verdient. Nicht umsonst und nicht zufällig bestraft das englische Gericht die Streikenden wegen Beleidigung der Führer des Generalrats wie wegen einer Beleidigung der bestehenden Gewalt.

Aber auch der Generalrat selbst begreift vorzüglich, daß es für ihn schwierig ist, einen Bericht vorzulegen, der ihn rechtfertigen könnte. Und deshalb entzieht er sich eben jedem Bericht; der von uns soeben zitierte Bericht wird als durchaus vertrauliches Dokument behandelt.

Wir haben im Anfange darauf hingewiesen, daß der Bericht aus zwei Teilen besteht. In der Hauptsache haben wir uns mit dem ersten Teile beschäftigt. Aus dem zweiten haben wir uns nur zweier einzelner Zitate bedient. Länger beim zweiten Teile zu verweilen, ist nicht erforderlich. Er stellt sich bestenfalls als büromäßige Information darüber dar, welche Personen der oder jener Kommission angehört und in welcher vorzüglicher Weise sie die ihnen auferlegten Pflichten erfüllt haben. Bezeichnend für beide Berichte ist indes, daß sie sich nicht über die Großartigkeit und die Ausmaße des Generalstreikes verbreiten wollen, der gegen ihren Willen und ungeachtet ihres Verrates sich entfaltet hat und zu einem grandiosen Ereignis in der Geschichte der englischen Arbeiterklasse geworden ist.

## PAUL FRÖLICH: RÜCKKEHR ZUM SYNDIKALISMUS

In Frankreich und in Deutschland bestehen jetzt Oppositionsgruppen, die die Politik der Kommunistischen Partei bekämpfen und außerhalb der Partei stehen. Sie haben dort wie hier Verbindungen, die tief in die Partei hineinreichen und damit einen starken Einfluß auf das Leben der Partei ausüben. Das ist in beiden Parteien ein unerträglicher Zustand. Entweder handelt es sich bei den Trägern dieser Oppositionen um wirkliche Kommunisten, die nur durch mißliche Umstände oder Mißverständnisse von der Partei getrennt wurden — dann muß ein Weg gefunden werden, der sie in den Schoß der Partei zurückführt. Oder es handelt sich um Gegner oder gar bewußte Feinde der Kommunistischen Partei — dann müssen die Verbindungen vollkommen zerrissen werden, die von der Partei aus zu ihnen führen. Im zweiten Falle sind wesentliche Voraussetzungen dafür, daß die Partei selber eine klare Politik durchführt und daß in der betreffenden Sektion und in der ganzen Internationale Klarheit über das Wesen dieser Opposition geschaffen wird. Diese Klärung ist in Deutschland, soweit es die Firma Katz, Korsch u. Co. betrifft, auf dem Wege. Die französische Opposition aber ist, soweit ich es kontrollieren kann, in der Oeffentlichkeit noch nicht grundsätzlich beleuchtet worden. Wir wollen versuchen, diesen Mangel zu beheben, indem wir untersuchen, was jene Gruppen in eigenen Dokumenten grundsätzlich gegen die Politik der KPF und die Komintern zu sagen haben.

Die französische Opposition verfügte längere Zeit über zwei Zeitschriften. Unter der Leitung von Boris Souvarine kam die Wochenschrift „Bulletin Communiste“ heraus. Pierre Monatte und Alfred Rosmer publizieren mit einem großen Redaktionsstab die Monatszeitschrift „Révolution Proletarienne“.

Es ist bekannt, daß die KPF herausgewachsen ist aus verschiedenen Gruppen, deren gemeinsamem Wirken es schließlich gelang, die Mehrheit der alten Sozialistischen Partei für die Kommunistische Internationale zu gewinnen. Es waren revolutionäre Syndikalisten, die den Abmarsch ihrer Organisation in das Lager des Reformismus nicht mitmachten und den Kampf gegen den Krieg aufnahmen; und es war jene Gruppe junger Revolutionäre, die unter dem Banner der III. Internationale die Propaganda für den Kommunismus in Frankreich führten. Die Gegnerschaft gegen Krieg und offenen Reformismus und die Sympathien für die russische Revolution einten beide Gruppen und machten sie zum Grundstock der KPF. Indem beide Gruppen die Mehrheit der alten Sozialistischen Partei eroberten, zogen sie natürlich eine ziemlich erhebliche Zahl schwankender Elemente mit, die zu einem Teile in den verschiedenen Parteikrisen ausgeschieden worden sind.

Voraussetzung für die erfolgreiche Entwicklung der KPF war die gegenseitige Durchdringung und Assimilierung dieser verschiedenen Strömungen,

indem jede die besonderen Irrtümer und Schwächen, die sich aus ihrem Ursprung herleiteten, ablegte und die leninistischen Auffassungen vom revolutionären Klassenkampf aufnahm. Die Situation dafür ist in Frankreich besonders günstig, weil andere westeuropäische Parteien Etappen dieses Weges schon vorher durchschritten haben, und weil der starke Industrialisierungsprozeß in Frankreich die theoretische Läuterung sehr erleichtert. Es können bei den einzelnen Gruppen auch wesentliche Fortschritte festgestellt werden. Oft genug aber konnten wir die Beobachtung machen, daß manche Personen und Gruppen bei der Ueberwindung traditioneller, falscher Auffassungen über einen bestimmten Punkt nicht hinaus kamen. Kommt es in solchen Fällen bei irgendeiner Frage zu einer inneren Krise in der Partei, so offenbaren sich im Verlaufe des Konflikts die Rudimente der alten Ideen. Je heftiger der Kampf der Richtungen wird, um so stärker pflegt dann der Rückschlag zu sein. Wir haben in Deutschland manche derartige Erfahrung gemacht, so mit der KAPD, so in der Levi-Krise, so auch jetzt mit den Ultralinken.

Bei den ehemaligen französischen Syndikalisten ist die Gefahr eines Rückfalls deshalb besonders groß, weil ihre Theorie von Anfang an mit dem Anspruch auftrat, besonders revolutionär zu sein, und in der Tat auch revolutionärem Willen entsprang. Aber die ganze Geschichte des Syndikalismus, zu dessen Ahnen Proudhon gehört, ist ein einziger Beweis dafür, daß es sich bei ihm um Theorie und Praxis eines Proletariats handelt, das im kleinbürgerlichen Milieu stecken geblieben ist. Er entspringt demselben Boden wie der Reformismus, und deshalb ist das überraschende Ueberschwenken des Gros der französischen Syndikalisten und Hervéisten zum Reformismus und Patriotismus leicht erklärbar. Zwar ist der Syndikalismus zum guten Teil eine Reaktion gegen den Reformismus, aber er sucht nicht, ihn durch eine realistische marxistische Politik zu überwinden, sondern er sucht ihm auszuweichen. Er doktriert an den äußeren Erscheinungen des Reformismus herum und hofft auf Rettung von Illusionen. Seine charakteristischen Eigenheiten sind: Verständnislosigkeit für das Wesen des Staates, Flucht vor dem politischen Kampfe, Leugnung der Rolle der Partei, Ueberschätzung des rein wirtschaftlichen Kampfes und seiner Methoden, Ablehnung der Diktatur des Proletariats, Illusion eines sozialistischen Aufbaues nach dem anarchistischen Prinzip der Gruppeninitiative, Zersplitterung der Organisation und Organisation der Zersplitterung.

In recht eigenartiger Weise versuchen nun die ehemaligen Syndikalisten, die sich um Rosmer und Monatte und die „Révolution Proletarienne“ gruppieren, die kommunistischen mit den syndikalistischen Auffassungen zu versöhnen, wodurch eine lächerliche Karikatur des Kommunismus entsteht. Vor allem bemüht sich auf diesem Gebiete der theoretische Kopf der Gruppe, R. Louzon. Er war früher Wirtschaftsredakteur der „Humanité“ und trat nach dem Ausschluß von Rosmer und Monatte freiwillig aus der Partei aus. Louzon liebt es zwar, sich bei passender Gelegenheit auf Marx zu berufen, er ist aber entschiedener Marx-Gegner. Den historischen Materialismus begreift er nicht, er ist tatsächlich Idealist. Die Marxsche und überhaupt jede Werttheorie verwirft er grundsätzlich; er ist in ökonomischen Fragen Eklektiker. Er hat ziemlich umfassende Kenntnisse von den gegenwärtigen Vorgängen in der kapitalistischen Wirtschaft. Wenn er aber versucht, aus

den Tatsachen allgemeine Schlüsse und vor allem taktische Lehren zu ziehen, kommt er regelmäßig zu blühendem Unsinn, durch das Bestreben, die syndikalistischen Auffassungen zu retten. Sehen wir ihn uns etwas näher an.

Der Syndikalismus steht dem Staate und dem politischen Kampfe in naiver Weise negierend gegenüber. Der bürgerliche Staat ist die mächtigste Organisation der Bourgeoisie zur Ausbeutung und Unterdrückung anderer Klassen, besonders des Proletariats. Also muß er beseitigt werden, ein Schluß, zu dem Kommunisten wie Syndikalisten kommen. Der Syndikalist erklärt aber weiter, daß auch der revolutionäre, proletarische Staat ein Unterdrückungsmittel ist und daß er um der Konsequenz willen aus moralischen Gründen verworfen werden muß. Diese völlig undialektische Auffassung entspringt der kleinbürgerlichen Schwäche, der es vermessen erscheint, das Gewalt- und Machtinstrument des Staates zu handhaben. Die Erfahrung hat die Syndikalisten gelehrt, daß die Politik im bürgerlichen Staate ein Kampf der verschiedenen kapitalistischen Schichten und Cliques um die Beherrschung oder um den Anteil an der Herrschaft über die staatlichen Machtmittel ist. Sie haben weiter erfahren, daß der politische Kampf für die Arbeiterklasse die Gefahr des Opportunismus und Reformismus heraufbeschwört. Daraus schließen sie, daß die Arbeiterklasse dem politischen Kampf überhaupt aus dem Wege zu gehen hat. In Wahrheit heißt das natürlich, der Bourgeoisie das Kampffeld überlassen und auf den Kampf um die Macht verzichten. Louzon kann nicht umhin, die Lehren der französischen und russischen Revolutionen wie auch die Leistungen der Jakobiner, der Blanquisten und der Bolschewiki zu beachten. Da er aber aus seiner syndikalistischen Haut nicht herauskann, so kommt er zu den sonderbarsten Konstruktionen über den Staat, den politischen Kampf und die Rolle der Partei.

In dem ersten Artikel der Nr. 1 der „Révolution Proletarienne“ (Januar 1925), also sozusagen in einem Programmartikel dieser Zeitschrift, behandelt er das Staatsproblem. Er stellt die Frage: „Ist die Demokratie noch möglich?“ Er schafft da gleich eine originelle Theorie über Grundlage und Wesen der Demokratie. Der demokratische Staat ist nach seiner Auffassung nicht das Resultat des Klassenkampfes zwischen der Bourgeoisie und den feudalen Mächten auf der einen, dem Proletariat und der Bourgeoisie auf der anderen Seite, er entspringt vielmehr einer theoretischen Fiktion: weil die Bourgeoisie die Behauptung aufstellt, im Arbeitsvertrag stünden Arbeiter und Unternehmer als gleichberechtigte Vertragsgegner einander gegenüber, fühle sich die Bourgeoisie gezwungen, aus einem blöden Drang zur Konsequenz, den Arbeitern auch politische Rechte einzuräumen und die staatliche Demokratie durchzuführen. Louzon stellt nun unter der Herrschaft des Trustkapitals eine Abwendung der Bourgeoisie von der Demokratie fest. Aber er erklärt das nicht etwa daraus, daß das Trustkapital seine gewaltige Macht durch die Alleinherrschaft über die Staatsmaschine gegenüber den anderen Schichten des Bürgertums zur Geltung bringen und diese Macht durch die Diktatur gegen den Ansturm des Proletariats sichern will, sondern er erklärt es wiederum durch eine Analogie und aus dem sonderbaren Trieb der Bourgeoisie zur Konsequenzzieherei. Er sagt: „Der Ka-

pitalismus der Kartelle und Trusts unterdrückt den freien Handel; er nimmt nicht am Markt teil, er unterwirft ihn sich. Die Vertragsgleichheit zwischen freien und gleichen Vertragsschließenden verschwindet, und daraus folgt, daß die Gleichheitsidee aus der bürgerlichen Ideologie verschwindet,“ daraus folgt auch, daß die Demokratie nicht mehr möglich ist. Hier werden also nicht die realen Machtverhältnisse und Bedürfnisse der Klassen zur Erklärung der sozialen Erscheinungen benutzt, sondern die Klassen werden als die armseligen Gefangenen ihrer eigenen Fiktionen hingestellt. Wozu stellt Louzon diese originelle Theorie auf? Nun, zunächst folgt daraus, daß die politischen Erscheinungen, wie Demokratie und Diktatur, etwas vom politischen Kampfe vollkommen Unabhängiges sind, daß sie allein bestimmten Klassenideologien entspringen. Zweitens ist die Konsequenz dieser Anschauung, daß es im demokratischen Staat nur darauf ankommt, der Bourgeoisie die Grundlage ihrer Ideologie, nämlich den Arbeitsvertrag, oder richtiger, die Fiktion der Gleichberechtigung von Unternehmer und Arbeiter im Arbeitsvertrag zu entziehen. Deshalb kein politischer Kampf, bei dem von der Bourgeoisie das Täuschungsmittel der Demokratie — auf Grundlage ihrer Fiktion — angewandt werden kann, sondern Kampf des Proletariats allein im Betrieb. Man sieht, der Schluß ist ebenso kühn, wie die Theorie absurd ist. Aber der reine Syndikalismus ist gerettet, die Domäne der Politik und des Staates bleibt der Bourgeoisie überlassen. Indessen bleibt Louzon die Tatsache nicht verborgen, daß zuweilen etliche Vorteile, unter anderem auch so erhebliche Dinge wie Revolutionen, im politischen Kampfe erreicht sind. Indem er dies berücksichtigt, kommt er zu noch schöneren Ergebnissen, und die muß man im Wortlaut hören:

„Man muß sich in der Tat Rechenschaft ablegen von dem Unterschied zwischen dem Polizeistaat und dem demokratischen Staat. Dort wo keine Demokratie herrscht, dort wo der Staat dem Vorstoß der unterdrückten Massen seinen starren, unbeugbaren Willen entgegenstemmt, ist keine Gefahr vorhanden, wenn diese Massen den Kampf gegen den Staat direkt führen. Ganz im Gegenteil, da der Staat die allgemeine Form der Klassenherrschaft ist, nimmt damit der Kampf selbst den allumfassenden Charakter an, der dem Klassenkampf eigen ist. Aber dort, wo wie in den demokratischen Ländern der Staat die Rolle des Puffers ausübt, der die Schläge der unterdrückten Klassen aufnehmen soll, dort wo der Staat — weit entfernt, eine Eisenmauer zu sein, an der sich die Anstrengungen der feindlichen Klassen brechen sollen — ein Kautschukstaat ist, der dem Druck nachgeben soll, aber so, daß er sich sofort an einem Punkt ausdehnt, wenn er an einem anderen zusammengepreßt worden ist und auf diese Weise immer wieder zurückgewinnt, was er eben verlieren mußte, dort muß die Arbeiterklasse — wenn sie nicht will, daß ihr Kraftaufwand umsonst vertan werde — ihren Klassenkampf, ihren Kampf um die Macht auf dem indirekten Wege durch den direkten Kampf gegen die wirtschaftlichen Privilegien der Kapitalbesitzer führen.“

Durch dieses wiederum höchst eigenartige Gewächs, das Louzons Geistesacker entsprossen ist, wird den Bolschewiki Absolution dafür erteilt, daß sie im politischen Kampfe siegten, und zugleich wird den syndikalistischen Grundsätzen zum Siege verholfen. Aber welche unhistorische Auffassung, daß der Absolutismus niemals ausgewichen, niemals zu Konzessionen bereit gewesen sei. Und haben sich die Junikämpfer von Paris, um nur einen einzigen Fall zu erwähnen, am demokratischen „Kautschukstaat“ nicht den Schädel eingerannt? Louzon erkennt zwar an, daß im politischen Kampfe gerade die allgemeinen Interessen der Klassen zum Durchbruch kommen, aber die Angst vor den Gefahren des politischen Kampfes hindert ihn, seine

syndikalistischen Vorurteile aufzugeben. Nur so viel scheint aus dieser Auffassung hervorzugehen, daß im unmittelbaren Machtkampf, dann, wenn die Bourgeoisie auf Leben und Tod kämpft und hartnäckigen Widerstand leistet, der politische Kampf auch dem Proletariat erlaubt sein soll. Das spricht Louzon zwar nicht klar aus, aber ein zweiter Aufsatz in Nr. 2 der „Révolution Proletarienne“ deutet es so an. Dieser Aufsatz über „Die Rolle der Partei“ ist von solcher Wichtigkeit für die Auffassung der Gruppe, daß wir seinen wesentlichen Teil hier wiedergeben:

„Eine fest disziplinierte und scharf konzentrierte, mit anderen Worten eine bolschewistische Partei ist unbedingt nötig für den Triumph des Aufstandes. Darüber darf es keinen Zweifel geben. Der Aufstand ist eine militärische Tatsache. Die militärischen Methoden: Disziplin, Unterordnung, keine Diskussionen — sind hier die einzig anwendbaren Methoden. Sie allein führen zum Sieg . . . Es versteht sich also: Kein siegreicher Aufstand, überhaupt kein Aufstand, der dieses Namens würdig wäre, ohne militariserte Organisationen, ohne eine bolschewistische Partei, die ihn führt.

Aber nicht das ist die schwierige Frage. Wesentlich ist zu wissen, ob diese militariserte Organisation — die vortrefflich ist für den Aufstand, unbedingt nötig ist für seinen Erfolg — fähig ist, die ganze Klasse für die Revolution vorzubereiten. Ist sie imstande, der Arbeiterklasse das genügende Bewußtsein ihrer eigenen Fähigkeiten zu geben, damit sich in ihr der revolutionäre Wille bildet? Das ist das Grundproblem.

Aber gerade, weil die Partei das Werkzeug, die Technik des Aufstandes ist, kann sie nicht zu gleicher Zeit das Werkzeug für die ganz andere Technik sein, die die Schaffung eines bewußten organisierten Proletariats ist. Es handelt sich hier in Wirklichkeit um eine ganz andere Sache als bei einem Aufstand, es handelt sich darum, neue Werte zu schaffen. Es muß im Proletariat und durch das Proletariat eine Gesamtheit von Ideen, Wollen, sozialen Formen geschaffen werden, die denen der feindlichen Klassen entgegengestellt werden und die bestimmt sind, als Kraftideen der Revolution später als Grundlage für den Aufbau einer neuen Gesellschaft zu dienen. Und es versteht sich, daß solche Schöpfungen unvergleichbar sind mit jener Kretinisation, die unvermeidlich aus jeder militärischen Disziplin folgen. Wer Schöpfung sagt, sagt freie Aktivität. Noch weniger als Individuen schaffen Klassen auf Kommando.

Die blanquistische Partei verdankte es dem Stande der revolutionären Vorbereitungen der Pariser Arbeiterklasse, im Jahre 1871 ohne Aufenthalt nach dem Stadthause zu kommen und aus der Kommune den ersten Versuch des Arbeiterstaates zu machen; das Klassenbewußtsein der Pariser Arbeiterklasse aber war der Pariser Sektion der Internationale, der Rue de la Corderie zu danken, die etwas ganz anderes als eine zentralisierte und militariserte Partei war.

Und muß man sich nicht fragen, ob in Rußland bei dem schwachen Einfluß, den die Bolschewiki auf die russische Arbeiterklasse bis zum Beginn der Aufstandsperiode hatten, ob dort nicht der Aktion in den viel geschmeidigeren Organisationsformen, deren Anhänger Trotzky damals war, hauptsächlich der hohe Stand des Klassenbewußtseins zu danken gewesen ist, zu dem 1917 das Proletariat von Petrograd und Moskau gelangt war, dieser Grad von Klassenbewußtsein, ohne den es den Bolschewiki unmöglich gewesen wäre, den Aufstand zu versuchen, zu siegen und der Welt jahrelang zu widerstehen.

Dieser Widerspruch zwischen der Organisationsform, die der Aufstand erfordert (indem man unter diesem Wort die ganze Periode des Bürgerkrieges versteht), und jener, die die Vorbereitung der Arbeiterklasse für die Revolution erheischt, wäre nicht hinderlich, wenn jeder seine Rolle verstünde und sich auf sie beschränkte. Leider glauben beide — jene, die vor allem den Aufstand ins Auge fassen, und jene, die vor allem die Entwicklung der „politischen Befähigung“ im Auge haben —, daß die besondere Organisationsform, die ihrem besonderen Zwecke dient, allgemeine Gültigkeit habe . . . .

Das ist auch die Ursache für die heutigen Schwierigkeiten. Die Organisation, die für den Krieg gut ist, ist nicht gut für den Frieden. Es handelt sich hier um ein altes Problem, das nicht besonders für die Arbeiterklasse besteht, ein Problem, das vor allen Klassen und Zivilisationen gestanden hat, es ist das Problem zwischen der Zivilgewalt (société civile) und der Armee, ein Problem, das die antike Welt be-



schäftigt hat, wie es die kapitalistische Welt beschäftigte. Beide Zivilisationen haben es auf der Höhe ihrer Siege in derselben Weise gelöst: *Arma cedant togae*, proklamierten die Römer. Unterwerfung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt, sagten die bürgerlichen Gesetzgeber. Und jedesmal, wenn die Zivilgewalt dauernd von der Militärmacht beherrscht wurde, trat der Niedergang der Klasse ein. Wird das Proletariat nicht verstehen, das zu entscheiden, was die Bourgeoisie entschieden hat?"

Das ist ein herrlicher Gallimathias. Zunächst stehen die hier erwähnten Tatsachen schief. Gerade die Schwächen der Kommune hatten doch ihre Ursache darin, daß keine bolschewistische Massenpartei existierte, daß die Blanquisten eine reine Aufstandspartei waren und wegen ihres Sektierertums die Massen nicht an sich fesseln konnten. Und gar die Geschichtsschreibung über 1917: Welch ein Vorbeilaufen an den Tatsachen. Wo war denn jene geschmeidigere Organisation, die in der Arbeiterklasse von Petrograd und Moskau das Klassenbewußtsein entwickelt hatte? Schon bei Beginn des Weltkrieges zeigte es sich klar, daß die klassenbewußten Arbeiter hinter den Bolschewiki standen. Sie hatten bereits in der Periode vorher und lange vor dem Bürgerkriege mit der „geschmeidigeren Organisation“, mit den Menschewiki gebrochen, eben weil sie erkannten, daß die Menschewiki, weit entfernt, das Klassenbewußtsein zu fördern, es hemmten.

Es waren die noch nicht vom Klassenbewußtsein ergriffenen Arbeiter in den Industriestädten und die Bauern in der Armee, die vor dem Sieg der Bolschewiki den Menschewiki und den Sozialrevolutionären noch eine Mehrheit in den Räten gaben. Und welcher Gedanke, daß der entscheidende Unterschied zwischen Bolschewiki und Menschewiki in der Organisationsform lag: und war denn nicht der Versöhnungsstandpunkt von Trotzki zwischen den beiden Parteien sein entscheidender Fehler? Louzons Schöpfungsgewäsch ist die eitle „Schöpfung“ des bekannten Intelligenzler-Hochmutes. Literaten mit üppigen Locken und wehender Krawatte brauchen die „Freiheit ihres Genies“, die „Unabhängigkeit ihrer Persönlichkeit“, brauchen ihre erhabene Verachtung für das „kretinisierende Parteiwesen“, um über die Armseligkeit und Nichtsnutzigkeit ihres „Schöpferdaseins“ hinwegzutäuschen. Die wirklich genialen politischen Führer können nur mit der Partei und durch sie wirken. Nur die Partei hat je in der Geschichte durch ihr kollektives Ringen nach Klarheit, durch ihre organisierte Propaganda, durch ihre Führung in den Kämpfen das Klassenbewußtsein in den Massen geweckt und entwickelt, ihren Willen zur potenzierten Kraft gesammelt und neue soziale Formen geschaffen. Derweilen gelang es den „schöpferischen Individualitäten“ in ihrer „Freien Aktivität“ im besten Falle, verbohrt Sektan um sich zu scharen. Kein einziges Wort dieses gespreizten Geredes hat irgend etwas mit kommunistischer Auffassung zu tun, noch kann es durch irgendwelche Erfahrung gestützt werden.

Der Gipfel aber ist die Idee von der Arbeitsteilung zwischen der durchgeistigten, geschmeidigen, fessellosen, undisziplinierten Organisation, die in freier Aktivität Schöpfungen für Gegenwart und Zukunft vollbringt, und dem kretinisierten Landsknechtstrupp der Partei, dem die rohe Arbeit der Faust zukommt, der nur in dem Augenblick Existenzberechtigung hat, wo es gilt, zuzuschlagen, und dessen einzige Aufgabe es ist, Raum zu schaffen für die schöpferische Betätigung der Individualitäten und freien Gruppen.

Der Irrtum der Blanquisten wird hier ins Absurde, zur Verrücktheit gesteigert.

Nach den erleuchtenden Aufklärungen, die uns Louzon über das Verhältnis zwischen Zivilgewalt und Armee und über die schöpferischen Leistungen der Menschewiki gibt, kann man immerhin annehmen, er verlange zwei Parteien, eine für den Frieden und den Aufbau, eine für den Krieg und die Zerstörung — eine Partei, in der jeder nach seiner Fassung selig werden kann, die Raum hat für jede fixe Idee und keine Disziplin kennt, eine schlechte Propaganda- und Studiengesellschaft also und keine Partei, und eine andere militarisierte und kretinisierende Partei, die Karikatur einer bolschewistischen Partei. Wer Louzons Idee so auffaßt, hat Unrecht, denn dieser schließt seinen Aufsatz unmittelbar anschließend an die oben zitierte Stelle mit folgenden Worten:

„Das Proletariat wird einen gewaltigen Schritt vorwärts machen an dem Tage, wo es erträgliche Beziehungen zwischen seiner Zivilgesellschaft, den Gewerkschaften, und seiner Militärorganisation, der Partei schafft.“

Da haben wir also den „reinen“ Syndikalismus, leicht getrübt durch eine Konzession an — ein Mißverständnis, nicht durch eine Konzession an die kommunistische Auffassung von der Rolle der Partei.

Diese beiden Programmartikel der „Révolution Proletarienne“ handeln von den wichtigsten Fragen der kommunistischen Politik. Legen sie die Richtung fest, die von der Zeitschrift vertreten wird? Ihre Gründer können sich unter Umständen darauf berufen, daß sie eine freie Tribüne schaffen wollten für alles, was in der KPF und der CGTU in Opposition steht. In der Tat haben in den Spalten der Zeitschrift einzelne Arbeiter gerade gegen diese Aufsätze Louzons Bedenken erhoben. Aber Louzon ist kein Irgendwer, er ist Mitglied des Redaktionsstabes, und die Redaktion hat zu diesen Auffassungen nicht ein einziges Mal auch nur die geringste Reserve geäußert. Ungetrübt „rein“ syndikalistische Auffassungen über die Rolle der Partei kehren bei den verschiedenen Mitarbeitern der Zeitschrift immer wieder. Die Zeitschrift trägt in ihrem Titel die Bezeichnung: „Syndikalistisch-kommunistische Monatsrevue“. Wohl hat Monate diesen Titel zu rechtfertigen gesucht durch eine Berufung auf die — gewollt oder ungewollt mißverständene — Rede Sinowjews auf dem 4. Kongreß, in der dieser den Anschluß revolutionärer Syndikalisten an die KPF begrüßt, natürlich ohne die spezifisch syndikalistischen Auffassungen bei ihnen zu rechtfertigen. Aber Monate legt bei dieser Gelegenheit gleich sein Glaubensbekenntnis ab:

„Meine Auffassung ist eine Verbindung von Syndikalismus und Bolschewismus.“  
(„Rev. Prol.“ Nr. 8.)

Wie weit diese Auffassung vom Bolschewismus wirklich durchtränkt ist, zeigt Monate bei einer anderen Gelegenheit. Es handelt sich um den Uebergang eines korrupten Subjekts von der KPF zum Faschismus. Monate sagt dazu neben allerhand Gehässigkeiten gegen die Partei:

„Unter denen, die von der Partei angeekelt sind, wird eine große Zahl sich wieder in den Winkel setzen, enttäuscht von allem. Die schwachen oder korrumpierten Seelen sind leichte Beute des Feindes. Gegen den Ekel vor der Partei gibt es nur eine Zuflucht, den Syndikalismus. („Rev. Prol.“ Nr. 15.)

Da haben wir den Schlüssel: Aus Enttäuschung zurück zum Syndikalismus! Aber das beweist auch, daß die Ueberzeugungen, die Monate und

seine Gruppe zum Kommunismus führten, nicht fest gegründet waren. Es ist kein Zweifel, daß Monate selbst noch Hemmungen hat, aber sie sind so schwach, daß er schnell zur Kapitulation vor den engagierten SyndikalistInnen bereit ist. Sehr lehrreich ist ein Beispiel, das zugleich zeigt, wie weit der Rückmarsch geht. In der Mainnummer 1925 der Zeitschrift wird der Vorschlag gemacht, eine „Syndikalistische Liga“ zu bilden, die als Kampforganisation gegen die Parteizellen in den Gewerkschaften gedacht ist. Monate äußerte gegen den Gedanken Bedenken. In der Julinummer nimmt ein anderer Mitarbeiter den Gedanken auf und entwickelt dabei folgende Ideen:

„Ja, Monate, wir brauchen eine „Syndikalistische Liga“. Wozu? Nun, um in den beiden CGT's Mitkämpfer zu organisieren, die weder den Regierungssyndikalismus (der reformistischen CGT — P. F.) noch den Parteisyndikalismus wollen. . . Die Krise der Internationale hat mir die Illusion ausgetrieben, die mich an die Möglichkeit einer KP in Frankreich glauben ließ. Ich bin zu meiner „ersten Liebe“ zurückgekehrt. Ich vertraue nur noch auf die syndikalistische Bewegung. Sie ist die Waffe „par excellence der Arbeiterbefreiung.“ . . . Diejenigen, die glauben, wertvolle Zeit vergeuden zu müssen, um den Parteikadaver wieder zu beleben, fühlen nicht die Notwendigkeit dieser Arbeit, versteht sich. Aber Du, der Du wegen ausgeprägtem Syndikalismus (syndikalisme aigu) ausgeschlossen worden bist, Du mußt die Organisation der Genossen, die SyndikalistInnen geblieben oder wieder geworden sind, in Deine Hand nehmen.“

**Was macht Monate? Eine unentschlossene Handbewegung und eine Ermutigung:**

„Ich bin heute nicht mehr von der Notwendigkeit einer solchen Organisation überzeugt als vor einem Monat. Aber es gibt etwas, was mich mehr als alles andere ärgert. Daß ich nämlich immer höre: „Du mußt das in die Hand nehmen! In die Hand nehmen! . . . In die Hand nehmen! . . . Was meint Ihr, Genossen, wenn Ihr nun selber ein bißchen in die Hand nehmen wolltet?“

**In der Dezemberrummer begründet Keraudy die Aufgaben einer solchen Liga folgendermaßen:**

„Unser Platz ist in der CGTU. Aber wir müssen die Freiheit zur Organisation von Richtungen ausnutzen. Die Richtung der Kommunistischen Partei ist organisiert. Organisieren wir endlich unsere syndikalistische Tendenz. Die Zahl der Genossen ist groß, die genug davon haben, zu sehen, wie unsere CGTU beständig die Befehle der KP erhält. . . .“

Unsere CGTU muß wieder die Linie von Saint-Etienne aufnehmen, die sie nie hätte verlassen dürfen. . . Um den Syndikalismus zu retten und die CGTU wieder auf den Weg des revolutionären Syndikalismus zurückzuführen, müssen wir die CSR wieder aufleben lassen.“

Nun, diese Syndikalistische Liga ist gegründet worden. Die Gruppe der Révolution Proletarienne ist ihr Stützpunkt. Damit aber spricht die Gruppe selbst aus, daß sie sich nicht mehr als eine Opposition fühlt, die die Partei von Fehlern und Schwächen heilen will, die — soweit sie ausgeschlossen ist — wieder in die Partei hineinstrebt, sondern, daß sie die Partei von einem fremden Boden aus bekämpft.

Der Syndikalismus dieser Gruppe offenbart sich aber nicht nur in seinem Verhältnis zur Partei, sondern auf allen Gebieten der praktischen Politik. Und hier tritt ihre Verwandtschaft mit den Ultralinken in der Internationale ganz deutlich in die Erscheinung. Hören wir zum Beispiel, was Louzon zu den unmittelbaren politischen Forderungen des Proletariats zu sagen hat. Ueber die Steuern schreibt er in der Nummer vom Januar 1926:

„Welches auch das angewandte Steuersystem sein mag, aus ihm selber kann doch ipso facto keine Besserung des Loses der Arbeiter entspringen, denn die Steuern sind eine Angelegenheit, die ausschließlich die Besitzenden interessiert, eine Frage, die, um mit Marx zu reden, allein die Verteilung des Mehrwertes unter die verschiedenen Gruppen der Besitzenden berührt und nicht die Mehrwertrate, d. h. den Grad der Ausbeutung, dem der Arbeiter unterworfen ist. Schafft eine Steuer so direkt und progressiv wie ihr wollt, nichts wird das Unternehmertum hindern, sie abzuwälzen durch eine Steigerung der Ausbeutungsrate — nichts, wenn es nicht der Widerstand der Arbeiterklasse ist. Und wenn ihr umgekehrt eine indirekte Steuer einführt, die die notwendigen täglichen Lebensmittel des Arbeiters trifft, so wird nichts den Arbeiter hindern, einen Lohn zu verlangen, dessen Höhe der Preissteigerung entspricht — nichts, es sei denn der Widerstand der Unternehmer. Die Ausbeutungsrate der Arbeiterklasse, ihr Lebensniveau ist also eine Frage der Kraft, eine Frage, die nur gelöst werden kann durch den Kampf der Klassen, unabhängig von allen Maßregeln der Gesetzgebung und von jeder Aenderung des Steuersystems. ....“

Aber die Politikanten jeden Schlages, die vorgeben, die Geschäfte der Arbeiterklasse zu führen, rechtfertigen die Nützlichkeit (der direkten Steuern) und deshalb reden sie dem Proletariat ein, daß diese oder jene gesetzgeberische Maßregel, diese oder jene Veränderung im Steuersystem das Los der Arbeiterklasse verbessern könne, ohne daß es zum direkten Klassenkampf gegen das Unternehmertum und den Staat greifen müsse. .... Der Kampf um die Steuern ist ein Kampf zwischen Bourgeois und Bourgeois, er ist nicht der Krieg des Proletariats. Bei dieser Gelegenheit und allen anderen, muß das Proletariat die inneren Gegensätze ausnutzen, aber nicht als „brillanter Sekundant“ irgendeiner Bourgeoisfraktion auftreten.“

Das ist — echt syndikalistisch — der Tod jeder politischen Aktion, die nicht unmittelbar auf den Machtkampf abzielt. Natürlich hat Louzon recht, daß das Lebensniveau der Arbeiterklasse von dem Machtverhältnis zwischen Kapital und Arbeit abhängt, von dem Kampf der Arbeiter gegen Unternehmertum und Staat. Aber warum wälzen denn die Kapitalisten den größten Teil der Steuern auf die Arbeiterklasse, warum suchen sie, ihr alles aufzupacken? Wenn sie das, was sie hier gewinnen, im Lohnkampfe wieder verlieren, dann wäre es für sie doch vernünftiger, alle Steuern zunächst auf sich zu nehmen, um sie abzuwälzen und den „Politikanten“ das günstige Agitationsmittel aus der Hand zu nehmen. Der Fehler der Syndikalisten und der Ultralinken ist der, nicht zu begreifen, daß erstens die Arbeiterklasse überall dort den Kampf aufnehmen muß, wo sich die Kampfgelegenheit bietet, zweitens der praktische Effekt aus dem Machtverhältnis der Klassen wesentlich davon abhängt, wie haushälterisch, wie taktisch richtig die Klassenkraft eingesetzt wird. Es gibt keinen Lohnkampf der gesamten Arbeiterklasse; der syndikalistische Generalstreik ist in jedem Sinne Unsinn. Immer nur einzelne Gruppen nehmen den Lohnkampf auf, sie können in ihm nie das ganze Gewicht der Klasse in die Wagschale werfen. Aber die Steuern treffen die gesamte Klasse und machen den Abwehrkampf der ganzen Klasse möglich. Bei geschickter Führung ist es im Steuerkampf wie in jedem politischen Kampf möglich, die ganze Kraft auszulösen, zu der die Klasse im gegebenen Augenblick überhaupt fähig ist. Der Ausgang dieser ersten Schlacht bestimmt stark den Ausgang der folgenden Lohnkämpfe, die um die Abwälzung geführt werden. Die Arbeiterklasse, die den ersten Kampf versäumt oder vernachlässigt, verliert von vornherein eine wichtige Chance. Im Lohnkampf steht die kämpfende Arbeitergruppe dem durch keinen inneren Zwist gehemmtten Unternehmertum gegenüber. Louzon spricht den richtigen Gedanken aus, die Gegensätze im Bourgeoislager auszunutzen, ohne zum Sekundanten einer Bour-

geoisfraktion zu werden. Aber wie will er praktisch bei seiner Auffassung diese Ausnutzung fertigbringen? Er hat keinen Weg. Wie kann das anders erreicht werden, als dadurch, daß das Proletariat zwischen die hadernden Bourgeoisgruppen mit seinen eigenen Forderungen fährt und die Schichten um sich sammelt, die von den Steuern wie das Proletariat getroffen werden? Bei alledem ist die mobilisierende Wirkung dieser großen politischen Kämpfe, ihr gewaltiger moralischer Faktor noch nicht gerechnet. Die politische Abstinenz der Syndikalisten bedeutet eine schwere Schädigung der Arbeiterklasse und des Klassenkampfes.

Der Syndikalismus ist eine primitive Ideologie des Klassenkampfes. Die „Révolution Proletarienne“ bringt massenhaft Beweise dafür. Wir wollen nur noch einen Punkt erwähnen: die vollkommene Verständnislosigkeit für die Strategie des revolutionären Kampfes, besonders für das Verhältnis zu den kleinbürgerlichen Schichten und den Kolonialvölkern. In der Marokkofrage konnte die Zeitschrift nur mangelhaft ihren Europäerhochmut verbergen. Sie höhnte über den Abdelkretinismus der KPF und ließ durchblicken, daß sie die „Aktion eines kriegerischen Stammes einer Provinz“ nicht als Befreiungskampf eines unterdrückten Volkes anerkenne. Typisch ist wiederum Louzons Stellung zur Frage der interalliierten Schulden. Für ihn ist das natürlich eine Frage, die nur die Bourgeoisie angeht. Er schreibt:

„Wenn man proletarische Losungen ausspricht, wie „Annullierung der Kriegsschulden“ und „Kampf gegen die Versklavung durch das anglo-amerikanische Finanzkapital“, so ist das Verbrechen und Dummheit.

Verbrechen, weil man damit die Grundlage des Klassenkampfes und des Arbeiterinternationalismus untergräbt. Wenn man das französische Proletariat aufruft, gegen seine Versklavung durch das anglo-amerikanische Finanzkapital zu kämpfen, was bedeutet das in Wirklichkeit, wenn nicht, daß das Proletariat jetzt nicht versklavt ist oder wenigstens, daß seine Sklaverei leichter ist, wenn es die Sklaverei des französischen statt des anglo-amerikanischen Finanzkapitals wäre. . . .

Eine Dummheit, denn mit dieser Versklavung des Proletariats durch das angelsächsische Finanzkapital wird es sein wie mit dem „Der Faschismus ist da!“\* Die Tatsachen werden schon sprechen. Das französische Proletariat wird bald konstatieren, daß es nicht mehr versklavt ist, auch wenn seine Bourgeoisie sich anschickt, Schulden zu bezahlen, daß ihm die KP da wieder eines auf den Schädel gegeben hat. Und wenn dann die KP die revolutionäre Wahrheit und nicht die reformistische Lüge sagen wird, dann wird ihr niemand glauben.“ („Rév. Prol.“ Nr. 10.)

In Deutschland dürfte es heute nicht einmal einen Ultralinken geben, der den Kampf gegen den Dawes-Pakt für grundsätzlich falsch erklärte. Heute lehrt jeder Tag die deutsche Arbeiterklasse, daß die Tributpflicht Deutschlands gegenüber dem amerikanischen Kapital die Offensive des einheimischen Kapitals gegen die Arbeiterklasse ungemein verschärft hat. Ebenso ist leicht zu begreifen, daß der Dawes-Pakt ein Mittel war, die größten politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Bourgeoisie zum mindesten für die Gegenwart zu beheben, die Bourgeoisie also zu stärken. Die Regelung der Schuldenfrage wird für Frankreich dasselbe Ergebnis haben. Hier sind die unmittelbaren Interessen des Proletariats zum Kampf

\* Es handelt sich hier um eine Parole der KPF, die übertrieben war und deshalb ihre Wirkung auf die Massen verfehlte. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die „Rév. Prol.“ die Gefahr des Faschismus in Frankreich — vielleicht aus polemischen Rücksichten gegen die KPF — unterschätzt.

gegen die nationale Versklavung. Aber es kommt hinzu, daß die Tributpflicht in besonderem Maße die Mittelschichten, Bauern und Kleinbürger trifft, daß also hier eine Möglichkeit für das Kampfbündnis mit diesen Schichten geboten wird, die im Interesse der Revolution ausgenutzt werden muß. Das geht freilich nicht in den engen Horizont der Syndikalistinnen hinein.

Wir glauben damit genügend nachgewiesen zu haben, daß die neo-syndikalistische Gruppe der „Révolution Proletarienne“ sowohl in ihren Anschauungen über den Staat und die Rolle der Partei als auch in ihrer praktischen Politik die Rückkehr zum „reinen“ Syndikalismus vollendet hat und eine dem Proletariat verhängnisvolle Taktik durchführt.

## KITAIGORODSKI: DIE KOLONIALPOLITIK DES HEUTIGEN ITALIEN

### I.

Die beste Charakterisierung des italienischen Vorkriegsimperialismus hat Genosse Lenin gegeben. In seiner „Imperialismus und Sozialismus in Italien“ betitelten Notiz schrieb er:

„Das revolutionär-demokratische, d. h. das bürgerlich-revolutionäre Italien, das das österreichische Joch abgeschüttelt hatte, das Italien der Zeit Garibaldis wandelt sich vor unsern Augen endgültig in ein andere Völker unterjochendes Italien, das die Türkei und Oesterreich beraubt, in ein Italien der groben, widerwärtig reaktionären, schmutzigen Bourgeoisie, dem das Wasser im Munde zusammenläuft vor Freude darüber, daß es auch bei der Teilung der Beute mitwirken kann.“\*

Und weiter:

„Den italienischen Imperialismus hat man „den Imperialismus der Armen“ genannt (L'imperialismo della povera gente), in Anbetracht der Armut Italiens und der furchtbaren Not der Masse der italienischen Emigranten.“\*\*

Besser läßt sich das nicht ausdrücken. In diesen Worten charakterisierte Wladimir Iljitsch treffend das Wesen des italienischen Vorkriegsimperialismus, der von seinen glücklicheren Nebenbuhlern von oben herab behandelt wurde und hündisch zufrieden war, wenn man auch ihm einen kolonialen Knochen zuwarf. Vergessen wir nicht, daß vor dem Kriege Italien in erster Linie ein Agrarland war. Landmangel, Armut und Not der italienischen Dörfer trieben die italienischen Bauern in die Stadt, und das Fehlen einer entwickelten Industrie zwang sie zur Auswanderung in fremde Länder. In den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts betrug die italienische Emigration 100 000 Personen, zu Anfang des Weltkrieges betrug sie 800 000 Personen und erreichte zeitweise eine Million.

Die italienischen Emigranten waren Bettler im wahrsten Sinne des Wortes; das waren Arbeitskräfte für die schlechtest bezahlten Industriezweige. Die italienischen Emigranten bevölkerten die engsten, schmutzigsten Viertel von Paris, New York und anderen amerikanischen und europäischen Städten. Im Jahre 1910 erreichte die Zahl der italienischen Emigranten 5½ Millionen. Folgende Länder benutzten die billige italienische Arbeit:

Frankreich .....	400 000
Schweiz .....	135 000
Oesterreich .....	80 000
Deutschland .....	180 000
Vereinigte Staaten .....	1 779 000
Brasilien .....	1 500 000
Argentinien .....	1 000 000

Diese gewaltige Masse von Emigranten hauste in dumpfen Kellern, im

\* Siehe Lenins Gesammelte Werke, Band XIII, Seite 190, Staatsverlag.

\*\* Ebenda Seite 191.

Ausland verachtet und verspottet und mit dem Schimpfnamen „Maccaroni“ belegt.

Der Nationalstolz der italienischen Bourgeoisie war stark verletzt. Die Italiener fühlten sich von den reicheren europäischen Nationen unterdrückt und entwürdigt.

Die Bewegung für koloniale Betätigung begann in Italien in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Aber der kolonialen Expansion des jungen, noch grünen italienischen Imperialismus standen Frankreich und England im Wege. Italien konnte nur den englisch-französischen Gegensatz ausnützen, um irgendein Stückchen an sich zu reißen. So gelang es beispielsweise im Jahre 1879 der italienischen Regierung, sich am Ufer des Roten Meeres, in Assab, festzusetzen. Der damalige englische Premierminister Gladstone, dieser „liberale“ Vorläufer von Lloyd George, glaubte, es sei besser für England, an dieser Stelle herrsche das schwache Italien als eine andere starke Macht, darum widersetzte er sich nicht der Okkupation von Assab durch italienische Truppen.

Im Jahre 1882 wurde Assab von Italien endgültig annektiert. (Nebenbei sei bemerkt, daß es lange vor 1869 einer genuesischen Reedereigesellschaft „Rubattino“ gelungen war, im Hafen von Assab ein Kohlendepot zu organisieren. Nach zehn Jahren kaufte die italienische Regierung diesen Punkt am Roten Meer von der Firma „Rubattino“, wagte es aber im Augenblick nicht, ihre Hand endgültig auf Assab zu legen wegen des Widerspruchs Englands.)\*

Kraft einer ganzen Reihe von diplomatischen Vereinbarungen gelang es Italien in den neunziger Jahren, seinen Einfluß in Somaliland, Eriträä und anderen Teilen Afrikas am Roten Meer und am Indischen Ozean zu verstärken.

Endlich gewann unter Ausnutzung des französisch-deutschen Marokko-Konflikts (des „Zwischenfalls“ von Agadir) Italien die Zustimmung Frankreichs zur Besetzung von Tripolis, dieses einzigen noch „freien“ Stückchens an der nordafrikanischen Küste (im Jahre 1911/12). Nach einem heftigen Krieg gegen die jungtürkische Armee gelang es den italienischen Truppen, die Jungtürken aus Tripolis zu verdrängen. Damit endete dann eigentlich die koloniale Expansion Italiens zu Anfang des imperialistischen Krieges von 1914—1918.

Wie der Leser sieht, hatte der italienische Vorkriegsimperialismus keine besonderen Ruhmesblätter aufzuweisen. Er stand fast an letzter Stelle unter den übrigen imperialistischen Kolonialmächten. Der Hunger nach „Einflußsphären“ und Kolonialbesitz brachte Italien dazu, sich auf die Seite der „Entente“ zu schlagen gegen die deutsch-österreichische Koalition.

Aber die Sehnsucht des „Imperialismus der Armen“ blieb fast gänzlich ungestillt. Die „Entente“ umging Italien bei Aufteilung der deutschen Beute. Die kolonialen Besitzungen Italiens werden im Augenblick der Unterzeichnung des Versailler Friedens nicht erheblich vermehrt. Italien ging fast mit leeren Händen aus dem Kriege hervor.

\* Näheres darüber siehe in: Darmstädter, „Geschichte der Aufteilung Afrikas“, Band II



## II.

Der italienische Imperialismus der Nachkriegszeit unterschied sich merklich von dem der Vorkriegszeit. Das italienische Kapital war in der Kriegszeit erstarkt, zur „Mannbarkeit“ herangereift. Die italienische Industrie befindet sich gegenwärtig in einem glänzenden Zustande. Die Wirtschaftslage Italiens ist fest und zeigt die Tendenz einer weiteren Verbesserung. Der amerikanische Onkel befruchtete mit seinen Krediten die italienische Industrie. Nach offiziellen statistischen Angaben sind etwa 691 Millionen Lire ausländischen Kapitals in der italienischen Industrie angelegt worden. Erst kürzlich erhielt eine Elektrizitätsgesellschaft in Piemont in Amerika einen neuen Kredit eingeräumt in Höhe einer Million Lire. Die billige Arbeit der italienischen Arbeiter, das niedrige Lohnniveau und das Sinken der Lira erleichtert Italien die Konkurrenz auf den Märkten des nahen Ostens erheblich.

Nach dem Lohnindex des internationalen Büros beim Völkerbund für Juni 1925 betrug (wenn man den Lohn des englischen Arbeiters gleich 100 setzt) die Indexziffer für den Mailänder Arbeiter 50, für den römischen 49. Die Entwicklung des Reallohnes: im Jahre 1921, im Kulminationspunkt der proletarischen Bewegung in Italien, betrug der Arbeitslohn eines Hilfsarbeiters der Metallindustrie 23,50 bei einem Index von 100, im Jahre 1922 22,60, 1923 18,33 und 1925 10,50.

Der Arbeitslohn eines gelernten Metallarbeiters betrug 1921 26,50, 1922 25,50 1923 20,00 und 1925 16,30.

Dieses niedrige Lohnniveau des italienischen Arbeiters gestattet dem italienischen Kapital, den englischen Kaufmann auf den Märkten Vorderasiens und des nahen Ostens zu schlagen.

Nach den Angaben des „Bulletin de la Chambre de Commerce et d'Industrie de Constantinople“ für Dezember, Januar und Februar 1925/26, nahm Italien im ersten Halbjahr 1925 den ersten Platz im gesamten Warenverkehr mit der Türkei ein. Vom Gesamtwert des ganzen türkischen Imports und Exports von 202 126 000 türkische Lire kamen auf Italien 47 971 000 oder 23,7 Prozent, d. h. etwa ein Viertel des gesamten türkischen Außenhandels entfällt auf Italien. In der gleichen Zeit stand England an zweiter Stelle hinsichtlich seines Warenumsatzes mit der Türkei. Dieser erreichte 25 308 000 Lire oder 12½ Prozent des gesamten Warenumsatzes der Türkei, d. h. halb so viel wie der italienische.

Während eines Jahrhunderts hat England in der türkischen Einfuhr an erster Stelle gestanden, aber seit 1923/24 beginnt Italien den englischen Handel von dort zu verdrängen und zu überflügeln.

Aus dem Referat des Vorsitzenden der englischen Handelskammer in Alexandrien am 23. Februar d. J. (siehe „Times“ vom 2. März 1926) sehen wir, daß die italienischen Textilfabrikate erfolgreich mit denen von Lancashire konkurrieren. Im Jahre 1925 ging Englands Anteil auf 55 000 ägyptische Pfund zurück, während Italien seinen Anteil am Import Aegyptens auf 452 000 ägyptische Pfund erhöhte.

Die Schiffe des „Lloyd Trestino“ und der „Servizii Maritimi“ sind am häufigsten unter denen, die türkische, syrische und palästinische Häfen besuchen. Nach Angaben des „Bulletin de Commerce de Constantinople“ für

Februar 1926 liefen in der Zeit vom 1. Dezember 1925 bis zum 1. Februar 1926 55 italienische Schiffe mit 1265 Passagieren in türkische Häfen ein, 43 Schiffe mit 770 Passagieren liefen aus, während in dieser Zeit nur 15 englische Schiffe mit 513 Passagieren ein- und 16 Schiffe mit 680 Passagieren ausliefen. Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Der italienische Imperialismus fängt an, im nahen Osten eine bedeutende Rolle zu spielen. Die Kolonialpolitik des faschistischen Italien steht auf einer soliden ökonomischen Grundlage.

Daß der italienische Imperialismus nicht mehr der „ärmliche“ ist, der er vor dem Kriege war, sondern sich in einen „normalen“ typisch europäischen verwandelt hat, das zeigt zum mindesten die Tatsache einer bedeutenden Abnahme der Auswanderung und eine Zunahme der Zahl der Rückwanderer.

So wanderten z. B. nach Angaben der „Times“ vom 10. März im Jahre 1924 aus Italien 408 500 Personen aus, und 1925 312 038, d. h. die Zahl der Auswanderer ging um 966 462 zurück. Im Vergleich zur Vorkriegszeit hat die gegenwärtige italienische Auswanderung fast um die Hälfte abgenommen. Das bezeugt eine erheblich steigende Aufnahmefähigkeit des italienischen inneren Marktes und der Industriezweige, in denen die von der Landwirtschaft abgestoßenen Elemente, die bisher gezwungen waren, ins Ausland auszuwandern, ein Unterkommen finden. Die Zahl der Rückwanderer steigt ebenfalls. Im Jahre 1924 kehrten 172 000 Personen in die Heimat zurück, im Jahre 1925 182 000 Personen, d. h. um 10 500 mehr als im Vorjahre.

Mussolinis Kolonialpolitik trägt heute einen ganz anderen Charakter als die Kolonialpolitik der italienischen Regierung in der Vorkriegszeit. Italien beginnt im Mittelländischen Meer eine bedeutende Rolle zu spielen. Das italienische Kapital sucht Absatzmärkte, Rohstoffquellen, Kolonien. Es hat seine Milchzähne bereits verloren. Seine Erfolge auf den Märkten des nahen Ostens haben es angespornt. Dem vertrockneten italienischen Imperialismus ist neues Blut zugeführt worden. Das erfüllt die faschistische Regierung mit Energie und frechem Wagemut. Das ist der Grund, weshalb der Ton der faschistischen Regierung so kriegerisch wurde. Ihre gewaltigen kommerziellen Erfolge haben der kriegerischen italienischen Bourgeoisie den Kopf verdreht. Sie träumt davon, Italien zu einer römischen Weltmacht zu erheben, Kolonien an sich zu reißen, von der Türkei Adalia zu annektieren, seinen „Besitz“ zu vermehren, Mandate zu erlangen, die Völker des Ostens auszuplündern. Sie klirrt mit den Waffen. Sie bereitet offen den Krieg vor.

Die faschistische Bourgeoisie entwickelt ein wildes Verlangen nach kolonialer Propaganda. Man spricht wohl in keinem Lande mit solchem Zynismus vom Krieg, nirgends wird das Streitreiß so emsig aufgezümt wie im faschistischen Italien. Der Geist der Gewalt und des kolonialen Raubes wird überall kultiviert.

Am 21. April (am Tage von Mussolinis Triumph-Einzug in Rom) war ein „Tag der Kolonien“ angesetzt. Nach der Zeitung „Impero“ vom 23. März war von der Agitationsabteilung der faschistischen Partei folgendes Programm ausgearbeitet worden:

1. Das Problem der Kolonisation vor der Nation aufzurollen und das Volksinteresse auf dieses Problem hinzulenken.

2. Die Frage der Kolonisation mit der Emigrationsfrage in Zusammenhang zu bringen.

3. Die Aufmerksamkeit des italienischen Kapitals auf die Kolonialfrage zu lenken.

4. Das Kolonialproblem unter dem Gesichtspunkt der Erlangung von Rohstoffen zu untersuchen, mit dem Ziele der Befreiung von der Abhängigkeit vom Ausland.

5. Dem italienischen Volke zu zeigen, daß der wirtschaftliche Wohlstand in engem Zusammenhang mit einem weiten, reichen Kolonialbesitz steht.

6. Die Abenteuerlust der großen italienischen Seefahrer, der italienischen Entdecker wieder zu erwecken, alle Meere mit italienischen Schiffen zu bevölkern, die unsere Fabrikate und unsere kühnen Truppen befördern.

7. In allen Erdteilen das Licht unserer Mittelmeerkultur zu verbreiten und unsere kriegerischen Fahnen weit über die Grenzen des Vaterlandes hinauszutragen.

Das ist ein Beispiel der imperialistischen, jingoistischen Propaganda. Die ganze faschistische Presse ist von hitziger Kriegsstimmung erfüllt. „Drei Millionen Italiener sind bereit, sich in den Krieg zu stürzen“; „die Italiener sind bereit, für die Verwirklichung ihres Kolonialprogramms zu kämpfen“; — von ähnlichen kriegerischen Tönen hallt die ganze faschistische Presse wider, — so „Impero“, „Tevere“ und andere Zeitungen. Ueber das kürzlich gegen Mussolini verübte Attentat schrieb die Zeitung „Tevere“:

„Das Attentat müsse einigen Regierungen zu denken geben, daß wir nicht Ereignisse beschleunigen müssen, die sowieso unausbleiblich sind.“

Natürlich auch Mussolinis Gesten (seine feierliche Phrase: „Unsere Blicke sind nach Osten gerichtet“, seine mit viel Tamtam durchgeführte Tripolisreise) und der schreiende, künstlich hysterische Ton der faschistischen Presse und das Säbelrasseln bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, — all das ist auf die inländische Wirkung gerichtet, zum Zwecke der Ablenkung der Massen von der inneren Politik. Aber unterdessen erledigt die italienische Diplomatie ihre dunklen Geschäfte, schließt Bündnisse gegen die Türkei (ein Bündnis mit dem faschistischen Griechenland), versucht die Türkei von einem Ring feindlicher Staaten einzukreisen, läßt sich von England für koloniale Kompensationen in Aegypten (Erlangung der Oase Djarbura) und Abessinien benutzen. Die kürzlich in Rapallo stattgehabte Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Mussolini war nicht nur gegen die Türkei gerichtet, die sich weigert, den Mossulraub anzuerkennen, sondern indirekt auch gegen Frankreich. Italien hat ein Auge auf Tunis geworfen, wo jetzt schon 105 000 Italiener wohnen und nur 45 000 Franzosen. Aber Tunis zu gewinnen, — das ist Zukunftsmusik. Gegenwärtig bedroht der italienische Imperialismus unmittelbar die Türkei.

### III.

Am 10. August 1920 unterzeichneten England, Frankreich und Italien in Sèvres das bewußte Abkommen über die Aufteilung Kleinasiens unter die Verbündeten. Italien erhielt die Provinz Adalia, ein Gebiet, das am Mitteländischen Meer liegt. Aber die auf die Regierung Orlando folgende Regierung Buonomi-Nitti verzichtete auf Beteiligung an diesem Abenteuer und

zog ihre Truppen aus Adalia zurück. Die „Friedensliebe“ der Regierung Nitti erklärt sich aus innerpolitischen Erwägungen, aus der sozial-wirtschaftlichen und sozial-politischen Krise, die Italien 1920—21 durchmachte. Der italienischen Bourgeoisie war damals nicht nach kolonialer Expansion zumute. Damals war ihr Weiterbestehen als herrschende Klasse in Frage gestellt. Sie mußte erst die im eigenen Lande ausgebrochene Feuersbrunst löschen. Erst nachdem die revolutionäre Arbeiterbewegung niedergeschlagen war und die italienische Ausgabe der Kerenski-Regierung von Mussolini abgelöst wurde, begann dieser wieder, sein Augenmerk auf Adalia zu richten. Er kann der Regierung Nitti-Buonomi die Tatsache der Evakuierung der italienischen Truppen aus der Türkei nicht verzeihen.

Der Vertrag von Lausanne sprach Italien endgültig den Dodekanes zu (12 große und kleine Inseln, die Italien der Türkei fortgenommen hatte). Hier schuf sich der italienische Imperialismus eine strategische Basis, die mit ganzer Schärfe gegen Kleinasien gerichtet ist. Auf der Insel Rhodos ist eine Kaserne gebaut worden. In Leros wurde ein Aerodrom und eine Flottenstation geschaffen. Die junge republikanische Türkei, die nur eben die Ketten des Imperialismus abgeworfen hat, hat Grund zur Beunruhigung. Der italienische Imperialismus bildet für sie eine ernste Gefahr.

Italien hat Griechenland eine Anleihe angeboten, unter der Bedingung, daß es von ihm Kriegsmaterial kaufe. Griechenland, von dem Mussolini eine Zeitlang Korfu besetzt hatte, zeigt heute die Tendenz einer Annäherung an Italien. Griechenland hofft mit Italiens Hilfe das westliche Thrazien von der Türkei an sich zu bringen.

Die türkische Presse reagierte äußerst nervös auf Mussolinis Tripolisreise. Mussolini segelte an der Spitze einer italienischen Flotte nach Lybien. Dieses Manöver fiel mit den Mossulverhandlungen zwischen dem englischen Gesandten Lindsdeem und Angora zusammen. Das war eine Demonstration gegen die Türken. Die ausländische Presse teilte mit, daß die türkische Regierung in diesem Zusammenhang in Südanatolien Maßnahmen militärischen Charakters traf für den Fall eines italienischen Ueberfalls:

„Mussolinis Reise“, schrieb die türkische oppositionelle Zeitung „Bakir“, „ist nicht allein eine Demonstration gegen Tunis, sondern auch gegen die Türkei. Die türkische Regierung muß entsprechende Vorsichtsmaßregeln treffen.“

Es ist ein Glück für die junge Türkei, daß sie ein rotes Hinterland besitzt — die USSR, diese mächtige Stütze des erwachenden Orients. Die Freundschaft zwischen der USSR und der Türkei ist ein zur Zurückhaltung mahnender Faktor. Wenn diese Freundschaft nicht bestände, wäre das faschistische Italien längst über die Türkei hergefallen und hätte, in erster Linie, das fruchtbare Adalia ergriffen.

#### IV.

Italiens gesamter Kolonialbesitz umfaßt eine Fläche von 1 460 000 Quadratkilometer, mit einer Bevölkerung von 1 623 000 Menschen. Seine Kolonien liegen vorwiegend im nördlichen und östlichen Afrika. Diese Kolonien sind wenig einträglich, wenig fruchtbar. Auf einen Quadratkilometer kommt nur ein Einwohner, während in den englischen Kolonien rund 12—13 Einwohner auf einen Quadratkilometer kommen, in den französischen Kolonien

5 Einwohner.\* Die besten Kolonien in Nord-Afrika — Alger, Tunis und Marokko — befinden sich in französischen Händen. Das Ziel der Sehnsucht des italienischen Imperialismus ist Tunis, wo es doppelt so viel Italiener gibt wie Franzosen. Die Franzosen suchen die Einwanderung von Italienern nach Tunis in jeder Weise zu erschweren. Noch im Jahre 1921 hat Frankreich ein Dekret über „Naturalisierung“ erlassen. Dieses Dekret verpflichtete alle Ausländer, die seit langem in Tunis leben, die französische Staatsangehörigkeit anzunehmen, unter der Bedingung der Aufgabe ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit. Dieses Dekret rief in Italien große Erregung hervor.

Seither taucht nahezu jedes Jahr die „Tunis-Frage“ auf. Tunis bildet den Zankapfel zwischen Frankreich und Italien. Letzteres bedroht die französischen Verbindungslinien mit dem Mittelländischen Meer: Biserta—Toulon; Algier—Toulon—Marseille; Oran—Part—Vandre—Marseille. Diese Linien werden in der rechten Flanke bedroht von den italienischen Seefestungen Siziliens, Sardiniens, Cogliari u. a. Von Spezia bis Trapani sind italienische Luftflotten-Stützpunkte angelegt. . . Darüber schreibt die italienische Zeitung „Impero“ in ihrer Nummer vom 6. Februar:

„Das Dilemma ist folgendes: Entweder Frankreich erklärt Italien den Krieg, dann kann ersteres aus seinen afrikanischen Besitzungen keine Hilfe mehr heranziehen und die Franzosen müssen fast ihre ganzen afrikanischen Kolonien aufgeben, oder Frankreich wird auf Italiens Seite kämpfen, aber dann fordern wir für unser Bündnis bestimmte Kompensationen, und zwar muß Frankreich dann freiwillig zu unsern Gunsten auf die gute Hälfte seiner afrikanischen und asiatischen Besitzungen verzichten.“

Die von der imperialistischen Zeitung „Impero“ gestellte Frage ist klar und deutlich. Jeglicher Kommentar ist überflüssig. Der französisch-italienische Widerspruch im Mittelländischen Meer ist unüberbrückbar. Italien verlangt nach Tunis, es will, man solle ihm das Mandat über Syrien übergeben, daß Frankreich aus den Händen gleitet. England intrigiert mit Italien. In Rapallo hat Chamberlain Mussolini Zusicherungen gemacht.

Allein die in der Folge vorgenommene Aufteilung des dem Völkerbund angehörenden Abessiniens in Einflußsphären zwischen England und Italien ist gegen Frankreich gerichtet. Dieses letztere hat Abessinien „in die Reihe der zivilisierten Nationen“ eingeführt und es zum Mitglied des Bundes gemacht.

Noch im Jahre 1906 wurde ein englisch-französisch-italienisches Abkommen über Abessinien geschlossen. Abessinien galt bis in die letzte Zeit als einziger „unabhängiger“ afrikanischer Staat. Die Stadt Djibuti, die Frankreich gehört und am Tadjurischen Meerbusen gelegen ist, ist mit der Hauptstadt Abessiniens, Addis-Abbeba, durch eine Eisenbahn verbunden. Die italienische Kolonie Erythrea, die am westlichen Ufer des Roten Meeres gelegen ist, ist Abessinien benachbart. In Rapallo hat sich, wie der Daily Telegraph mitteilt, Mussolini mit Chamberlain über die Berechtigung zum Bau einer Eisenbahn von Massaua nach Addis-Abbeba verständigt. In Rapallo wurde, wie es scheint, auch die Einteilung Abessiniens in wirtschaftliche Einflußsphären beschlossen.

Für die Engländer ist Abessinien noch insofern von besonderer Bedeutung,

\* Siehe Albert Lanar: „La mise en valeur des colonies françaises.“

als der Tsana-See als Quelle des Blauen Nil anzusehen ist (der Blaue Nil entspringt in dem in Abessinien befindlichen Tsana-See). Der Tsana-See gibt in normalen Jahren 3500 Millionen Kubikmeter Wasser ab. Die Kommission, die den Tsana-See erforscht hat, hielt es für möglich, durch eine Verkleinerung des Wasserspiegels dieses Sees um 5 Meter, die jährlich abzugebende Wassermenge auf 8000 Millionen Kubikmeter zu erhöhen. Dadurch würden die Engländer die Wasserversorgung ihrer sudanischen und ägyptischen Baumwollplantagen sicherstellen. Dagegen legte Italien im Einverständnis mit England seine Hand auf das östliche Abessinien.

Ueberhaupt „protegiert“ England Italien in der letzten Zeit. So haben z. B. im Februar zwischen Aegypten und Italien Verhandlungen stattgefunden wegen Abtretung der Oase Djarbub, die an die italienische Kolonie Kirenazki stößt. England gab seinen Segen dazu und unter dem Druck der Engländer gab die ägyptische Regierung den Forderungen Italiens nach. (Nebenbei bemerkt, die ägyptischen Nationalisten erklärten durch die Zaglul-Partei, daß sie, wenn sie zur Macht kämen, dieses Abkommen annullieren würden.)

Djarbub ist der geistige Mittelpunkt der berühmten Sekte der „Senussi“. Dort befindet sich das Grabmal des Begründers der Sekte, wohin Tausende von Pilgern und Studenten wallfahrten; dort befindet sich auch das im Jahre 1855 gegründete berühmte Seminar. Djarbub ist ferner eine Durchgangsstation der Karawanen, die aus Aegypten ins Innere Afrikas gehen. Außerdem ist es ein äußerst wichtiger strategischer Punkt.

Aber mit solchen kolonialen Geschenken ist der Hunger des faschistischen Italiens natürlich nicht gestillt. Seine Forderungen gehen sehr weit. Es will die ehemaligen deutschen Kolonien Togo und Kamerun haben. Sein Appetit wächst mit dem Essen. Der Kampf um Afrika und um Vorderasien liegt der Politik Mussolinis zugrunde.

Das Mittelländische Meer wird zur Arena drohender blutiger Streitigkeiten. Der Kampf wird scharf, verzweifelt. Das wird ein Kampf für eine Neuverteilung von Afrika und Asien. Nur das revolutionäre Proletariat kann den Ausbruch neuer imperialistischer Kriege verhindern.

## B. FERDI:

### DAS ABFLAUEN DER REVOLUTIONÄREN WELLE IM TÜRKISCHEN NATIONALISMUS

Die sensationelle Aufdeckung des Komplotts von Smyrna und die darauf folgenden geräuschvollen politischen Prozesse haben den Ereignissen in der Türkei neue Aktualität verliehen. Tatsächlich verdienen diese in mehr als einer Hinsicht ein genaues Studium. Bisher hatte man sich sowohl in Europa wie in Amerika damit begnügt, jeden neuen Fortschritt des Kemalismus einfach zur Kenntnis zu nehmen und höchstens hie und da oft phantastische, immer aber interessierte Betrachtungen anzustellen. Nur in der Sowjetunion ist diese Frage, — eine der brennendsten Fragen der ganzen Nachkriegsperiode — einer wissenschaftlichen marxistisch-leninistischen Analyse unterworfen worden.

Die nationalrevolutionäre Bewegung in der Türkei stellt zweifellos einen progressiven Faktor dar; sie bringt uns der proletarischen Revolution näher, indem sie den gesellschaftlichen Boden von den Ueberbleibseln des Feudalismus und der Monarchie säubert; sie trifft den unterdrückenden Imperialismus an seiner empfindlichsten Stelle. Aus diesem Grunde müssen wir sie unterstützen.

Im Laufe der letzten zwei, drei Jahre hat eine ganze Reihe der unterdrückten Völker des Ostens, dem Beispiele der Türkei folgend, das Banner der Befreiung vom Joche der imperialistischen Mächte erhoben. Diese Unabhängigkeitskämpfe und -kriege haben — wenn man von den Größenverhältnissen und den geographischen und ethnologischen Besonderheiten abieht — vieles mit den Guerillakämpfen gemeinsam, die in den Jahren 1919—1920 vor Smyrna von den Bauernfreiwilligen- und Offiziersdetachements ausgefochten wurden. Die an den Kämpfen beteiligten Gesellschaftsklassen sind dieselben wie in der Türkei. Darum wird es im Hinblick auf die von uns zu befolgende Linie sehr nützlich sein, die Lehren zu ziehen, die sich aus den türkischen Erfahrungen ergeben.

Sechs Jahre sind zweifellos eine zu kurze Zeit, als daß man aus ihnen feste Schlüsse ziehen könnte. Immerhin reichen sie aus, um gewisse bedeutsame Fingerzeige zu geben. Darum haben wir es für nützlich gehalten, einen Blick auf die aktuelle politische und wirtschaftliche Lage der Türkei und auf die Perspektiven des Klassenkampfes unter der Herrschaft des siegreichen Nationalismus zu werfen.

Die gegenwärtige politische Orientierung des Kemalismus läßt keinen Zweifel über den im wesentlichen kleinbürgerlichen Charakter der nationalen Emanzipationsbewegung, wie auch über ihre klar kapitalistische Tendenz.

Nach der Machtergreifung setzte der Nationalismus sein revolutionäres Werk fort, bis zur vollen Liquidierung aller Erbschaften der Vergangenheit,

die mit einer rationellen kapitalistischen Ausbeutung unverträglich waren. Während dieser Zeit boten die Anstrengungen zur Verwertung der Ressourcen des Landes einem guten Teil der jungen revolutionären Bourgeoisie die Möglichkeit, bedeutende Kapitalien zu erwerben.

### *Stärken und Schwächen des Kemalismus*

In Kleinasien kann man bereits von einer kapitalistischen Bourgeoisie neuer Formation sprechen. Diese ist es, die die Geschicke der türkischen Republik lenkt und in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung die größte Rolle spielt. Mit fieberhafter Hast, mit primitivsten Methoden sucht sich diese Klasse aller Ressourcen des Landes zu bemächtigen und Kapital zu akkumulieren. Feste Bande materieller Interessen verbinden sie mit dem republikanischen Regime, von dem ihre Existenz und das Gedeihen ihrer Unternehmen abhängen. Aus diesen rein materiellen Erwägungen heraus stellt sie ihre ganze Kraft in den Dienst der Verteidigung der Republik.

Neben der aufsteigenden Bourgeoisie müssen auch die fortgeschrittenen feudalen Elemente erwähnt werden. Eine der bemerkenswertesten Widersprüche in der bürgerlichen Revolution in der Türkei ist die Tatsache, daß unter den Verwirklichern und Verteidigern dieser Revolution sich eine ansehnliche Anzahl feudale Vorrechte genießender Großgrundbesitzer der Ostprovinzen befinden. Sowohl materielle als auch psychologische Motive hatten während der Unabhängigkeitskämpfe fast die Gesamtheit dieser rückständigen Gesellschaftsklasse in die Arme der Nationalisten geworfen. Später nahmen aber viele unter ihnen der Regierung gegenüber eine feindliche Stellung ein, insbesondere nach der Abschaffung des Kalifats. Aber auch in den schlimmsten Zeiten antifeudaler Unterdrückungsmaßnahmen blieben viele von ihnen im nationalistischen Lager und stimmten der Verwaltungsreform für die der Feudalherrschaft unterworfenen Gebiete zu. Auch heute noch gehören ungefähr 60 Deputierte dieser gesellschaftlichen Herkunft zur parlamentarischen Gruppe der Volkspartei. Diese Abnormität bedarf einer Erklärung. Mehrere typische Beispiele weisen darauf hin, daß die Leidenschaft des Geschäftemachens eine gewisse Kategorie der Abkömmlinge des Feudalismus zu ergreifen beginnt. Bisher wurden die von den Riesengütern dieser Herren produzierten ungeheuren Summen unproduktiv verschwendet, in einer den orientalischen Traditionen entsprechenden prunkvollen Lebensführung. Die jüngeren, gebildeteren Elemente des Feudalismus befreien sich nach und nach aus der Gewalt dieser alten Gepflogenheiten. Sie zeigen eine starke Tendenz, ihre Grundrenten in industriellen Unternehmungen, in den großen Kredit- und Handelsgesellschaften anzulegen. Ein bedeutender Teil der Feudalen ist somit im Begriff, sich in bürgerliche Kapitalisten zu verwandeln, und ist heute bereits in allem mit der jungen anatolischen Bourgeoisie bescheidenerer Abstammung solidarisch.

Von allen Kräften, die dazu beitragen, der nationalistischen Regierung eine feste Stellung zu sichern, sind Armee und Polizei ohne Zweifel die wichtigsten. Die Niederlage der Türkei im Weltkriege führte zur vollständigen Auflösung der Armee des Sultans. Der Kampf um die nationale Unabhängigkeit wurde im Anfang nur durch freiwillige Partisanengruppen geführt. Erst im Feuer des Kampfes selbst wurde der erste Kern einer regulären Armee



organisiert. Die zähen Anstrengungen einer mit großen organisatorischen Fähigkeiten begabten Gruppe von Offizieren haben diesen Kern in kurzer Zeit in einen mächtigen militärischen Apparat verwandelt.

Der erste gesetzgeberische Akt der Volkspartei besteht in der Sicherung befriedigender materieller Verhältnisse für das Offizier- und Unteroffizierkorps. Es sind heute die einzigen Kategorien von Staatsbesoldeten, deren wirtschaftliche Lage nichts zu wünschen übrig läßt. Zahlreiche Säuberungskampagnen haben alle mehr oder weniger verdächtigen Elemente aus der Armee entfernt.

### *Die Volkspartei*

Die politische Organisation, die das Verhalten der kemalistischen Regierung bestimmt, ist die Volkspartei. Es ist dies übrigens die einzige innerhalb der Türkei Legalität genießende politische Partei. Es ist daher von außerordentlicher Wichtigkeit, Struktur und Zusammensetzung dieser Partei genau zu kennen.

Die Volkspartei ist keine politische Partei in dem in Europa üblichen Sinne. Die Angehörigen der Klassen, die sie vertreten soll, sind in ihr fast gar nicht organisiert. Die Partei ist auf einen administrativen Apparat und einen sehr engen Generalstab beschränkt. Von den Mitgliedern wird keinerlei Parteiarbeit geleistet. Sie sind lediglich angehalten, ihre Beiträge regelmäßig zu zahlen und bei den Wahlen für die Kandidaten der Partei zu stimmen. Es gibt fast niemals allgemeine Versammlungen. Alles wird in Angora in der Parlamentsfraktion entschieden und dann den Ortsgruppen mitgeteilt.

Irgendwelche statistische Daten über Stärke und Zusammensetzung der Partei sind nicht vorhanden. Nach unserer Schätzung übertrifft die Zahl der aktiven Mitglieder wohl kaum 500, während die Gesamtzahl der Mitglieder zwischen 2000 und 3000 schwanken mag. Nach den glaubwürdigsten Informationen könnte man folgendes Schema der Zusammensetzung der Partei geben:

Beamte und Offiziere (aktiv und zur Disposition) .....	35 Prozent
Großgrundbesitzer und Provinzjunker .....	25 „
Großunternehmer, Großindustrielle, Großkaufleute .....	20 „
Freie Berufe (Rechtsanwälte, Aerzte, Schriftsteller usw.) .....	10 „
Wohlhabende Bauern .....	5 „
Werk tätige Klassen .....	5 „
	100 Prozent

Diese Zahlen zeigen, daß die Bürokraten in der Partei an erster Stelle stehen, mit einem Drittel der Mitgliedschaft. Die Agrarbourgeoisie und die kapitalistische Bourgeoisie halten sich ungefähr die Wage. Dieser Umstand läßt sich dadurch erklären, daß die Partei ihre einflußreichsten Mitglieder selbst dazu ermutigte, sich in industriellen Unternehmungen zu versuchen. In verhältnismäßig kurzer Zeit haben sich die begabtesten politischen Führer des Kemalismus mit der materiellen und moralischen Unterstützung der Regierung in der geschäftlichen Welt bedeutende Positionen erobert. Man hat eine große Anzahl Deputierte, hohe Offiziere und frühere Minister sich über Nacht in Bankiers, Industrielle und Großkaufleute verwandeln sehen.

### *Die Politik des Kemalismus*

Die Achse der kemalistischen Politik ist die Wirtschaftspolitik. Man behauptete, daß ein gegenüber dem ausländischen Kapital zur Schau getragenes Mißtrauen die systematische Einmischung des Staates in das wirtschaftliche Leben des Landes und die staatskapitalistischen Versuche (Nationalisierung der anatolischen Eisenbahnen, der Tabakregie usw.) geradeswegs zur Akkumulation eines kollektiven nationalen Kapitals führen würden.

Die Kemalisten verfolgen tatsächlich das Ziel der Konstituierung eines nationalen Kapitals. Das Motiv, das sie auf diesen Weg verweist, ist keineswegs Idealismus, es sind vielmehr die wirtschaftlichen Interessen der Klasse, auf die sie sich stützen. Diese kapitalistische Entwicklung der Türkei führt zur fabelhaften Bereicherung einer dünnen Schicht der jungen anatolischen Bourgeoisie. Von Tag zu Tag kann man beobachten, wie in bescheidenen Verhältnissen lebende Leute (Journalisten, Lehrer, frühere Offiziere und Beamte, kleine Kaufleute oder kleine Landwirte usw.) über Nacht sich in auf großem Fuße lebende Geschäftemacher verwandeln. Diese Emporkömmlinge fangen an, in der Volkswirtschaft des Landes die führende Rolle zu spielen. Die öffentlichen Arbeiten und die Kriegslieferungen bringen dieser jungen Bourgeoisie, für die alle vom Staat abhängigen Aufträge und Unternehmungen reserviert sind, reiche Profite. Dazu gesellt sich noch eine wirksame Unterstützung durch die Regierung (Subventionen, Beteiligungen, Privilegien), die es ihr ermöglicht, mächtige Handels- und Industriegesellschaften zu bilden, die die kleinen Unternehmungen sozusagen enteignen, indem sie sie im ungleichen Kampfe auf dem Felde der Konkurrenz zugrunde richten. Man muß zugeben, daß diese Politik gewisse positive Ergebnisse im Sinne des Aufbaues einer nationalen Wirtschaft gezeitigt hat (Anfänge der Industrialisation, Bau von Eisenbahnlinien, Gründung von Banken usw.). Gleichzeitig führt sie aber zur Konzentration des Kapitals in den Händen der durch die politischen Veränderungen am meisten begünstigten Schicht der anatolischen Bourgeoisie.

Die Konzentration und Akkumulation von Kapital durch die nationalistische Bourgeoisie weist sämtliche, allen Ländern gemeinsame Merkmale einer ursprünglichen Akkumulation auf. Um der neuen Bourgeoisie den Erfolg ihrer industriellen und Handelsunternehmungen zu sichern, betreibt die Regierung eine energische Schutzpolitik. Diese äußert sich nicht nur in prohibitiven Schutzzöllen, sondern in einer noch unmittelbareren staatlichen Unterstützung (Industrieförderungsgesetz, Steuerfreiheit, zinsenlose Darlehen, Subventionen usw.). Die unmittelbarste Folge dieser Politik und dieser den Unternehmern gewährten Begünstigungen ist einerseits eine allgemeine Teuerung und andererseits eine Vermehrung der auf die Masse der Verbraucher drückenden Steuerlasten. Seit Beendigung des Unabhängigkeitskrieges hat sich die Regierung daran gewöhnt, aus dieser Quelle ungeheure Summen herauszupressen, deren Höhe von Jahr zu Jahr gesteigert wird, und die für die Hebung der Wirtschaft und der Industrieunternehmen bestimmt sind.

Diese Kredite, die größtenteils der nationalistischen Bourgeoisie zugute kommen, werden nicht von den besitzenden Klassen gezahlt. Ganz im Gegenteil vergrößern sie die Steuerlast, die die werktätigen Klassen im buch-

stüblichen Sinne erdrückt. Denn auch das Besteuerungssystem hat eine durchgehende Umwandlung erfahren. An Stelle direkter Steuern treten im Budget die indirekten, die Monopolabgaben usw. Unter dem Druck der großen Mehrheit der mittleren und armen Bauernschaft war die Volkspartei gezwungen, das Zehent abzuschaffen, das mehr als ein Viertel der Budgeteinnahmen lieferte. Um die durch diese Reform gerissene Lücke auszufüllen und die ständig im Wachsen begriffenen neuen Bedürfnisse befriedigen zu können, mußte die Regierung neben der Erhöhung der Zollgebühren auch zur Schaffung einer ganzen Reihe von Verbrauchssteuern und staatlichen Monopolen greifen.

Die Lebenshaltungskosten haben im letzten Jahre aus den bereits auseinandergesetzten Gründen eine Steigerung von 50 Prozent erfahren. Die Steuerlasten sind andererseits um ungefähr 40 Prozent gewachsen, so daß das Lebensniveau der armen Bevölkerung im Vergleich zum vergangenen Jahr auf die Hälfte gesunken ist. Trotz der veränderten Lebensverhältnisse, trotz der Teuerung ist nicht die geringste Erhöhung der Arbeitslöhne oder Angestellten- und Beamtengehälter erfolgt. Alle diesbezüglichen Forderungen wurden systematisch abgelehnt.

Diese schwere materielle Lage der verarmten Bevölkerung zieht das ständige Sinken ihrer Kaufkraft nach sich.

Die Regierung zappelt in einem *circulus vitiosus*. Sie erdrückt die Bevölkerung unter einer Steuerlast, die dieser die Mittel zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse nimmt, ein Zusammenschrumpfen des inneren Marktes verursacht und dadurch zum Versiegen der Steuerquellen selbst führt. Als Ergebnis wird die Regierung gezwungen sein, im kommenden Winter entweder neue Steuern einzuführen oder die bestehenden zu erhöhen.

Aus dieser Lage der Dinge folgt, daß die Regierung ihren Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Die Beamtengehälter werden mit Verspätungen, manchmal bis zu 40 bis 50 Tagen, ausgezahlt. Die im Ausland aufgegebenen Bestellungen können zur vereinbarten Frist nicht bezahlt werden; ungünstige Bedingungen sind der Preis eines Zahlungsaufschubs, was wiederum die finanziellen Schwierigkeiten vergrößert.

#### *Die Aussichten der Klassenkämpfe*

Wir sind gegenwärtig in der Türkei Zeugen einer Verschärfung der Klassenkämpfe. Die Not des Unabhängigkeitskrieges hatte Gruppen mit gegensätzlichsten Klasseninteressen einander genähert. Sofort nach dem Siege entstanden jedoch schwere Konflikte zwischen der nationalen Partei und der reaktionären Opposition, Mustafa Kemal und seinen hervorragendsten Waffengenossen. Die aus der Wucherbourgeoisie der Großstädte hervorgegangenen Elemente hatten mit den feudalen Schichten nahestehenden Elementen sogar eine Art politische Oppositionspartei unter dem Namen „Zweite Gruppe“ gebildet. Die Ueberreste der Partei „Einheit und Fortschritt“ nahmen ebenfalls gegen die revolutionäre Politik der Regierung Stellung. Doch trennen ernste Gegensätze diese Richtungen voneinander.

Zu dieser Zeit war die dem Lande drohende imperialistische Gefahr noch groß. Der Vertrag von Lausanne war noch nicht abgeschlossen. Die Schlacht auf diplomatischem und wirtschaftlichem Gebiete mußte erst ge-

wonnen werden, und dies erforderte die Konzentration aller nationalen Kräfte. Durch die Benutzung dieser Umstände und durch Einsetzen seines großen Prestiges ist es Kemal gelungen, seine Gegner zu zerstreuen und seinem Programm die fast einstimmige Annahme zu sichern. Dies bedeutet aber keineswegs, daß jede Streitfrage, jeder Interessengegensatz zugleich radikal aus der Welt geschafft sind. Parallel mit der Entfaltung der Lage steigerten sich die Reibungen zwischen den widerstreitenden Interessen. Jede Etappe der kemalistischen Revolution vertiefte ein wenig den Abgrund, der die verschiedenen wetteifernden und einander befeindenden Gruppen der Bourgeoisie voneinander trennt.

Die reaktionäre Opposition spiegelt die Interessen der Großbourgeoisie des alten Regimes wider und wird von der internationalen Finanz unterstützt. Hervorragende Politiker aller Richtungen (Progressisten, Unionisten, Zweite Gruppe, Unabhängige usw.) haben die Verteidigung der Interessen dieser Kategorie übernommen. Der Block weist drei Strömungen auf: 1. die Vasallen des englischen Kapitals, die eine Politik der Annäherung an Großbritannien befürworten (Progressisten), und 2. die Anhänger eines engen Zusammenarbeitens mit dem deutschen Kapital (Unionisten).

Die Politik, mit der sie alle einverstanden sind, kann in einigen offensichtlich durch die Interessen des ausländischen Kapitals bedingten Formeln zusammengefaßt werden: Freihandel, Nichteinmischung des Staates in die Wirtschaft, Achtung des Glaubens und der Traditionen, Einstellung der Reformen. Nach Untersuchung aller konstituierenden Elemente dieser reaktionären Opposition kommen wir zum Ergebnis, daß der Sieg dieser Richtung im Vergleich zum Regime der Kemalisten einen ungeheuren Rückschritt bedeuten würde. Die werktätigen Massen müssen energisch dagegen ankämpfen, da die Machtergreifung dieser Fraktion der Bourgeoisie ein vollständiges Aufgeben des antiimperialistischen Kampfes bedeuten würde, während die Lebensinteressen der jungen nationalistischen Bourgeoisie erfordern, daß die Volkspartei noch für eine ziemlich ausgedehnte Periode das imperialistische Kapital mit Argwohn und Mißtrauen betrachtet.

Die Klerikalen und die Agenten der abgesetzten Dynastie betreiben eine hinterlistige Agitation unter der unwissenden Bevölkerung, besonders unter den armen Bauern, und schaffen absichtlich eine Verwirrung der Geister in den Fragen der Laienreformen und der wirtschaftlichen Depression. Was sie am meisten in Wut bringt, ist die Ratifikation des neuen Zivil- und Strafgesetzbuches, die die Errungenschaften der bürgerlichen Revolution vom politischen Gebiet auf das juristische überträgt und sie endgültig der organischen Struktur des Staates einverleibt. In diesen neuen Gesetzbüchern hat man weder den jahrhundertalten Traditionen noch den Gesetzen des Scheri (muselmanische Gesetzgebung) Rechnung getragen. Das Volk paßt sich an die Modernisierung der sozialen Beziehungen mit erstaunlicher Leichtigkeit an, da diese den Lebensbedürfnissen der Masse besser entsprechen. Die reaktionären Machenschaften werden sich chronisch bis zur wirtschaftlichen Vernichtung des Feudalismus und radikalen Lösung des Agrarproblems fortsetzen, werden aber im günstigsten Falle nur zu Unruhen, keinesfalls zum Umsturz des gegenwärtigen Regimes führen können. Nicht nur, daß die Armee und die werktätigen Massen einer Restauration

• ablehnend gegenüberstehen, sie entbehrt auch einer politischen Linie, die sie auf die Höhe ihrer Aufgabe heben könnte. Die Kommunisten sind verpflichtet, eine intensive Kampagne zur Unterstützung der revolutionären Liquidierung des Feudalismus zu führen und dabei die antiimperialistische Bedeutung dieses Vorgehens zu betonen.

Die wesentliche Aufgabe der Kommunisten ist die energische Bekämpfung des Einflusses der alten Parteien vom rechten Flügel der Nationalpartei (Progressisten, Unionisten usw.). Durch einen ausführlichen Aktionsplan und eine weitblickende Agitation könnten die Kommunisten das Vertrauen der Massen gewinnen und sie zum Kampfe gegen die Reaktion, gegen den Weltimperialismus führen.

## Z. LEDER: WIE SIE ONKEL SAM IHRE AUFWARTUNG MACHTEN \*

### I.

In den beiden letzten Jahren eilten die Vertreter der deutschen Wirtschaft einer nach dem anderen, Onkel Sam ihre Aufwartung zu machen. Kapitalistische Geschäftsmänner, angesehene Spezialisten, gelehrte Professoren kamen, die Geheimnisse des Reichtums und der Macht des Landes zu ergründen, das Europa in den letzten zehn Jahren den General Pershing und den General Dawes geschickt hat. Es fuhren dahin deutsche Argonauten, jeder in der geheimen Hoffnung, von dort das goldene Vließ zu bringen, um es dann mit der Geste und in der Rolle eines modernen Jason ihrem geliebten Vaterland zu überreichen. Und jeder veröffentlichte nach seiner Rückkehr in das geliebte Vaterland Artikel, Broschüren, hielt Vorträge und empfahl den übrigen Landsleuten wunderwirkende Rezepte der „Gesundung“ und der „Rettung“. An der Spitze aller dieser Rezepte stand die Lehre: für die Kapitalisten — rationalisiert; für die Arbeiter — arbeitet mehr!

In diesem Familienkreise der Geschäftsführer der kapitalistischen Wirtschaft Deutschlands finden sich zusammen mit gerissenen Geschäftsmännern, angesehenen Spezialisten, gelehrten Professoren auch nicht vollberechtigte, arme Verwandte — die Gewerkschaftsführer. Man duldet sie in diesem familiären Kreis, denn zu Zeiten sind sie nützlich, gerade wie in einem wohleingerichteten Haus ein Blitzableiter nützlich ist. Wenn die Arbeiter sich von Zeit zu Zeit beifallen lassen, zu „rebellieren“, und in dem Verlangen nach einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen streiken, dann verstehen es die Gewerkschaftsführer meisterhaft, die „unvernünftigen“ Rebellanten zu überzeugen, daß es im Interesse des Vaterlandes nötig ist, sich mit den bestehenden Verhältnissen abzufinden. Wenn die Sklavenrebellion schon die Bourgeoisie ernstlich beunruhigende Formen annimmt, dann ist es gar nicht so übel, die armen Verwandten in den Kreis der für das Schicksal des Vaterlandes Verantwortlichen einzuladen — ist es doch allbekannt, daß das beste Gegengewicht gegen kommunistischen Wahnwitz die gemessene Akkuratess der Gewerkschaftsführer ist, die nötigenfalls weder vor den Maschinengewehren und Granaten Noskes noch vor den Polizeiskorpionen und Giftgasen Severings zurückschrecken.

Es ist zu verstehen, daß die armen Verwandten sich dennoch verantwortlich fühlen für das Schicksal des Vaterlandes. Auf dem 2. Kongreß in Breslau bestanden sie „nachdrücklicher als je zuvor“ auf ihrem Recht, an der Leitung der Wirtschaft teilzunehmen. Also, wenn die reichen Familienmitglieder zum Empfang und zur Unterweisung zu Onkel Sam reisen, dann müssen auch die armen Verwandten reisen. Vielleicht nimmt er sie auch

\* Die Amerikareise der deutschen Gewerkschaftsführer. Verlagsgesellschaft des ADGB. Berlin 1926.

mit Ehren auf; vielleicht — dies ist der Traum der armen Verwandten — bekommen gerade sie das goldene Vließ des Onkel Sam in die Hand.

So machten sich am 17. September 1925 fünfzehn Vertreter der deutschen freien Gewerkschaften auf den Weg, begaben sich aufs Schiff und landeten am 25. September in goldener Morgenstunde im Hafen von New York. Sie wurden mit der Ehrerbietung und dem Interesse empfangen, das solche Ehrengäste verdienen — wenn es auch arme Verwandte sind, so sind sie doch sehr nützlich in der Rolle des Blitzableiters —; ihnen wurde mit größter Bereitwilligkeit alles gezeigt, ihnen zu Ehren wurden Empfänge veranstaltet, sie wurden auf Kongressen und Banketten gefeiert. Und nachdem sie sieben Wochen im Lande Onkel Sams verbracht und es in dieser Zeit von der Ostküste bis Kansas, vom Norden bis zum Süden durchstreift hatten, brachten die Pilger ein neues Evangelium mit sich nach Hause, mit dessen Hilfe es ihnen leichter sein wird, die Sklavenherde, deren Hirten sie sind, im Falle von „unsinnigen“ Revolten zu beschwichtigen und die Sklavenhalter, in deren Diensten sie stehen, zu besänftigen, wenn diese die Sklaven allzu grausam antreiben. Waren sie doch jetzt im Lande des großen Onkel Sam gewesen und können daher versichern, daß man dort wo möglich mit Erholung — wo nötig mit Rücksichtslosigkeit arbeitet, daß dort nicht bis zum Umsinken rationalisiert wird, und daß die Hauptsache ist, daß man die Sklaven nicht in eine solche Wut bringt, daß man nachher nicht mehr mit ihnen fertig werden kann.

## II.

Möge das, was wir über die Amerikareise der deutschen Gewerkschaftsführer gesagt haben, dem Leser nicht als eine Bosheit erscheinen. Tatsächlich besteht der kurze Sinn des ziemlich umfangreichen Buches, in dem die Gewerkschaftsführer ihre Reise beschrieben haben, die feierlichen Empfänge, Kongresse, Banketts, Pilgerzüge zum Grabe Gompers mit ihren Eindrücken, ihrem Material und den aus ihren Reiseerfahrungen gezogenen Schlußfolgerungen (256 Seiten) in weiter nichts, als in den oben wiedergegebenen Ermahnungen zur Vernunft, sowohl an die Adresse der Arbeiter wie an die der Kapitalisten. Um dies unwiderleglich zu beweisen, wollen wir zunächst die Schlußbetrachtungen des Buches einer eingehenden Untersuchung unterwerfen.

Auch in Amerika — sagen zum Schluß Tarnow und Co. — „braucht man nicht allzu tief am Firnis der Zivilisation zu kratzen, um auf soziale Barbarei zu stoßen“. Auch dort gibt es nach ihren Worten Elend und Hunger, soziale Niederungen und Sumpfgebiete. Diese radikalen Worte in den Schlußbetrachtungen entsprechen nicht ganz dem Bild, das in dem Buche selbst gezeichnet wird, denn die gemessene Akkuratess der Gewerkschaftsmandarinen gestattet ihnen keineswegs, wirklich Einblick in die Sumpfgebiete und sozialen Niederungen des amerikanischen Kapitalismus zu gewinnen. Aber das ist nicht von Bedeutung; abgesehen von „sozialen Niederungen und Sumpfgebieten“ nehmen unsere Gewerkschaftsjasons dennoch an, daß im großen und ganzen der Lebensstandard in den Vereinigten Staaten bedeutend höher ist als in Deutschland. Diese Tatsache erklären sie nicht durch die Gunst der natürlichen Existenzbedingungen, wie dies Köttgen, einer der bedeutendsten kapitalistischen Geschäftsleute, die Amerika

besucht haben, in hohem Maße tut, sondern durch die höher entwickelte Technik und Arbeitsorganisation. Danach sollte man meinen, die einzig mögliche Schlußfolgerung in bezug auf ihr eigenes Vaterland müßte lauten: Uebergang zu einer höheren technischen und organisierten Grundlage — das ist der Ausweg aus Not und Elend für Deutschland.

Eine ähnliche Schlußfolgerung hat die Sowjetunion gezogen, und sie bildet die Grundlage unserer gesamten Politik. Wir sind arm und verfügen über keine hohe Kultur, aber in unseren Händen befinden sich die Staatsmacht und die Produktionsmittel. Darum können wir den Sozialismus aufbauen und bauen ihn auf. Wir brauchen nur unser Wirtschaftsleben auf einer höheren technischen und organisatorischen Basis aufzubauen; wir müssen — ohne auch nur im geringsten das Bündnis mit der Bauernschaft zu lockern — das Land industrialisieren und allmählich, aber zielbewußt, alle Elemente der sozialistischen Wirtschaft entwickeln.

Eine derartige Politik ist bei uns möglich, vorgesehen und wird durchgeführt. Denn, da das Proletariat sowohl die Macht wie die Produktionsmittel in Händen hat und über die Kommandohöhen verfügt, kann es die Wirtschaftsentwicklung so einrichten und regeln, daß nicht einer dieser Faktoren einem anderen geopfert wird, daß nicht eine werktätige Schicht jenen furchtbaren Leiden unterworfen werde, von denen diese Entwicklung im kapitalistischen Deutschland begleitet ist.

Die deutschen Gewerkschaftsführer werfen mit vollem Recht die Frage der Absatzmärkte auf. Ohne Absatzmärkte bedeutet jede Rationalisierung und Amerikanisierung ihrer Wirtschaft nur ein maßloses Leiden für die Arbeitermassen, die Expropriation der unteren Schichten der Besitzenden und infolge davon eine Verschärfung der Wirtschaftskrise durch Absatzmangel mit vermehrter Arbeitslosigkeit für die Arbeiter, mit neuem Bankrott für die Schwächeren unter den Besitzenden. Tarnow, Heinig und Co. schreiben:

„Es ist aber der Fluch der kapitalistischen Wirtschaft, daß es nun sehr viel leichter ist, die Produktion schier ins ungemessene zu steigern, als die Gütervermehrung abzusetzen. Dieser Fluch lastet jetzt ganz besonders schwer auf Deutschland.“

Welchen Ausweg aus dieser Lage schlagen sie denn nun vor?

Tarnow und Co. sind offene Revisionisten. Sie lehnen die bekannte marxistische Lehre ab, daß in dem Augenblick, wo die Produktionskräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, die Stunde der Revolution geschlagen hat. Das ist für sie ein „starres Schema“, das durch den Verlauf der Praxis nicht bestätigt worden ist. Davon, daß der Weltkrieg diese Sachlage voll bestätigt hat, schweigen sie. Für sie steht es außer Zweifel, daß die Gewerkschaften die Lage der Arbeiterklasse verbessern. Aber zur gleichen Zeit, wo sie diese billige Wahrheit mit der Selbstgefälligkeit von Leuten, die im theoretischen Streit Marx vernichtet haben, verkünden, schreiben die Herren Revisionisten eine Seite weiter:

„Der Produktionsapparat (Deutschlands) ist mit einer Schnelligkeit wieder aufgebaut worden, die nur zu erklären ist aus den gewiß nicht freiwillig gebrachten Opfern in der Lebenshaltung der breiten Massen.“

Wir soll man diesen Satz von der Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Massen Deutschlands vereinbaren mit dem wenige Zeilen



vorher ausgesprochenen Satz, als hätten sich die Gewerkschaften zu einer solchen Macht ausgewachsen, „die einer an sich vorhandenen Tendenz der wachsenden Verelendung der Arbeiterklasse der kapitalistischen Wirtschaft mit Erfolg zu Leibe zu gehen imstande“ ist. Es scheint, daß die Herren Revisionisten hier nicht ganz logisch verfahren sind. Es zeigt sich, daß die von ihnen selbst angeführten Tatsachen ihre Theorie widerlegen. Darum bleibt ihnen nichts anderes übrig, als gleich, nachdem sie die Macht der Gewerkschaften verkünden, die angeblich imstande sein sollen, den für die Arbeiterklasse gefährlichen Tendenzen des Kapitalismus zu Leibe zu gehen, sich der Lieblingswaffe aller Reformisten zuzuwenden — die kapitalistische Klasse zur „Vernunft“ zu ermahnen. Dazu brauchten sie denn auch das „positive“ Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika. In Amerika schläft nämlich — man muß das nur sehen — der Kapitalismus ruhig auf den Lorbeeren der entwickelten Technik und Wirtschaftsorganisation, denn dank der planmäßigen (???) Aufzucht einer starken Kaufkraft bei den breiten Massen besitzt er seinen eigenen inneren Markt. In Deutschland rächt sich die Unterdrückung der Massenkraft durch die Stilllegung des Produktionsapparates. Daraus wird gefolgert: Es ist nicht wahr, daß ausländische Märkte nötig sind — die Herren vom ADGB haben auch diese „schädliche“ marxistische Theorie entfernt, aus der sie doch noch vor sehr, sehr kurzer Zeit politische Schlußfolgerungen zogen im Geiste des Imperialismus; nötig ist nur der innere Markt, und diesen letzteren kann man erschließen durch Gewährung hoher Arbeitslöhne an die Arbeiter. Sehr richtig! Gebt uns einen Stützpunkt und wir drehen die Erde — d. h. verwandeln die kapitalistische Gesellschaftsordnung friedlich und ohne alle blutigen Revolutionen in die sozialistische —, so möchten die Tarnow und Co. vor Freude über ihre geniale Idee ausrufen. Es ist nur schade, erwidern wir ihnen kühl, daß ihre Idee erstens so alt ist, wie der kleinbürgerliche Sozialismus Sismondis und anderer, zweitens so albern und naiv wie jeder Reformismus und drittens so verlogen wie ihre ganze „Arbeiter“-politik.

Die Erhöhung der Kaufkraft der arbeitenden Massen ist eine kleinbürgerliche Utopie, eines Münchhausen würdig, der sich selbst an seinem eigenen Zopf aus dem Sumpf herausziehen wollte. Wenn eine solche Lösung der kapitalistischen Entwicklung möglich wäre, dann gäbe es keinen Kolonialhunger, keinen Imperialismus, keine kolonialen und imperialistischen Kriege, dann herrschten auf Erden Friede und Wohlgefallen. Völlig unrichtig und der Wahrheit gerade entgegengesetzt ist die Behauptung, als gäben sich die Vereinigten Staaten mit ihrem inneren Markt zufrieden, der dank der hohen Kaufkraft der arbeitenden Massen geschaffen ist. Die ganze Politik der Vereinigten Staaten in den letzten Jahren erklärt sich durch weiter nichts als durch das Nichtausreichen des inneren Marktes und das Verlangen, sich in Europa Absatzmärkte zu schaffen. Daher ihr Wunsch nach einer Gesundung Europas, daher die Dawesierung Deutschlands, Frankreichs, die „friedliche“ Durchdringung Italiens, Polens, Jugoslawiens usw. Diese Tatsachen ignorieren, davor den Kopf in den Sand zu stecken wie ein Strauß, das heißt doch typisch reformistische Kurzsichtigkeit, Feigheit und Stumpfsinn zeigen.

Die Idee von Tarnow und Co. hinsichtlich der Beseitigung der Schwierigkeiten des Kapitalismus durch Erhöhung des Arbeitslohnes und somit der inländischen Kaufkraft ist albern und naiv. Denn wie die Reformisten selbst sagen, ist der hohe Lohn in Amerika eine Folge nicht der hohen Produktivität der Arbeit, sondern besonderer sozialer Bedingungen. Eine Erhöhung der Löhne von dem Wohlwollen und der Vernunft der Kapitalisten in einem anderen Lande mit ganz anderen Bedingungen zu erwarten, ist daher naiv und, mehr als das, dumm. Umso dümmere, als eine solche Erhöhung in der kapitalistischen Wirtschaft untrennbar verbunden ist mit Schwierigkeiten, wie die Erhöhung des Herstellungspreises einer Reihe von Produkten, dem teilweisen Sinken des Reallohnes, mit Exportschwierigkeiten usw. Darum sind die Kapitalisten nicht dumm, wenn sie es vorziehen, mit einer Erhöhung der Löhne solange zu warten, bis sie von den daran Interessierten dazu gezwungen werden.

Endlich ist die Idee der deutschen Reformisten, die Schwierigkeiten des deutschen Kapitalismus könnten durch Erhöhung der Löhne überwunden werden, trügerisch. Denn sie setzt eine solche Kampfkraft und einen solchen Kampfwillen bei den Gewerkschaften voraus, die bei ihnen nicht vorhanden sind und solange nicht vorhanden sein können, wie an ihrer Spitze Reformisten stehen, solange ihre Politik durch und durch reformistisch ist. Das Wesen dieser Politik besteht ja gerade darin, daß die Reformisten den Arbeitermassen die Unmöglichkeit erklärten und erklären, sich dem Kapitalismus zu widersetzen, wenn dieser ganze Schichten der besitzenden Klassen expropriert hat und expropriert und den Lebensstandard der arbeitenden Massen durch die Inflation herabgedrückt hat, daß sie gegenwärtig die Arbeitermassen von der Notwendigkeit zu überzeugen trachten, sich mit der Rationalisierung der Produktion auf Kosten der Arbeitermassen abzufinden im Interesse einer Verbilligung der Produktion und der Gewinnung von Absatzmärkten. Darum sprechen sie mit Recht von der Notwendigkeit einer Gewinnung von Absatzmärkten. Dagegen lehren sie fälschlich, daß das Problem der über den Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Beziehungen hinausgewachsenen Produktionskräfte vielleicht ohne deren gewaltsame Zerstörung — auf dem Wege einfachen „vernünftigen“ Nachgebens seitens der kapitalistischen Klassen oder „gewöhnlichen“ gewerkschaftlichen „Druckes“ der Arbeiter auf die kapitalistischen Klassen gelöst werden kann.

### III.

Wenn wir von den wirtschaftlichen und politischen Schlußbetrachtungen zum eigentlichen Inhalt des Buches übergehen, so müssen wir zweierlei feststellen: erstens die spezifische, bis zum Aeußersten getriebene, durch und durch alberne, reformistische Auslegung der Tatsachen; zweitens, daß der tatsächliche Inhalt häufig nicht des Interesses entbehrt. Die Vertreter der Gewerkschaften bemerkten manchmal gerade diejenigen Tatsachen, die den ins Land Onkel Sams pilgernden Vertretern der kapitalistischen Klassen entgingen, oder von diesen absichtlich übergangen wurden. Das gilt beispielsweise von den Abschnitten über das Tempo der Produktion im Kapitel: Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten, und den Abschnitten über das Arbeits-tempo im Kapitel: Einige allgemeine Arbeiterfragen. Die Vertreter der Ge-

werkschaften konnten natürlich nicht von einem so einseitigen Gesichtspunkt ausgehen, wie die Vertreter der kapitalistischen Klassen, die die Intensivierung der Produktion und der Arbeit in solch rosigem Licht sehen, ihre Errungenschaften in organisatorischer und technischer Hinsicht in solch leuchtenden Farben malen, daß man sich manchmal unwillkürlich fragt: Hat denn dort der Kapitalismus nicht schon alle Schwierigkeiten überwunden, vor die der Kapitalismus sich in Europa gestellt sieht? Nicht allein das Buch der deutschen Gewerkschaftsführer, sondern auch eine Reihe anderer literarischer Quellen beweisen, daß, entgegen dieser kapitalistischen Legende einiger neu aufgetretener Propheten Onkel Sams, in den Vereinigten Staaten die kapitalistischen Widersprüche noch viel schärfer hervortreten als in anderen Ländern. Dabei verbietet die „gemessene Akkuratesse“ der Reformisten den deutschen Gewerkschaftsführern, diese Schattenseiten des amerikanischen Kapitalismus auch nur teilweise mit solcher Schärfe aufzudecken, mit der selbst einige bürgerliche Schriftsteller dies tun.\* Mit diesem Vorbehalt muß anerkannt werden, daß das die Wirtschaft der Vereinigten Staaten behandelnde Kapitel (das von dem Volkswirt des Afa-Bundes K. Heinig verfaßt ist) das interessanteste und inhaltsreichste des ganzen Buches ist.

In den das soziale Leben behandelnden Kapiteln trat der beschränkte Horizont und der Kretinismus des Reformismus, der den Autoren eigen ist, viel deutlicher hervor als in dem rein volkswirtschaftlichen Kapitel. Trotzdem konnten auch sie nicht die Augen schließen gegenüber der Tatsache — die eine der Grundtatsachen der sozialen Struktur und des sozialen Lebens Nordamerikas ist —, daß die politische und Klassenposition der Oberschicht der Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten sich aus ihrer privilegierten Lage erklärt, die sie dadurch gewonnen hat, daß im Lande noch eine andere Schicht vorhanden ist — 11 Millionen Neger, die völlig verstoßen, unterdrückt und im höchsten Maße ausgebeutet sind. Die Arbeiteraristokratie der Vereinigten Staaten — gerade so wie die Arbeiteraristokratie Englands, aber in noch höherem Maße als diese — lebt auf Kosten der Unterschicht des Proletariats. Es ist sehr interessant, festzuhalten, daß dieser wichtige Lehrsatz des Kommunismus auch von den Führern der deutschen Gewerkschaften, die die Vereinigten Staaten besucht haben, anerkannt wird. (Siehe S. 193—194.) Nicht weniger richtig sind ihre Schlußfolgerungen über die Verschärfung der Klassengegensätze, die den Vereinigten Staaten bevorstehen in Verbindung mit dem herannahenden Ende der ersten Periode der Nachkriegshochkonjunktur.

Unsäglich albern sind das dritte und vierte Kapitel des Buches, die der Gewerkschaftsbewegung und deren neuester Schöpfung, den „Arbeiterbanken“, gewidmet sind. Diesen Kapiteln haben die Einstellung und die Anschauungen der deutschen Gewerkschaftsführer besonders deutlich ihren Stempel aufgedrückt. Ihr Pilgerzug gleich nach ihrer Ankunft in Amerika zu dem 20 Kilometer von New York entfernten Grabe Gompers war nicht allein ein Akt internationaler und diplomatischer Höflichkeit, das war auch ein ehrlicher Ausdruck der Verehrung gegenüber dieser außergewöhnlichen

\* Z. B. der bürgerliche Schriftsteller Chase in seinem interessanten Buch: „Die Tragödie der Verschwendung.“

Persönlichkeit (S. 208), der Verehrung und der Sympathie gegenüber einer ihnen gesinnungsverwandten Richtung. Diese Sympathie zeigt sich deutlich in der „Objektivität“, mit der die Verfasser bemüht sind, dem Leser selbst die Besonderheiten des amerikanischen Reformismus zu erklären, die ihnen selbst als übertriebene Liebenswürdigkeit und Mäßigung gegenüber dem Kapitalismus erscheint. (Siehe beispielsweise die Bewertung der zünftlerischen Rudimente in Form des „Permitt-Systems“ [Erlaubnisscheine zur Tätigkeit in einer Industrie], S. 228 und 229, oder des Verhaltens zur Einwanderung, S. 231 usw.). In dieser Hinsicht ist auch das den Arbeiterbanken gewidmete Kapitel charakteristisch.

Interessant sind die in dem Buch gemachten tatsächlichen Angaben über solch neuartige Erscheinungen in der Gewerkschaftsbewegung Amerikas, wie Betriebsräte, Verteilung von Aktien von Unternehmungen unter deren Arbeitern und Versicherung der Arbeiter durch die Kapitalisten. Es zeigt sich, daß die in den Vereinigten Staaten entstehenden Betriebsräte, die bekanntlich eine Waffe in den Händen der Kapitalisten gegen die Gewerkschaften darstellen und die im Jahre 1919 in 225 Betrieben mit 319 400 Arbeitern bestanden, im Jahre 1924 schon in 814 Betrieben mit 1 177 000 Arbeitern vorhanden waren. Kleine Aktien wurden 1918 unter 2 537 000 Arbeiter verteilt, 1925 schon unter 5 051 000 Arbeiter; von den Kapitalisten gegen Alter versichert waren 1925 schon 2 815 512 Arbeiter in 215 Betrieben. Diese Ziffern erscheinen nicht übermäßig groß im Vergleich zur Gesamtzahl von 25 Millionen Lohnarbeitern, wenn nicht die Tatsache wäre, daß die Mitgliederzahl der Amerikanischen Arbeiterföderation gleichzeitig von 3 260 068 auf 2 865 979 im Jahre 1925 zurückging. Im ganzen zeigt eine Gegenüberstellung der angeführten Tatsachen das eine, daß eine wirkliche Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika noch der Zukunft vorbehalten bleibt, und daß sie nur emporwachsen und zu einer mächtigen Massenbewegung werden und Dutzende Millionen von Arbeitern erfassen kann im heißen Kampfe gegen den Reformismus in seiner schlimmsten Form — gegen den Gompersismus.

Aber das Buch der deutschen Gewerkschaftsführer über Amerika und seine Arbeiterbewegung ist in seinem innersten Wesen nichts anderes als eine Propaganda des Gompersismus auf deutschem Boden, darum verdient es die größte Aufmerksamkeit unsererseits und die schärfste Kritik. Die Aufmerksamkeit der Massen der Gewerkschaftsmitglieder und der mittleren Schichten richtet sich mehr und mehr — wie die erste und zweite Delegation nach der USSR zeigen — auf die Sowjetunion; diese Tatsache kann als die beste Garantie dafür angesehen werden, daß die Propaganda des Gompersismus von seiten der Spitzen des Reformismus ohne jeglichen Einfluß auf die Massen bleibt, wenn es uns nur gelingt, die Aufmerksamkeit in genügendem Maße auf den sozialistischen Aufbau zu richten, und die Propaganda des Gompersismus zu entlarven als eine Propaganda im Interesse der Bourgeoisie.

## R. SONTER :

### „PANEUROPA“

Seit drei Jahren existiert eine Bewegung, die auf ihre Fahne Paneuropa, d. h. Alleuropa oder Ganzeuropa, ein wirtschaftlich, politisch und ideologisch geeintes Europa, geschrieben hat. Diese Bewegung stellt einen Exponenten der bürgerlichen reformatorischen Gedanken dar. Sie ist insofern ernster, als sie gegenüber dem gewöhnlichen Pazifismus konkrete Vorschläge über die Verwirklichung des Pazifismus in Europa und in der Welt macht. Eine Untersuchung und Analyse dieser Bewegung wird also die modernsten Ideen der bürgerlichen Gesellschaft zur Ueberwindung ihrer eigenen Verkommenheit analysieren und wird auf Grund der Ergebnisse dieser Analyse den Stand des modernsten reformatorischen Denkens der bürgerlichen Gesellschaft aufzeigen, ein Stand, der mit zunehmendem Niedergang der kapitalistischen Wirtschaft in Europa und damit der bürgerlichen Gesellschaft Europas einen außerordentlichen Tiefpunkt erreicht hat.

Die Paneuropa-Bewegung datiert ihren Geburtstag mit dem Erscheinen des Paneuropa-Buches von Coudenhove-Kalergi 1923. Dann wurde die Paneuropäische-Union gegründet zur Propagierung dieser Idee. 1924 leistete sich die Paneuropa-Bewegung schon offene Briefe an die französische Kammer, um bis zu Deklarationen an den Völkerbund, Propagandareisen nach Amerika und England und bis zur Vorbereitung eines Paneuropäischen Weltkongresses 1926 anzusteigen. Eine Reihe bekannter bürgerlicher Staatsmänner haben sich wohlwollend und zustimmend über die Idee Paneuropa geäußert, und Herriot hat sich in der französischen Kammer schwülstig zu ihr bekannt. Natürlich hat dann auch Stresemann nicht verfehlt, ebenfalls zuzustimmen. Triumphierend sprechen die Paneuropaleute schon von einer Massenbewegung, die die Gemüter der ganzen Welt erfaßt hat. Bedenklich allerdings in bezug auf die Richtigkeit der Annahme eines Massencharakters dieser Bewegung stimmen uns zwei Momente: Einmal denkt sich jeder, der seine Zustimmung gegeben hat, — diese Zustimmungen sind in zwei Sonderheften der Paneuropa-Zeitschrift sorgfältig gesammelt, — unter dem Begriff Paneuropa, was er will. Zweitens fällt es auf, daß die Zeitschrift, die nun schon zwei Jahrgänge erlebt hat, keine anderen Mitarbeiter kennt als den Grafen Coudenhove-Kalergi selbst und außerdem einen bekannten Geiger Huberman. Dieser allerdings hat sich bisher nur einmal geäußert, um dann aber gleich ein ganzes Heft der Zeitschrift vollzuschreiben. Also ist die literarische Beteiligung der „Massen“ mindestens sehr mangelhaft.

Den genauen Inhalt dieses Begriffes Paneuropa anzugeben ist nicht ganz leicht. Er kreuzt sich dauernd mit dem zweiten Begriff der Vereinigten Staaten Europas. Für die einen ist beides dasselbe und für Coudenhove meistens auch, wenn er allerdings auch an einer Stelle die Vereinigten Staaten als das Endziel Paneuropas definiert. Schon allein diese Unklarheit ist bezeichnend, denn Paneuropa kann einmal die Vereinigten Staaten von Europa nach amerikanischem Muster sein oder eine noch viel lockerere föderative Vereinigung selbständiger Staaten, deren Vereinigtsein sich nur in dem Fortfall einer Reihe von Zollgrenzen äußert. Weiterhin kann Paneuropa ein ausgesprochenes anarchistisches Ideal sein, bei dem der Staat überhaupt verschwindet. All diese verschiedenen Auffassungen tauchen sowohl bei dem sehr temperamentvollen Geiger Huberman, aber auch bei dem philosophisch angehauchten Grafen und bei den zahlreich zustimmenden „bedeutenden Männern aller Stände“ auf. Immerhin scheint man wenigstens bei dem Gründer der Paneuropa-Bewegung der Auffassung zuneigen zu können, daß Paneuropa ein föderativer Staatenbund mit einem zentralen Parlament ohne politische Grenzen innerhalb dieses Staatenbundes ist. Die Grenzen innerhalb dieses Bundes sollen rein verwaltungsmäßig sein und sind nach den verschiedenen Nationalitäten geformt, denn die Freiheit der Nationalitätenbildung und die versprochene Lösung aller Minderheitsfragen verlangt notwendigerweise eine solche Auffassung. Die Lösung des Nationalitätenproblems ist einer der ent-

\* Paneuropa, Zeitschrift, Organ der Paneuropa-Bewegung, herausgegeben von R. N. Coudenhove-Kalergi. 1. und 2. Jahrgang 1924-25/26. Paneuropa-Verlag, Wien. Paneuropa von Coudenhove-Kalergi, Wien 1923.

scheidenden Punkte in dem ganzen Paneuropaplan. In welcher Form aber diese Lösung des Nationalitätenproblems vollzogen werden soll, bleibt im Dunkeln. Andeutungsweise wird aber davon gesprochen, daß die Lösung auf keinen Fall für Asien und für Afrika gelten kann und darf. „Dieses Problem (Minderheitsproblem) muß auf europäischer Basis . . . gelöst werden; eine auf Asien und Afrika passende Formel des Minderheitenschutzes zu suchen, bedeutet praktisch nur die Sabotage des europäischen Minderheitenschutzes.“ (Paneuropa, 2. Jahrgang, Heft 4, Seite 24.) Erstens wird hier Minderheitenschutz, Minderheitsproblem, Nationalitätenproblem, Selbstbestimmungsrecht durcheinandergeworfen, zweitens deutet sich hier eine Verlogenheit an, die sich später noch weiter enthüllen wird, nämlich in der Richtung hin, daß die Nationalitätenfrage nur von bürgerlich kapitalistischem und imperialistischem Standpunkt aus angesehen wird. Also, daß die Nationalitätenfrage in den Kolonien um Gottes willen nicht in der Form der Selbständigkeit aufgerollt werden darf.

Die Lösung des Minderheitsproblems, die zwar nicht gegeben wird, sondern nur versprochen wird, erfolgt auf Grund des Fortfalls aller nationalen Grenzen. Mit dem Fortfall der Grenzen fallen dann selbstverständlich alle Einzel-Heere und -Flotten fort. Ungeklärt ist nur das Problem, ob ein paneuropäisches Heer und eine paneuropäische Flotte gegenüber den anderen Mächtegruppierungen bestehen bleiben soll. Für Europa zumindest ist keine Notwendigkeit mehr vorhanden, denn mit dem Fortfall der Grenzen gibt es auch keine Kriege mehr. (Wir machen hier keine Witze, sondern geben ernsthaft die Ansicht der Paneuropäer wieder.) Also auch der Friede ist gesichert.

Die dritte entscheidende Aufgabe Paneuropas ist die Lösung der wirtschaftlichen Fragen und damit die Lösung der sozialen Frage. Ohne weiteres wird erklärt, daß mit dem Fortfall der Grenzen, also auch der Zollgrenzen, plötzlich ein riesengroßes europäisches einheitliches Wirtschaftsgebiet geschaffen ist. Natürlich muß dann auch eine Umstellung der Industrien eintreten, vom Gesichtspunkt der Standorte aus. Da es keine geschützten Industrien mehr gibt, müssen planmäßig die ungünstig stehenden Industrien zugunsten der Günstigsten abgebaut werden. Außerordentliche Kostenersparnis, verbunden mit stärkster technischer Rationalisierung verbilligt dann die Produkte derart, daß die Lage der Arbeiterschaft sich außerordentlich schnell hebt, der Massenabsatz Riesendimensionen annehmen wird und — das amerikanische Wirtschaftswunder ebenfalls erreicht wird. Ausdrücklich erklärt z. B. der Geiger Huberman, daß eine Reise nach Amerika ihn auf diese glänzenden Ideen gebracht habe. Wir sehen also hier in noch viel platterer Form, als bei den bürgerlichen Wirtschaftstheoretikern (Hirsch u. a.) die stumpfsinnige Nachahmung völlig anders begründeter Erscheinungen der amerikanischen kapitalistischen Wirtschaft. Dieser Reichtum Europas, der dann unbedingt Folge der Niederreißung der Grenzen ist, ist dann selbstverständlich der beste Schutz gegen die Bolschewisierung Europas. Ausdrücklich erklärt Huberman in Heft 5, zweiter Jahrgang, Seite 27, daß die Vereinigten Staaten von Europa bedeuten: „Automatischer — Abbau des Bolschewismus“. Hierbei läßt er allerdings, und zwar mit Absicht offen, ob sich dieser Abbau nur auf den Abbau der bolschewistischen Gefahr bezieht oder auf den Abbau in Sowjetrußland selbst. Man hütet sich hier offen zu sprechen, denn das Problem Sowjetrußland innerhalb Paneuropa ist ein sehr peinliches und unheimliches Problem.

Zusammenfassend hat also Paneuropa das Ziel: 1. Beseitigung der Kriegsgefahr und Beseitigung aller Feindseligkeiten unter den paneuropäischen Ländern; 2. Lösung der europäischen Nationalitätenfrage; 3. Lösung der europäischen Wirtschaftskrise; 4. Lösung der sozialen Frage.

## II.

Der Gesichtspunkt, nach dem Paneuropa gebildet werden soll, ist der der „politischen Kontinente“. Das heißt, die Paneuropäer erkennen keine geographischen Kontinente an. Sie stellen fest, daß außer dem zukünftigen Paneuropa schon fünf solcher politischen Kontinente längst bestehen. Diese sind: Panamerika, die Sowjetunion, China, Japan und der Großbritannische Kontinent. (England mit seinen Kolonien und Dominions.) Nur Europa befindet sich im Rückstande und müsse daher schleunigst diese Rückständigkeit aufgeben. Die Anerkennung solcher fünf schon bestehender politischer Kontinente bedeutet, daß aus dem Kontinent Europa notwendigerweise die Sowjetunion, aber auch England herausfallen muß. Besonders letzteres ist aber den Paneuropäern außerordentlich unangenehm. Es kann nämlich so der Schein erweckt werden, daß besonders auf der Grundlage einer deutsch-französischen Verständigung Paneuropa eine Spitze gegen England haben könnte. Dasselbe gilt natürlich auch gegenüber der Sowjetunion, wobei man natürlich

ebenfalls den Anschein erwecken möchte, daß Paneuropa der Sowjetunion nichts anhaben will.

Die Verlegenheit für die Paneuropäer ist somit groß. Die Begründer schlagen aber vor, England ohne seine Kolonien in Paneuropa aufzunehmen und die Doppelstellung Englands, die sich daraus in dem großen neuen Völkerbunde ergebe, sollte schon auf irgendeine Art und Weise gelöst werden.

Hat sich so (wie, das weiß natürlich kein Mensch) Paneuropa durch den Fortfall der inneren Grenzen gebildet, so muß als Konsequenz der Völkerbund ebenfalls umorganisiert werden. Besonders, da nun, nach der Meinung der Paneuropäer, die Gelegenheit gekommen ist, wo sowohl Panamerika als aber auch die Sowjetunion in den Völkerbund eintreten kann.

Bei der jetzigen Beschaffenheit des Völkerbundes war dies unmöglich. „Die Intervention im georgischen Konflikt war eine Warnung“, eine Warnung nämlich für Sowjetrußland; die Gefahr einer weiteren Intervention besteht aber nun nach einer solchen Umbildung Europas nicht mehr, denn wie wir schon oben gesehen haben, fällt mit dem Fortfall der inneren Grenzen jeder Grund zu einem Kriege fort. Daher braucht die Sowjetunion keine Furcht mehr zu haben. Die anderen politischen Kontinente sind natürlich solche, deren Friedensliebe außer allem Zweifel steht. Besonders Amerika ist das Ideal dieser Paneuropäer auch in pazifistischer Beziehung. Dadurch, daß nun der Friede in Europa gesichert ist, wird selbstverständlich auch Amerika in den Völkerbund eintreten. Der Grund, weshalb es bisher nicht in den Völkerbund eingetreten ist, ist folgender: Sie (die Amerikaner) empfinden einen Horror davor, mit Wahnsinnigen unter einem Dache zu wohnen, in ihre Familienzwistigkeiten einbezogen zu werden und auf Ja und Nein in einem neuen europäischen Bürgerkrieg kämpfen zu müssen.

Nachdem also dieser Wahnsinn durch Paneuropa beseitigt ist, besteht selbstverständlich kein Grund mehr für Amerika, außerhalb des Völkerbundes zu bleiben. Durch diese Prozedur ist da auf einmal nicht nur der Krieg in Europa, sondern der Weltfriede gesichert. Allerdings empfinden die Paneuropäer diese Begründung des Weltfriedens selbst als etwas schwach. Sie führen daher, um ihre Beweisführung zu stützen, den Begriff des labilen und stabilen Gleichgewichtes ein, und kommen zu der Behauptung, daß der Friede dadurch gesichert wird, daß Paneuropa nunmehr in der Lage ist, die Waage zu halten zwischen den „schwersten Gewichten“ des Weltsystems, den Vereinigten Staaten von Amerika und Sowjetrußland. Wie sich diese Behauptung mit der vorher beschworenen Friedensliebe Amerikas vertragen soll, ist nur dann verständlich, wenn der eigentliche nicht genannte Störenfried außer dem zersplitterten Europa die Sowjetunion ist. Wir werden später sehen, daß sich diese unsere Annahme durchaus bestätigt.

### III.

Dieses „wurzelhafte System“, um mit Dühring und Friedrich Engels zu reden (Condouhove hat vieles mit Eugen Dühring gemeinsam, nur ist er nicht ganz so gebildet wie dieser), hat nur infolge seines weltumfassenden Umfangs einen Mangel. Nämlich den, jedes konkreten Inhalts zu entbehren, so daß jeder von den Paneuropäern daraus macht, was er gerade will. Der Geiger Huberman und der Graf sind sich ja einigermaßen einig. Die Zuhörer allerdings nicht. Diejenigen nun, die diese Widersprüche entdecken, werden als Saboteure kräftig beschimpft. Andererseits kann man nicht umhin, diesen Mangel zuzugestehen. Klagend erklärt der Graf: „diese Leute (die Saboteure) ziehen Vorteil aus dem Umstande, daß keine zwei Menschen ein Ding oder ein Problem identisch sehen, und daß auch Paneuropa nicht allen Paneuropäern das gleiche bedeutet.“

Doch beginnen die Widersprüche bereits bei der Gründung Paneuropas. Im Heft 1, 3. 2. Jahrgang soll Paneuropa nicht bloß im Einverständnis mit den vorhandenen europäischen Regierungen geschaffen werden, sondern „die Verwirklichung Paneuropas soll im engsten Einvernehmen mit den beiden anglo-sächsischen Weltmächten erfolgen.“

Der reaktionäre Charakter dieses Gebildes wäre damit selbstverständlich, doch schon wenige Zeilen nachher wird behauptet, „Paneuropa bedeutet Kampf, einen harten Kampf einer kleinen Minorität gegen eine gewaltige Majorität“. Dies klingt beinahe revolutionär. Verstärkt wird diese Drohung dann noch durch den Hinweis auf das Bündnis mit den Arbeitern und Bauern, natürlich aber auch den Bürgern Europas, vor allem aber auf das Bündnis mit der Jugend. Allerdings klärt uns der Graf sehr schnell über die Jugend auf, auf die er so großes Vertrauen setzt, es sind nämlich die Studenten! Doch die Widersprüche werden noch grotesker. Mit einemmal wird nämlich der Völkerbund selbst zum

Hebel für Paneuropa. Coudenhove behauptet, „die Eröffnung der 6. Völkerbundsversammlung durch Painlevé erfolgte im Zeichen Paneuropas . . . Seither schwebt Paneuropa in Genf zwischen den Zeilen, auf allen Lippen“. Doch schon nach wenigen Seiten in derselben Nummer der Zeitschrift erklärt der Graf, daß die Menschen, die den Völkerbund ausmachen, „durch die Kriegsjahre verbogen“ sind. „Sie können kaum mehr für die Wahrheit eintreten, weil sie den Sinn für Wahrheit und Objektivität verloren haben.“ Wir fassen uns etwas an den Kopf und fragen, was denn nun, und wer denn nun?

Doch wie steht es mit den anderen Paneuropäern? Die einerseits eine große Masse ausmachen sollen, andererseits von einem überzeugten Paneuropäer auf 2000 Köpfe geschätzt werden.

Eine Gruppe unter ihnen vertritt Paneuropa unter der Voraussetzung, daß es kräftig gegen die amerikanische Hegemonie oder sonstige außereuropäische Hegemonie ausgerichtet ist. Der deutlichste Ausdruck von diesen ziemlich zahlreichen Antworten auf die Frage der Zeitschrift Paneuropa, ob Paneuropa möglich und notwendig ist, ist die Antwort eines Belgiers Piérard in der Nr. 6, 7, 2. Jahrgang. Er schreibt: „und vielleicht wird es notwendig sein, gegen dieses Amerika aus dem Gedanken der gemeinsamen Verteidigung heraus eine einzige Front zu schaffen“. Andere Paneuropäer wollen sich nur auf diese Gründung einlassen, wenn sie umgekehrt in engster Verbindung mit Amerika stattfindet. Zu diesen gehören nicht nur die Gründer der Idee, sondern interessanterweise eine große Zahl von Ministern und anderen Staatspersonen, die die finanzielle Abhängigkeit von Amerika gut kennen. Wieder andere Anhänger wollen sich auf Paneuropa nur einlassen, wenn es eine Koalition gegen England darstellt, möglichst auf französisch-deutscher Bündnisbasis.

Der Italiener Lombroso erklärt sich mit der Idee einverstanden, „die darin besteht, dem historisch pyramidalen Egoismus Englands . . . durch die Vereinigten Staaten von Europa ein Ende zu bereiten.“ Dem stimmt unter anderen auch Maximilian Harden bei. Die nächste Gruppe der Paneuropäer begrüßt Paneuropa nur dann, wenn es eine entschiedene Front gegen den Versailler Friedensvertrag, den Vertrag von St. Germain und gegen den Dawesplan selbst darstellt. Natürlich schleichen sich hier noch die zahlreichen Sonderwünsche der deutschen nationalistischen Professoren, einiger Generäle und einiger Staatsangehöriger heute noch unterdrückter Nationen ein.

Dann gibt es noch eine Gruppe, die wohl verstanden hat, was dieses Paneuropa für ein kläglich verbogener ideologischer Ausdruck der eigentlichen ökonomischen Triebkräfte, an deren kapitalistischer, imperialistischer Weiterentwicklung sie selbst arbeiten, ist. Wir meinen Vögler, Stinnes u. a. Der Industrielle Vögler z. B. sagt ganz nackt in einigen Zeilen: daß Paneuropa evtl. auf Grund eines Wirtschaftsbundes zustande kommt, und zwar nur, „wenn es sich zunächst einen starken Eigenmarkt schafft.“ In knappen Worten der Sinn der industriellen Vertrustung und der industriellen Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich.

Natürlich fehlt auch die Gruppe nicht, die in Paneuropa die Rettung des bürgerlich-kapitalistischen Europas sieht, und zwar vor der Gefahr des Bolschewismus. In der ersten Zeit seines Auftretens gehörte auch Coudenhove dazu, jetzt ist er vorsichtiger geworden. In seinem Buche über Paneuropa 1923 spricht er an zahlreichen Punkten von der drohenden weißen oder roten Gefahr aus dem Osten.

Um aber den endgültig reaktionären Charakter dieses Paneuropa zu demonstrieren, sei der französische Minister Caillaux erwähnt, der sich sogar zu der Behauptung versteigt, daß Paneuropa heute schon die offizielle Politik der französischen Regierung sei. Wir sind ganz mit ihm einverstanden, auch wir haben schon gemerkt, daß Poincaré, Chamberlain, Hindenburg und Baldwin die Taufpaten Paneuropas sind.

#### IV.

Enthüllen schon alle diese Ausführungen den dummen, reaktionären Charakter dieser sogen. Bewegung, so wird dieser Eindruck noch stärker, wenn wir die Stellung Amerikas zu diesem Paneuropa und der Paneuropäer zu Amerika betrachten. Schon der Geiger Huberman betont ausdrücklich, daß er zu seinem paneuropäischen Gefühl nach seinem Aufenthalt in Amerika gekommen sei. Wir kommen damit auf einen wesentlichen Kern der ganzen paneuropäischen Bewegung. Sie ist trotz einiger antiamerikanischer Stimmen in ihr nichts anderes als der Ausdruck der längst schon vollzogenen wirtschaftlichen Ueberlegenheit und damit politischen und kulturellen Ueberlegenheit des modernen Amerika, gegenüber dem heruntergekommenen bürgerlichen Europa. Dies geben nicht nur die Gründer der paneuropäischen Bewegung an vielen Stellen zu, sondern auch der französische



Minister Borell, der den Einwand gegen Paneuropa, daß es wirtschaftliche Abhängigkeit erzeugt, mit der Erklärung abtut, daß die Abhängigkeit ja schon längst eine vollzogene Tatsache sei. Schon allein wegen dieser Verbeugung vor dem Geldsack Amerikas tritt ein Teil führender amerikanischer Persönlichkeiten für Paneuropa ein. Es kommt aber noch hinzu, daß ein solches Paneuropa, wenn es zustande kommen sollte, dem amerikanischen Finanzkapital manche Sorgen nehmen würde. Die ewigen Streitigkeiten würden wenigstens teilweise gemildert und Amerika brauchte nicht so für sein in Europa angelegtes Geld zu fürchten. Es zeugt durchaus von der Geschäftstüchtigkeit der Amerikaner, daß z. B. einer der Bejager Paneuropas, der ehemalige Präsident der National City Bank, der berühmte Millionär Vanderlipp, mit seiner Antwort auf die Frage, ob er Paneuropa für wünschenswert halte, auch gleichzeitig einen schon ausgearbeiteten Vorschlag eines Projektes einer europäischen Goldreservebank der Zeitschrift Paneuropa zur Verfügung stellt. Dieser Mann zieht wenigstens gleich die Nutzenanwendung. Eine solche europäische Zentralbank würde ungeahnte Möglichkeiten für alle amerikanischen Bankiers bieten. Dies ist eine so klare Bloßstellung des Inhalts Paneuropas, daß die Nutzenanwendung von jedem Kind zu ziehen ist.

#### V.

Kann es verwundern, daß die Sozialdemokratie, die jeden pazifistischen Schwindel begeistert mitmacht, auch diesen Betrug mitmacht? Unter den auf die Frage Coudenhoves Antwortenden befinden sich selbstverständlich die bekanntesten sozialdemokratischen Namen. So z. B. Reichstags-Präsident Löbe, Scheidemann, Stamper, Renner, Cohn-Reuß. Sie alle begrüßen lebhaft Paneuropa. Viel lebhafter tun sie dieses, als der ebenfalls in dieser Sammlung von Antworten verewigte bulgarische Henker Zankow. Diese Nachbarschaft allein würde schon genügen. Scheidemann versteigt sich sogar zu der Behauptung, daß er ein anderes Mittel als die Vereinigten Staaten von Europa für eine Völkerversöhnung und für die Unmöglichkeit kriegerischer Auseinandersetzung nicht kennt. Dieses geschilderte Gebilde Paneuropa als das einzige Mittel der Sozialdemokratie! In einem ähnlichen Sinne äußern sich alle die anderen genannten „Führer des deutschen Proletariats.“

Selbstverständlich ebenso die Sozialistischen Monatshefte, in denen Cohn-Reuß u. a. sich häufig über diesen Gegenstand ausgelassen haben und der Ebert-Freund Kampfmeyer sich sogar zu folgenden Sätzen versteigt: „Einen den wirklichen Sieg des demokratischen Sozialismus einleitenden Triumph bedeutet es, wenn sich die deutsche Sozialdemokratie bei dem Aufbau eines föderativen Europa (im Sinne Paneuropas, R. S.) führend betätigte. Wesentlich ernster und daher um so katastrophaler setzt sich der bekannte Dr. Adolf Braun mit dem Problem auseinander. In der „Gesellschaft“ Nr. 11, 1925, spricht er sich in seinem Aufsatz über die europäische Zollunion ebenfalls für ein Paneuropa ähnliches Gebilde aus. Er hält die Zielsetzung der Vereinigten Staaten von Europa für durchaus richtig. Und trotzdem er erklärt: „der Weg zur wirtschaftlichen Vereinigung der europäischen Staaten wird vielleicht (! R. S.) durch das Entstehen und die Wirksamkeit der internationalen Kartelle geebnet werden“, beharrt er dennoch auf seiner Paneuropa zustimmenden Antwort. Er sieht durchaus die imperialistische, kapitalistische Bedeutung dieser internationalen Kartelle und erklärt: „Gerade diese Möglichkeiten machen die Frage der europäischen Zollunion zu einer dringenden staatlichen und überstaatlichen Aufgabe, wenn anders nicht die Politik vor der Wirtschaft, die europäischen Demokratien vor den oligarchischen Machthabern des Kapitals abdanken sollen.“ Was aber diese staatlichen und überstaatlichen Aufgaben sind innerhalb eines den Staat beherrschenden und dank der Politik der Sozialdemokraten immer fester umfassenden Finanzkapitals, das verschweigt er, da hört er auf, weiter nachzudenken.

Mit diesen kurzen Angaben über die Einstellung der deutschen Sozialdemokratie und damit der gesamten II. Internationale zu dieser korrumpierten, reaktionären Paneuropa-Bewegung, ist die Kapitulation vor dieser letzten verkommenen bürgerlichen Ideologie vollzogen.

•

Weshalb nun mußten diese Vereinigten Staaten von Europa zu einem solchen Zerrbild werden? Welches sind die entscheidenden Irrtümer?

1. Der Krieg ist nicht eine Erscheinung des bösen Willens oder der Unvernunft, sondern die Folge des Imperialismus, Beseitigung der modernen Kriege heißt den Imperialismus beseitigen.

2. Der Imperialismus ist nicht ein Schönheitsfehler, sondern die neueste Etappe des Kapitalismus. Beseitigung des Imperialismus heißt Sturz des Kapitalismus.

**3. Der Sturz des Kapitalismus ist die Aufgabe des revolutionären Kampfes der unterdrückten Klassen und unterdrückten Völker.**

**4. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Lösung der sozialen Frage, der Friede und die Umwandlung der europäischen Staaten in einen wirklichen Bund von Nationen, ist nur durch den Sieg des Sozialismus in Europa möglich. Die Parole kann also nur heißen: Vereinigte sozialistische Staaten Europas.**

P. F.:

## FRIEDRICH ENGELS UND VICTOR ADLER

Das Bild des alten Engels ist uns ein paar Jahrzehnte lang verdunkelt gewesen. Von den Reformisten ist er zum Schwurzeugen erhoben worden. Sie priesen ihn als einen, der, wenn auch spät genug, aus den Flegeljahren blanquistischer Revolutionsromantik herausgewachsen sei und sich zur prosaischen „Realpolitik“ des Stimmzählens und der Parlamentsschiebung entwickelt habe. Gegen diese Auffassung wurde zwar schon zu ihrer Zeit von Rosa Luxemburg und anderen das Entscheidende gesagt, aber das konnte den nicht bezwingen, der diese Legende vom alten Engels für seine besonderen politischen Zwecke brauchte. Diese Legende ist erst in unseren Tagen zerstört worden durch Rjasanows Veröffentlichung der vollständigen Einleitung zu den „Klassenkämpfen“. Aber gerade diese Wiederherstellung seines „politischen Testaments“ und damit der ungebrochenen Einheitlichkeit seines Wesens erhöht gerade unser Interesse für die politischen Anschauungen und das Wirken von Friedrich Engels in seinen letzten Lebensjahren. Einen sehr wichtigen Beitrag bildet hier sein Briefwechsel mit Victor Adler\*, dessen Veröffentlichung um so mehr zu begrüßen ist, als nach dem Tode von Karl Marx das öffentliche Wirken von Friedrich Engels durch die Bearbeitung des Marxschen Nachlasses und andere Umstände stark behindert war und er wesentlich durch seine persönlichen Beziehungen zu den Parteiführern wirken mußte.

Der Briefwechsel ist ergänzt durch einige Aufsätze und offizielle Schreiben von Engels und durch die Aufsätze und Reden Adlers über Marx und Engels. Die Briefe vermitteln uns die Anschauung einer Freundschaft, die wie ein Abglanz von jenem „Bund ohne-gleichen“ ist, der Engels mit Marx verband. Beide Menschen, der Altmeister der Internationale und der junge, der eben die Führung seiner Partei erobert hat und drauf und dran ist, der bedeutendste Politiker seiner Landes zu werden, — beide erobern schnell unsere Sympathie.

Engels' Persönlichkeit tritt uns entgegen so, wie wir sie bereits kennen: diese kernige Natur, noch im Alter und von den Nücken des Alters gezwickt, lebensfroh und lebensstark; dieser Kopf, der das Weltgeschehen aufgenommen und verarbeitet hat, der immer von neuem in das Detail eindringt und doch nicht darin erstickt, weil er stets das Ganze packt, zu dem die Einzelheiten verschmelzen, der deshalb nie einer Phrase erliegt, sondern stets konkret ist; dieser Meister, der das Gold seines Wissens und seiner Erfahrung so einfach natürlich ausgibt, als reiche er Kupferpfennige, der immer anregt, immer belebt und nie den anderen durch die Last seiner Ueberlegenheit bedrückt; der Kamerad, der stets zur Hilfe bereit ist und dem anderen das Nehmen so leicht und selbstverständlich macht; dieser Mensch, an dem alles klar, deutlich, naturwüchsig und dem jede Pose zuwider ist.

Victor Adler steht zu Engels ganz im Verhältnis des Schülers zum Meister. Aber dieser Schüler ist sich seines eigenen Werts wohl bewußt. Er hat sein eigenes Urteil, weiß, was er kann und was er aus Eigenem muß. Er weiß auch, was er dieser Freundschaft schuldig ist, und darum ringt sich ihm nur schamhaft das Geständnis los, wenn er sich einmal gedrängt fühlt, dem Meister zu sagen, was dieser für ihn und die Arbeiterbewegung bedeutet. Im Verhältnis dieser beiden versteht sich das Menschliche immer von selbst. Wir lernen Adler kennen, wie er als Parteiführer mit einer außerordentlich schwierigen Situation zu kämpfen hat. Ein verfallender Staat mit der Tradition einer europäischen Großmacht, starker außenpolitischer Aktivität aber rückständiger Wirtschaft, einem Staate, der von nationalen Gegensätzen zerfressen ist und von einer Junkerkaste und einer Bürokratie beherrscht wird, die auf diesen nationalen Gegensätzen schaukeln. Die Arbeiterklasse — man kann direkt sagen: das Instrument, mit dem Victor Adler arbeitet — ist noch nicht lange erst dem Kleinbürgertum entwachsen und vom kleinbürgerlichen Milieu umgeben. Sie lebt in der Metropole, die hauptsächlich Klein- und Mittelindustrie hat, und in einzelnen industriellen Inseln mit dem Typus der Heimarbeit bis zur modernen Schwereisenindustrie.

\* „Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe“. Herausgegeben vom Parteivorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs. Erstes Heft: „Victor Adler und Friedrich Engels“. Wien 1922. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung. 192 Seiten.

Diese junge Arbeiterklasse hat eben erst die Kinderkrankheit des Anarchismus überstanden; Adler war der Arzt, der sie davon heilte. Die österreichische Arbeiterklasse kann nicht ihren Optimismus nähren aus dem regelmäßig bei den Wahlen feststellbaren Wachstum ihrer Zahl, wie etwa die deutsche, denn sie hat keine politischen Rechte. In ihren wirtschaftlichen Kämpfen ist sie der Willkür der Bürokratie anheimgegeben. Dennoch und trotz ihrer Schwäche — die absolute Kraft gemessen — ist die Arbeiterklasse bei der nationalen Differenzierung und sozialen Zersetzung doch imstande, einen verhältnismäßig großen Einfluß auszuüben, wenn sie nur klug die Situation ausnutzt.

Adler ist der Meister, die Aufgaben zu lösen, die sich aus alledem ergeben. Wie die meisten Intellektuellen hat ihn das soziale Mitleid zur Sozialdemokratie getrieben (er ist Arzt!). Er hat zweifellos eine starke innere Glut. Aber als großer Politiker hat er den scharfen Blick für Tatsachen und Möglichkeiten und den Willen, dem Augenblicke abzuweichen, was er geben kann. Adlers Veranlagung und die allgemeinen Verhältnisse in Oesterreich diktiert ihm die Taktik, für bestimmte politische Zwecke der Stoßkraft der Masse jeweils freien Lauf zu lassen, sie zu mobilisieren und sie auf einen Punkt zu konzentrieren, dabei aber peinlich die Grenze einzuhalten, wo der weitere Vorstoß die feindlichen Kräfte zusammentreiben und die offene Niederlage der Arbeiterklasse herbeiführen müßte. In der Demagogie ist er geschickt genug, an dieser Grenze nicht den Willen der weiterdrängenden Arbeiterklasse zu brechen, sondern ihn abzubiegen, durch Scheinkonzessionen seiner politischen Vorsicht zum Siege zu verhelfen. Wir lernen im Briefwechsel ein klassisches Beispiel dieser Taktik kennen. In jener Zeit war sie klug, berechtigt und stark. Aber sie ward aus einer Notwendigkeit zur traditionellen Kunst, zur Routine, und sie mußte ihre verhängnisvollen Wirkungen haben in jenen Zeiten, wo mehr als bloße Demonstrationen von der Arbeiterklasse verlangt wurden. Adler ist dieser Gefahr erlegen und auf dem Boden dieser Taktik und ihrer mehr und mehr ephemeren Erfolge erwuchs der Austromarxismus, das gefährlichste Gift für die Arbeiterklasse.

Victor Adler trat 1883, kurz nach Marx' Tode, mit Engels in Verbindung, als er sich in England für den Beruf eines Fabrikinspektors vorbereiten wollte. Die Freundschaft datiert erst von einem zweiten Besuche Adlers in London im Jahre 1889. Der eigentliche Briefwechsel reicht vom Ende dieses Jahres bis zu Engels' Tode 1895. Es ist gerade die Periode, wo in den europäischen Ländern die Arbeiterparteien soweit gewachsen waren, daß eine neue internationale Verbindung möglich geworden ist, die Periode, in der der Marxismus das Bewußtsein der Parteien auf dem Kontinent erobert, soweit der Marxismus in der „friedlichen“ Epoche begriffen werden konnte. Es ist zugleich jene Periode, in der die europäische Wirtschaft eine lange Depression überwandt, eine Konjunktur sich durchsetzte, wie sie seit zwei Jahrzehnten nicht erlebt worden war und in der der moderne Imperialismus heranreifte. Es war die Zeit sprunghafter Vorwärtswentwicklung der gesamten Arbeiterbewegung.

Aus einer ganzen Reihe von Andeutungen im Briefwechsel geht hervor, daß damals selbst vor Engels die Entwicklung zum Imperialismus noch verborgen war. So, wenn Engels die Revolution aus den rein europäischen Konflikten heraus erwartet. Sehr bezeichnend ist in dieser Hinsicht seine Einschätzung der Zollpolitik. Am 30. August 1892 schreibt er :

„Was Du über den raschen industriellen Fortschritt von Oesterreich und Ungarn sagst, hat mich ungeheuer gefreut. Das ist die einzig solide Basis für den Fortschritt unserer Bewegung. Und das ist auch die einzige gute Seite am Schutzzollsystem — wenigstens für die meisten kontinentalen Länder und Amerika. Große Industrien, große Kapitalisten und große Proletariermassen werden künstlich gezüchtet, die Zentralisation des Kapitals beschleunigt, die Mittelschichten zerstört. In Deutschland waren die Schutzzölle eigentlich überflüssig, da sie eingeführt wurden gerade im Moment, wo Deutschland sich auf dem Weltmarkt festsetzte, und diesen Prozeß haben sie gestört; aber dafür haben sie eine Menge Lücken in der deutschen Industrie ausgefüllt, die sonst noch lange Lücken geblieben wären, und wenn Deutschland gezwungen wird, die Schutzzölle seiner Weltmarktstellung zu opfern, wird es ganz anders konkurrenzfähig sein als vorher. In Deutschland wie in Amerika sind die Schutzzölle jetzt ein reines Hindernis, weil sie diese Länder hindern, die gebührende Weltmarktstellung einzunehmen. In Amerika müssen sie daher bald fallen und Deutschland muß dem folgen.“

Gerade die Zollpolitik erwies sich als eines der Mittel, das Monopolkapital hochzubringen und den Weltmarkt für Amerika und Deutschland zu erobern, während die Wirtschaftsorganisation des freihändlerischen England stagnierte und es außenpolitisch beständig

Tempoverluste erlitt. Aber selbst in dieser engeren Perspektive erweist sich des Meisters Blick für die Voraussetzungen der Revolution. So, wenn er an der eben zitierten Stelle fortfährt:

„Aber indem Ihr Eure Industrie hebt, macht Ihr Euch um England verdient; je rascher dessen Weltmarktherrschaft total vernichtet wird, desto eher kommen hier die Arbeiter zur Herrschaft. Die kontinentale und amerikanische Konkurrenz (dito die indische) hat endlich in Lancashire eine Krise zuwege gebracht, und die erste Folge war die plötzliche Bekehrung der Arbeiter zum Achtstundentag.“

Es ist klar, daß Engels hier die Zurückdrängung der ihm verhaßten Arbeiteraristokratie im Auge hat, die sich durch den Anteil an den Extraprofiten des englischen Kapitals korrumpieren ließ. Schlagend ist auch, wenn er im Dezember 1894 den „Anfang des Endes der zaristischen Allgewalt“ prophezeit, „denn diesen letzten Thronwechsel (Nikolaus II.) übersteht die Selbstherrscherei schwerlich“. Man muß bedenken, daß damals nach der Versandung der ersten Terroristenwelle, der Zarismus für lange Zeit unerschütterlich gegründet schien. Wie eng Marx und Engels den Sturz des Zarismus mit der proletarischen Revolution verbanden, ist ja bekannt. Sehr bedauern muß man, daß auf die Frage Adlers, warum Engels gerade das Jahr 1898 für den kommenden „Krach“ fixiert, keine Antwort vorliegt. Das würde Engels' Gesamtperspektive deutlich gezeigt haben. Es ist doch bemerkenswert, daß das Jahr 1898 tatsächlich einen Wendepunkt bedeutet: Beginn der imperialistischen Weltpolitik und zugleich Konstituierung des bewußten Reformismus!

Sehr interessant sind die Urteile der Briefschreiber über die verschiedenen Führer in der Internationale. Wie auch im Briefwechsel mit Karl Marx wird hier Wilhelm Liebknecht scharf und abweisend beurteilt, Bebel dagegen genießt das volle Vertrauen. Von ganz besonderem Interesse ist Engels' Warnung gegenüber Jaurès und Millerand bei deren Uebertritt von den Radikalen zu den Sozialisten:

„Die letzten Wahlen brachten etwa 25 „Sozialisten“ — Marxisten, Broussisten, Allemanisten, Blanquisten, Unabhängige — in die Kammer. Gleichzeitig vernichteten sie die bisherige „radikale Fraktion“, die sich auch republicains socialistes nennende Gruppe, namentlich durch Ausschluß aller früheren Führer. Da taten sich etwa 30 der zu dieser Gruppe Gehörigen und wieder Gewählten zusammen unter Millerand und Jaurès und boten den „Sozialisten“ die Fusion an. Es war dies ein sehr sicheres Manöver ihrerseits; denn nicht nur waren sie zahlreicher als die Altsozialisten, sondern auch einig, während diese in x Gruppen gespalten. Sie wurden also wieder eine respektable Gruppe von 50 bis 60 Mann in der Kammer, ohne daß sie den Altsozialisten mehr zu bieten brauchten als ein sehr platonisches sozialistisches Programm, dessen politisch radikale Artikel wie die allgemeine Arbeiterfreundlichkeit sie schon früher im Programm gehabt, während die sozialisation des moyens de production einstweilen noch unschuldige Zukunftsmusik war, die vielleicht für die dritte oder vierte Generation praktische Bedeutung bekommen könnte, früher sicher nicht. ....

Die 30 oder 35 Neusozialisten sind mit dem Sozialismus eine Verstandesehe eingegangen. Sie hätten's ebenso gerne auch nicht getan, aber es war für sie das Gescheiteste, den Sprung zu machen. Sie merken, daß sie nun einmal ohne die Arbeiter sich nicht halten können, und wohl oder übel sich an diese anschließen müssen. Aber ganz freiwillig ist der Anschluß bei allen anfangs nicht gewesen, und bei manchen gewiß auch jetzt noch nicht. ....

Von den Hauptvertretern ist Millerand einer der gescheitesten und ich glaube auch aufrichtigsten, aber ich fürchte, bei ihm sitzt noch manches bürgerlich-juristische Vorurteil fester, als er selbst weiß. Politisch ist er der tüchtigste Mann der ganzen Gruppe. Jaurès ist ein Professor, Doktrinär, der sich gern reden hört und den die Kammer lieber reden hört als Guesde oder Vaillant, weil er den Herren der Majorität doch verwandter ist. Ich glaube, er hat die ehrliche Absicht, sich zu einem ordentlichen Sozialisten zu entwickeln, aber Du weißt, der Tatendrang dieser Neophiten steht im direkten Verhältnis zu ihrer Sachkenntnis und letztere ist bei J. sehr groß ...

Ich habe ihnen (Guesde u. a.) ferner gesagt: die Fusion, statt der bloßen Allianz, mit den Neusozialisten war vielleicht unvermeidliches Schicksal. Aber dann haltet die Möglichkeit im Auge, daß hier bürgerliche Elemente vorliegen, mit denen ihr in prinzipiellen Konflikt kommen könnt; daß also eine Trennung unvermeidlich werden kann. Bereitet euch darauf vor, dann kann gegebenenfalls die Ueberführung in eine einfache Allianz leicht erfolgen, und ihr braucht in der Ueberraschung keine Dummheit zu machen. Vor allem, wenn die Leute in der gemeinsamen Fraktion Dinge

vorbringen, die ihr nicht billigen könnt, und ihr werdet überstimmt, so behaltet euch vor, diese Maßregel in der Kammer durch Reden nicht verteidigen zu müssen, sondern im Gegenteil in eurer Presse eure abweisende Meinung zu begründen, selbst wenn ihr der Einigkeit zu lieb für diese Dinge stimmen müßt. — Nun, wir wollen sehen, ob's was hilft.“ (Brief vom 17. Juli 1894.)

Nicht besonders reich ist sonst der Briefwechsel an taktischen Lehren. Adler ist in der Taktik durchaus selbständig, er holt sich eher Zustimmung als Rat. Manch interessanten Hinweis auf die Beurteilung der Bewegung der „Jungen“, auf verschiedene Personen und Adler selbst bietet folgende Stelle aus Adlers Brief vom 25. August 1892:

„Von uns kann ich Dir das Beste berichten. Die neue Organisation wird sich bewähren, so scheint es, und die „Unabhängigen“ (= Jungen) blamieren sich bei uns weit mehr als in Deutschland. Wir haben ihnen auch kein so gutes Material geliefert wie Liebknechts Reden, aus denen jetzt die Jungen und Vollmar Kapital schlagen. Tragikomisch ist das Schicksal Kautskys; daß gerade er sich für des Alten Gewäsch verhaufen lassen muß\*, ist besonderes Pech. Dabei konnte er ja nicht ruhig sagen: „Daß Liebknecht diesen oder noch größeren Unsinn gesagt hat, will ich unbesehen gern glauben!“ Und doch wäre das der wahre Ausdruck seiner Ansicht gewesen. Der Alte fängt an, eine direkte nuisance — und zwar eine internationale — für die Partei zu werden. Sowohl mit Domela\*\* als mit Vollmar hat er höchst ungeschickt angebanden und dann den Karren im Dreck sitzen lassen. Persönlich rempeln ist dort am dümmsten, wo die Leute persönlich beliebt sind, während rein sachliche, sehr nüchterne und kühle Erörterung schließlich auch die Personen aus dem Sattel hebt. Ich denke daran, eine Broschüre über Taktik zu schreiben „Domela-Vollmar“, wobei mich nur geniert, daß der Alte schlecht wegkäme. Aber auch er würde andererseits profitieren; denn es läßt sich m. E. nachweisen, daß alle die vermeintlichen Schwankungen historisch sehr erklärbar und begründbar sind. Liebknechts Broschüre „Pol. Stellung der Soz.“\*\*\*, die von den Unabhängigen zitiert wird, ist eben auf dem Boden Deiner Broschüre über Militärorganisation in Preußen† . . . erwachsen und haut natürlich über die Schnur, was L. stets tut. Aber die Kritiker der Taktik glauben immer, sie sei oder könne sein eine gerade Linie, während sie eine Wellenlinie sein muß, gerade wie die Weltgeschichte. Im übrigen meine ich, die Opposition von links müßte erfunden werden, wenn man sie nicht hätte; nur würde man sie um eine Nuance gescheiter und anständiger erfinden. Denn die Kleinbürgerei ist die größte Gefahr für uns, und wenn August nicht wäre, stünde es böse mit uns, auch mit uns in Oesterreich. Die Trägheit des Geistes ist die ärgste Gefahr für unsere Leute. Ich meine immer, der Krach wird uns über den Hals kommen, wenn wir „Hofräte der Revolution“ am wenigsten daran denken.“ (!)

Engels antwortet darauf mit einer taktischen Lehre, die uns nicht neu ist, die es aber verdient, immer wieder in Erinnerung gerufen zu werden:

„Was Du wegen der Taktik sagst, ist nur zu wahr. Aber es gibt nur zu viele, die aus Bequemlichkeit und um ihren Schädel nicht plagen zu müssen, die für den Augenblick passende Taktik für die Ewigkeit anwenden wollen. Die Taktik machen wir nicht aus nichts, sondern aus den wechselnden Umständen; in unserer jetzigen Lage müssen wir sie nur zu oft vom Gegner diktieren lassen.

Ebenso hast Du recht von wegen der Unabhängigen. Ich habe noch die Jahre im Gedächtnis, wo ich — damals noch mit Liebknecht in offizieller Korrespondenz stehend — in einemfort gegen die überall hineinsickernde urdeutsche Spießbürgerei anzukämpfen hatte. Im ganzen und großen haben wir das in Reichsdeutschland glücklich hinter uns, aber was sitzen in der Fraktion für Spießherren und kommen immer wieder

\* Liebknecht hatte das Wort vom „Hineinwachsen in den Zukunftsstaat“ geprägt und im Reichstage sehr opportunistische Dinge über den Staat gesagt. Kautsky war tatsächlich von dem damaligen Jungen und späteren Nur-Genossenschafter Hans Müller geohrfeigt worden.

\*\* Domela Nieuwenhuis, Antiparlamentarier und späterer Anarchist.

\*\*\* Wilhelm Liebknecht: „Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie, insbesondere mit Bezug auf den Reichstag“. Ein Vortrag, gehalten in Berlin am 31. März 1869. Die Schrift hat antiparlamentarische Tendenz.

† Friedrich Engels: „Die preußische Militärvorlage und die deutsche Arbeiterpartei“. 1865.

hinein! Eine Arbeiterpartei hat da nur die Wahl zwischen Arbeitern, die sofort gemäßigert werden und dann leicht als Parteipensionäre verlumpen, oder Spießbürgern, die sich selbst ernähren, aber die Partei blamieren. Und diesen gegenüber sind die Unabhängigen unbezahlbar.“

Einen breiten Raum nimmt im Briefwechsel die österreichische Wahlrechtsbewegung von 1893 ein. Sie erwuchs aus einer Zuspitzung der nationalen Schwierigkeiten und erhielt ihren starken Anstoß aus dem belgischen Generalstreik für das allgemeine Wahlrecht im Frühjahr 1893. Die Aktion, die mit einer wuchtigen Maidemonstration begann, steigerte sehr schnell ihre Kraft. Am 9. Juli fand im Wiener Rathaus eine Massendemonstration statt, die erste ihrer Art im ganzen Gebiet Deutschlands und Oesterreichs. In Prag und Brünn floß Arbeiterblut. Die Wahlrechtsfrage, bisher totgeschwiegen, wurde damit zur Kardinalfrage der österreichischen Innenpolitik. Im Oktober stellte der Ministerpräsident Graf Taaffe einen Verfassungsantrag zur Tagesordnung, wodurch ein fast allgemeines Wahlrecht (unter Ausschluß der Analphabeten) zugestanden wurde. Doch blieb die ungleiche Wahl nach Kurien (Ständen) und auf dem Lande sollte die indirekte Stimmabgabe gelten. Taaffe wollte sich mit diesem Vorschlag retten, indem er die Tschechen zu sich herüberzog. Er wurde gestürzt von den Polen, den Feudalen, den Klerikalen und den Liberalen. Auf Taaffe folgte Windischgrätz als Minister eines Kartells der Ordnungsparteien. Er versprach der Industriearbeiterschaft das Wahlrecht, verschleppte aber planmäßig die Wahlreform. Sein Innenminister gab 1894 schließlich „leitende Grundsätze“ für eine Wahlreform heraus, nach der eine neue, sechste Kurie für Arbeiter geschaffen werden sollte. Das Wahlrecht sollten alle erhalten, die direkte Steuern zahlen und mindestens zwei Jahre lang ununterbrochen einer Krankenkasse angehört haben. Damit wurden ausgeschlossen alle Landarbeiter, von den Industriearbeitern erhielt auch nur die Oberschicht das Wahlrecht. Von 3½ Millionen bisher rechtloser Arbeiter sollten 2 Millionen weiter rechtlos bleiben. Ueber 1 Million Wähler der Arbeiterkurie sollten 42 Mandate erhalten gegenüber 5000 Großgrundbesitzern, die 85 Mandate innehatten. Pleners Entwurf stieß natürlich auf schärfsten Widerstand, er war keine Lösung und hatte kein Ergebnis. Soweit gedieh in der fraglichen Periode die Wahlreform.

Die Hauptfrage während der Wahlrechtsaktion war die des Generalstreiks. Er hatte in Belgien seine Kraft erwiesen, und in der österreichischen Partei war eine starke Richtung für die Anwendung dieses Druckmittels. Adler war dagegen. Er hat später selbst als Grund die sozialen und politischen Unterschiede angegeben, die damals zwischen Belgien und Oesterreich bestanden: In Belgien eine starke konzentrierte Arbeiterschaft, dagegen Oesterreich ein industriell rückständiges Land mit vorwiegend landwirtschaftlicher Bevölkerung. In Belgien eine schwache Militärmacht, in Oesterreich der Militarismus das einzig „Moderne“. In Belgien war die Bourgeoisie in Klerikale und Liberale gespalten, in Oesterreich die Bourgeoisie geschlossen, die Jungtschechen und Antisemiten für das Wahlrecht „solange es nicht ernst wird“. „Alles das“, sagt Adler, „konnte nicht zu dem Schluß führen, daß der Generalstreik unmöglich sei, wohl aber zu der Ueberzeugung, daß sein Erfolg der Vereinigung aller günstigen Umstände bedürfe, daß seine Vorbereitung die gewissenhafteste, die Wahl seines Zeitpunkts die sorgfältigste sein müsse.“

Adlers Taktik ging nun darauf hin, die Lösung der Generalstreiksfrage zu verschleppen, und das tat er mit großer Meisterschaft. Er schlug seine Widersacher nicht plump auf den Kopf, sondern tröstete sie mit Versprechungen, obwohl er sah, daß seine eigenen Voraussetzungen für den Generalstreik in absehbarer Zeit nicht eintreten konnten. Auf einer Parteiarbeiter-Konferenz im Oktober 1893 in Wien setzte er folgenden Beschluß durch:

„Falls das Abgeordnetenhaus in der gegenwärtigen Sitzungsperiode den Antrag auf allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht ablehnen oder gar nicht zur Beratung stellen sollte, ist auf die Tagesordnung des nächsten, zu Ostern abzuhaltenden Parteitags die Frage des Massenstreiks zu stellen.“

Am Tage nach dem Beschluß kam Taaffes Verfassungsentwurf und Adler kann an Engels triumphierend schreiben:

„Ich sage Dir, es ist ein Hauptspaß — dazu ist es für uns ein wahres Glück. Durch die überhitzte Agitation und die Phrasenmäuligkeit gewisser Genossen waren wir eben in einer Sackgasse angelangt. Den Generalstreik konnte ich noch eben in der Reichskonferenz auf eine recht lange Bank schieben — wo er nun liegen bleibt.“

Auf dem Parteitag Ostern 1894 wurde dann mit 66 gegen 42 Stimmen, also gegen eine sehr starke Minderheit folgender Beschluß gefaßt:

„Die von der Regierung vorgeschlagene Wahlreform wird als Verhöhnung der Arbeiterschaft mit Entrüstung zurückgewiesen. Der Parteitag erklärt, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit allen der Arbeiterschaft zur Verfügung stehenden Mitteln erkämpfen zu wollen. Dazu gehört neben den anzuwendenden Mitteln der Agitation und Organisation auch der Massenstreik. Die Parteivertretung mit den Vertretern der Organisationskreise wird beauftragt, alle Vorkehrungen zu treffen, um, falls die Hartnäckigkeit der Regierung und der bürgerlichen Parteien das Proletariat zum Aeußersten zwingen sollte, den Massenstreik als letztes Mittel im geeigneten Zeitpunkt anordnen zu können.“

Damit hatte Adler einen vollen Sieg errungen, denn in Wirklichkeit versprach die Resolution nichts. Und es scheint, daß auch die Befürworter des Generalstreiks mit diesem Schluß zufrieden waren, denn Adler schreibt an Engels: „Trotz aller großen Worte waren sie froh, als ich ihnen die goldene Brücke baute, auf der sie mit Ehren vernünftig sein konnten“.

Wie steht nun Engels zu diesem Generalstreiksproblem? Soviel ich weiß, ist bisher von ihm nur die Aeußerung aus dem „Volksstaat“ bekannt, mit der sich Engels gegen den anarchistischen Generalstreik wandte, der das Kampfmittel der Arbeiter sein sollte, das nach genügender ideeller Vorbereitung der Massen die Revolution einleiten werde. Unter Bezugnahme auf die Beschlüsse des Genfer Allianzisten-Kongresses von 1873, daß eine vollständige Organisation der Arbeiterklasse und gefüllte Kassen für den Generalstreik Vorbedingung sei, sagt dort Engels:

„Darin liegt eben der Haken. Einerseits werden die Regierungen, besonders wenn man sie durch politische Enthaltung ermutigt, weder die Organisationen noch die Kassen der Arbeiter soweit kommen lassen, und andererseits werden die politischen Ereignisse und die Uebergriffe der herrschenden Klassen die Befreiung der Arbeiter zuwege bringen, lange bevor das Proletariat dazu kommt, sich diese ideale Organisation und diesen kolossalen Reservefonds anzuschaffen. Hätte es sie aber, so brauchte sie nicht den allgemeinen Streik, um zum Ziel zu gelangen . . .“

Wir wissen, daß diese Aeußerung von Engels in den großen Massenstreikdebatten von 1905 an von den Reformisten den Verfechtern der Massenstreikidee immer wieder entgeggehalten worden ist. Nach diesem Briefwechsel können wir behaupten, daß Engels mit seinen Worten wirklich nur die anarchistische Panazee getroffen hat. Freilich ist dafür nur ein Indizienbeweis möglich.

In der aktuellen Frage war Engels ganz mit Adler einverstanden. „Zu der Art, wie Du den Generalstreik in Schlummer gewiegt hast, gratuliere ich Dir“, schreibt er am 20. März 1894. Am 11. Januar wütet er gegen Kautsky, der „die Fühlung mit der lebendigen Parteibewegung verloren hat. Vor ein paar Monaten die unbegreifliche Taktlosigkeit, inmitten einer Bewegung, die auf Leben und Tod gegen die Phrase vom allgemeinen Streik ankämpfte, eine rein akademische Untersuchung über den Generalstreik in abstracto und die allgemeinen Pros und Kontras der Sache schleudern zu wollen“. Es ist klar, daß sich Engels hier nicht gegen Kautskys „Pros“\* wendet, sondern gegen das abstrakte Theoretisieren zu einem Augenblick, wo alle Kraft angewandt werden muß, um eine taktische Dummheit zu verhindern.

Am 19. März 1894 schreibt Adler: „Edes Artikel war gut, erschien zur richtigen Zeit und hat uns genützt. Zwei Monate früher hätte er geschadet; heute aber ist der erste Rausch vorbei, man kann mit den Leuten vernünftig reden“. Es handelt sich dabei um den Artikel Bernsteins „Der Streik als politisches Kampfmittel“ (Neue Zeit XII/1, S. 689, Februar 1894). Darin schreibt er:

„In allen Ländern treten Momente ein, wo die bisher herrschenden Klassen und Gewalten an sich selbst irre geworden sind, wo im Volke, sei es infolge industrieller Krisen, sei es als Folge politischer Mißwirtschaft, tiefer gehende Unzufriedenheit obwaltet, während oben Kopflosigkeit herrscht, Uneinigkeit und halbe Geneigtheit zu Konzessionen. Das sind Situationen, wo der politische Streik das bewirken kann,

\* Den erwähnten Aufsatz von Kautsky konnte ich nicht finden. Im August 1893 schlug er dem Internationalen Kongreß in Zürich eine Resolution vor, in der es heißt: „Der Massenstreik kann unter bestimmten Umständen eine sehr wirksame Waffe nicht bloß im ökonomischen, sondern auch im politischen Kampfe werden. Es ist jedoch eine Waffe, deren erfolgreiche Anwendung eine kraftvolle gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse voraussetzt“.



was einst der Barrikadenkampf leistete. Er stellt vielleicht noch größere Ansprüche als dieser. Er erfordert eine geschulte Arbeiterklasse, die sich dessen bewußt ist, daß für Bankrottregierungen es kein besseres Lebenselixir gibt, als wenn sie „Retter der Gesellschaft“ spielen können. Er erheischt weiter das Vorhandensein guter Arbeiterorganisationen, stark genug, um auf die unorganisierten Arbeiter bestimmenden Einfluß auszuüben. Ein solcher Streik, umsichtig und energisch geleitet, kann im entscheidenden Augenblicke den Ausschlag für die Arbeiterklasse geben . . .

Der politische Streik kommt in erster Reihe für Länder in Betracht, wo die Arbeiter das Wahlrecht noch nicht oder nur in durchaus unzureichender Weise besitzen. Er kann aber auch in solchen Ländern erforderlich werden, wo ein ausgedehntes Wahlrecht bereits besteht. Auch dort werden die wichtigsten Ereignisse oft genug von außerparlamentarischen Ereignissen bestimmt.“

Engels hat sich zu Adlers Bemerkung über den Artikel Bernsteins nicht geäußert, hat sie jedenfalls nicht abgelehnt. Bei dem großen Interesse, das Engels der österreichischen Generalstreikfrage entgegenbrachte und angesichts der Tatsache, daß Bernstein damals mit Engels in ständigem Kontakt in London stand, ist unwahrscheinlich, daß Bernstein ganz auf eigene Faust geschrieben hat. Vermutlich haben beide ihre Anschauungen ausgetauscht und Bernstein hat das Ergebnis dann in seiner Sprache wiedergegeben. In seiner Sprache, denn der Ersatz des Aufstandes durch den Generalstreik ist sicher nicht Engels' Eigentum. Die ganze Auffassung ist sicherlich viel zu eng, als daß sie Engels gehabt hat. Aber das dürfte auf Grund dieses Briefwechsels gewiß sein, daß Engels den Generalstreik als politisches Kampfmittel der Arbeiterklasse durchaus bejaht hat.

Der Briefwechsel Engels — Adler verstärkt den Wunsch, daß endlich auch der Briefwechsel des alten Engels mit anderen Zeitgenossen, namentlich mit August Bebel herauskommt. Das würde das Bild, das wir von dem Alten haben, wesentlich vervollständigen und noch manche praktische Lehre geben.

Z U R P A R T E I D I S K U S S I O N

STALIN

# PROBLÈME DES LENINISMUS

---

Dieses Werk enthält eine Sammlung wichtiger Beiträge und Aufsätze zu den wichtigsten Problemen des Leninismus. In der Stalin eigenen, gemeinverständlichen, prägnanten Art behandelt er die Fragen der Partei, der Klasse, des Bauerntums, der NEP, die Nationalitätenfrage, die Frage der Erweiterung der Demokratie, die Frage, ob der Aufbau des Sozialismus in einem einzigen Lande möglich ist, usw. Das Buch behandelt die Probleme, die gerade jetzt in der Parteidiskussion zur Debatte stehen. Das Werk gehört zum wichtigsten Rüstzeug eines jeden Parteifunktionärs. Deshalb ersucht das Zentral-Komitee alle Ortsgruppen und Zellenleitungen, bei den Mitgliedern sofort Umfrage zu halten, wieviel Exemplare von diesem Buch gebraucht werden.

Dieses Buch erscheint Anfang Oktober als 5. Band der Marxistischen Bibliothek. Umfang 450 Seiten, gebunden. Ladenpreis: M. 5,—



Wir liefern dieses Buch bis zum 10. Oktober 1926 portofrei ohne weitere Spesen an jedermann zum Preise von M. 2,75 gegen Voreinsendung des Betrages direkt an den Besteller



---

Bestellungen sind per Post zu richten an:

**Zentralkomitee der KPD, Geschäftsabteilung**  
Berlin C54, Rosenthaler Straße 38 / Postscheckkonto: Hugo  
Eberlein, Berlin, Nummer 30 439

# **DAS ERWACHENDE CHINA**

---

Ein Abriss der Geschichte und der gegenwärtigen Probleme Chinas

Von Karl August Wittfogel

## **A U S D E M I N H A L T :**

---

Eine kleine Schießerei — Wie schwer wiegt der Tod von 70 Rebellen? — Einige landläufige Irrtümer und Vorurteile über China — Die chinesische Mauer — Die Klassengeschichte des chinesischen Volkes — Das feudale Zeitalter — China, das klassische Kleinbauernland — Der neue Klassenstaat: Die Beamten als Ausbeuter — Der Siegeszug der europäischen „Kultur“ — Ein fetter Bissen für die Kapitalisten Europas — Der „Boxer“-Krieg — Die Revolution beginnt — Auch die chinesische Revolution wurde organisiert — Das Programm Sun Yat-sens — Die Industrialisierung Chinas — China im permanenten Bürgerkrieg — Die reaktionären Kräfte und ihr Kopf — Die Lage der arbeitenden Klasse in China — Feinde, wahre und falsche Freunde des chinesischen Freiheitskampfes — Die „Freiheitskämpfer“ von der II. Internationale — Die III. Internationale und die IAH — Sowjetrußland — Literatur über China —

---

174 Seiten in dreifarbigem Umschlag  
Brosch. M. 2,20, Ganzleinen M. 3,30

Bezug durch jede Buchhandlung und die Literaturobleute

---

**AGIS-VERLAG, WIEN VIII, ALBERTGASSE 21**

N e u e r s c h e i n u n g

---

J. F. HERRABIN

## GRUNDRISS DER WIRTSCHAFTSGEOGRAPHIE

---

Aus dem Englischen übersetzt von  
K. A. WITTFOGEL

Aus dem Vorwort: Der proletarische Student, der in das Wesen des Imperialismus eindringen will, stößt oft auf Schwierigkeiten, die dem Mangel an geographischer Kenntnis entspringen. Dieser Mangel läßt sich nicht beheben durch das Studium eines Lehrbuches der Wirtschaftsgeographie im üblichen Sinne, das dem Leser die Aneignung einer größeren Anzahl mehr oder minder systematisch gruppierter Einzelkenntnisse vermittelt. Was nützt, ist eine Übersicht über Erdkunde „in ihrem Verhältnis zu Geschichte und Wirtschaft“, die „aus der großen Masse des geographischen Materials“ diejenigen Tatsachen auswählt, die vom Standpunkt der Arbeiterklasse von größerer Bedeutung sind als andere.

Die Aufgabe, einen solchen Überblick zu geben, hat der Verfasser des vorliegenden Werkchens in der vortrefflichsten Weise gelöst. Von dem Buche, das aus Vorträgen in Arbeiterkursen entstand und dessen erste Ausgabe Ende 1923 erschien, sind bereits mehrere englische Auflagen vergriffen; es sind auch von ihm zwei russische Übersetzungen erschienen. Es zeichnet sich aus durch eine vollständige Beherrschung des Stoffes und durch eine meisterhaft klare, übersichtliche und präzise Darstellung.

208 Seiten

44 Karten

Preis broschiert 2.50 Mark, Leinen gebunden 3.50 Mark

---

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK

Wien VIII

Berlin SW 48